

# AUSDRUCK

## Das IMI-Magazin Ausgabe August 2006

ISSN 1612-7366

### Inhaltsverzeichnis

#### Deutschland und die Bundeswehr

*Lübr Henken*

Wahlen im Kongo – Aufgabe für die Bundeswehr? 3

*Johannes Plotzki*

Unter afrikanischer Sonne - Im Auge Kern-Europas 10

*Peter Bürger*

Wie staatstreu sind die Kirchen in der Friedensfrage? 12

*Michael Haid*

Highlights des Entwurfs zum Bundeswehr-Weißbuch 17

#### Naher und Mittlerer Osten

*Joachim Guilliard*

Der schmutzige Krieg gegen die Zukunft Iraks 18

#### US-Kriegspolitik

*Jonna Schürkes*

Paraguay: Der Krieg gegen den Terror 22

*Jürgen Wagner*

USA - Erlassjahr 2015? Teil II: 23

Imperialer Niedergang und die US-Kriege zum  
Erhalt des Öl-Dollar-Mechanismus

antimilitaristische rundschau 28

# Editorial:

Man sollte sich bei all dem das Lachen ja nicht nehmen lassen. Für alle regelmäßigen Leser des **AUSDRUCK** war vermutlich ohnehin klar, dass ein weiterer Einsatz der Bundeswehr in der DR Congo kommen würde. Dass sich Soldaten und Öffentlichkeit diesmal hingegen dermaßen skeptisch gegenüber dem neuesten Out-of-Area Einsatz verhalten, hat uns erfreut. Während Jung und Steinbrück die Mission gesundet wollen, beschwerten sich die Soldaten im Einsatz über schlechte Ausrüstung, unklaren Auftrag, feindliche Gesten aus der Bevölkerung und allgemeine Sinnfreiheit der Mission. Andere müssen gleich zu Hause bleiben, weil sie sich bei Sex-Spielchen oder Erniedrigungsritualen erwischen ließen. Glücklicherweise gingen die Wahlen bislang tatsächlich einigermaßen friedlich über die Bühne, und die Bundeswehr musste (noch) nicht auf ZivilistInnen schießen. Im Moment sieht es allerdings so aus, als würde der Warlord Bemba aus der ganzen Farce als Wahlsieger hervorgehen,

weil die Bevölkerung einfach keine Lust mehr auf den vom Westen gestützten Kleptomane Kabila hat. Lühr Henken geht auch in dieser Ausgabe wieder der Frage nach, was die Bundeswehr eigentlich im Kongo sucht.

Anfang Juli eskalierte der Konflikt zwischen Israel, Hamas und Hisbollah. Intensiv wie nie werden Raketenabschüsse und ihre Opfer von allen Seiten minutiös in den Rest der Welt kommuniziert. Wer den Fernseher einschaltet, bemerkt, dass Krieg ist, und da bleibt einem das Lachen doch im Halse stecken. Auch wenn der Krieg nichts Neues ist, wird er gerade wieder richtig sichtbar. Wenn der Krieg sichtbar wird, erzeugt er Wut und das ist gut so. Wenn aus dieser Wut aber ein Schwarz-Weiß-Denken wird, dann hat der Krieg bereits gewonnen.

Nun liegt die nächste Anfrage für Bundeswehrosoldaten vor, die Verwirrung stiftet und auf Unmut trifft. Deutschland soll sich an einem UN-Einsatz im Libanon beteiligen. Dass das weltweite militärische Engage-

ment Deutschlands eine beschleunigende Eigendynamik annimmt, ist jedoch bei weitem kein Zufall. Mit einigen Auszügen aus dem neuesten Entwurf des Weißbuchs der Bundeswehr wollen wir das (wieder einmal) untermauern.

Intensiver werden wir uns damit auf dem diesjährigen IMI-Kongress im November auseinandersetzen, dessen Konzeption wir gerade abschließen. Das weltweite Engagement der Großmächte - mittlerweile vergleichbar mit dem früheren Kolonialismus - versetzt diese in einen dauerhaften Kriegszustand und verändert auch ihre innere Verfasstheit. Der zunehmende Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die Zentralisierung von Polizei und Nachrichtendiensten sind hierfür nur zwei Beispiele aus Deutschland. Der Titel des Kongresses wird dieses Jahr also lauten: „Staat im Krieg - Krieg im Staat. Wie der neue Kolonialismus den Krieg nach Hause bringt“

*Die Redaktion*

## Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Michael Haid (verantwortlich), Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:**

Δ Tobias Pflüger, Forschungsrahmenprogramm, *Schwäbisches Tagblatt*, 7.7.2006; Δ Joachim Guilliard, Zukunft Iraks, *Junge Welt*, 12.7.2006 (bearbeitet); Δ Lühr Henken, Kongo, *Junge Welt*, 3. und 4.8.2006 (bearbeitet); Δ Peter Bürger, Frie-

densfrage, Gekürzte Fassung von „Wie staatsstreu sind die Kirchen in der Friedensfrage? Beitrag zum Jubiläumskongress der „Initiative Kirche von unten“, 31.3.2006 in Berlin.

**Bildhinweise:**

S.6, S.20, US-Verteidigungsministerium; S.7. La Libre, Africetime.com; S.8, CIA-World Factbook, Bearbeitung IMI; S.11, Johannes Plotzki; S.13 und S.14 www.arbeiterfotografie.com (mit bestem Dank für die Freigabe); S.22, Martina Harder.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:**

Lühr Henken ist im Vorstand des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag und IMI-Beirat. Peter Bürger ist Theologe, freier Publizist und bei Pax Christi aktiv. Tobias Pflüger und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Christoph Marischka, Johannes Plotzki und Michael Haid sind IMI-Beiräte. Jonna Schürkes ist Praktikantin bei IMI. Joachim Guilliard ist im Heidelberg Friedensforum aktiv.

## Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: **1662832** bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle: **Informationsstelle Militarisation e.V. Hechinger Str. 203 72072 Tübingen**

Telefon: **07071/49154**  
Fax: **07071/49159**  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

# Bundeswehr am Kongo

## Sicherung von Wahlen oder Testfall für EU-Einsätze für Rohstoffe und Einflusszonen?

von Lübr Henken

Am 1. Juni 2006 hat der Bundestag mit 440 Ja- und 135 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen beschlossen, sich mit 780 Bundeswehrsoldaten an einer etwa 2100 Mann starken EU-Kampftruppe, EUFOR R.D. Congo genannt, zu beteiligen. Sie soll auf Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta ab Ende Juli für vier Monate die UN-Blauhelm-Truppe MONUC unterstützen, um einen friedlichen Verlauf der für den 30. Juli angesetzten ersten Präsidenten-, Parlaments- Stich- und Regionalwahlen im Kongo seit 1965 zu gewährleisten. Erstmals übernimmt Deutschland mit seinem Einsatzführungskommando in Potsdam die militärische Führung eines autonomen Militäreinsatzes der EU. Frankreich stellt 800 Soldaten und das taktische Hauptquartier in Kinshasa. 790 Soldaten der EU-Truppe werden in Kinshasa stationiert, davon 320 deutsche, 1200 in der 900 km entfernten Hauptstadt Gabuns, Libreville. Insgesamt beteiligen sich 19 EU-Staaten und die Türkei. Hauptaufgabe der deutschen Truppe ist es, Wahlhelfer in Not zu evakuieren, aber auch in Kinshasa das französische Hauptquartier zu schützen. Sie hat nur ein Mandat für den Raum Kinshasa. Die französischen Soldaten haben Abschreckungs- und Evakuierungsaufgaben und können in der gesamten DR Kongo außer in den vier Bürgerkriegsprovinzen im Osten eingesetzt werden.

Nie stieß ein Bundeswehreinsatz auf so wenig Zustimmung in der Bevölkerung und wurde im Bundestag selten so kontrovers diskutiert. „Mehrheit der Deutschen lehnt Einsatz im Kongo ab“ titelte Springers Welt. Laut ihrer eigenen Umfrage befürworten lediglich 37 Prozent den Einsatz, 59 Prozent seien dagegen (Die Welt 2.6.06). Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Bundesregierung bei Auslandseinsätzen nicht die Meinungsführerschaft im Lande hat. Da Auslandseinsätze erklärtes Regierungsziel sind, kommt es darauf an, Sinn und Unsinn solcher Vorhaben im Detail zu untersuchen. Die folgende Analyse beschäftigt sich vor allem mit den aktuellen Verhältnissen in der DR Kongo, legt dabei den Schwerpunkt auf die ökonomische und militärische Situation.

### In Stichworten: Land und Leute der DR Kongo

Fläche: 2,34 Mio. km<sup>2</sup>, zwölftgrößtes Land der Erde, nach Fläche und Einwohnerzahl drittgrößtes in Afrika, 6,6fache Größe der BR Deutschland. Um einen Eindruck von der Größe der DR Kongo zu bekommen: Nach der flächentreuen (Peters-)Projektion reicht die Nord-Südausdehnung der DRK übertragen auf Europa vom Nördlichen Polarkreis bis zur Südspitze Siziliens. Das entspricht einer Entfernung von 2900 km. Die Entfernung zwischen Kinshasa und der Krisenregion Ituri beträgt 1750 km. Die DRK hat etwa 62 Millionen Einwohner, darunter sind rund 20.000 Europäer (meist Belgier). In der Hauptstadt Kinshasa konzentrieren sich 8 Mio. Menschen. Insgesamt gibt es etwa 300 bis 350 Ethnien. Religionen: 51 % katholisch, ca. 25 % protestantisch, 15 % werden zu anderen christlichen Glaubensgemeinschaften gerechnet, 2 % Muslime, dazu indigene Religionen (Fischer Weltatlas 2006, S. 274). Analphabeten: ein Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen. Tageszeitungen haben eine Auflage von etwa 1000 Ex. und sind wenig verbreitet. Hauptmedium sind Radio und Handy. Verkehrssprache: Französisch.

### Wirtschaftliche Eckdaten

Das Bruttonationaleinkommen pro Kopf betrug 2003 100 USD im Jahr. Die DR Kongo zählt zu den ärmsten Ländern. Rund 80 Prozent der Kongolesen leben unter der absoluten Armutsgrenze von einem USD am Tag, 72 Prozent sind unterernährt. „Monatlich sterben 31.000 Menschen an den Kriegsfolgen wie Hunger, Armut und Vertreibung“ (ai, taz 24.5.06). Bei einem Bruttosozialprodukt von 5,7 Mrd. (2002) beträgt die Auslandsverschuldung rund 10,5 Mrd. USD. Der offizielle Exportwert lag 2001 bei nur 883 Mio. USD. Der Staatshaushalt von 2,2 Mrd. USD wird zu 57 Prozent durch ausländische Hilfgelder finanziert. Dabei verfügt die DR Kongo über sehr große Naturreichtümer, die im Wesentlichen weiter unten dargestellt werden. Kongos Reichtum kam bisher jedoch nur einer kleinen korrupten Füh-

rung und ausländischen Minengesellschaften zugute. Aber zunächst ein kurzer Abriss der Geschichte des Landes.

### Geschichtlicher Abriss

In der vorkolonialen Zeit existierten im heutigen Kongo relativ hochentwickelte Königreiche, die auch Gebiete des heutigen Angola und Sambia einschlossen. Von 1884/85 bis 1960 wurde es vom belgischen Kolonialismus geprägt. Bis 1908 war der Kongo im Privatbesitz des brutalen belgischen Königs Leopold II. Belgien entließ nach Unabhängigkeitskämpfen den Kongo am 30. Juni 1960 in die Unabhängigkeit. Der Linke Patrice Lumumba ging als Ministerpräsident aus den ersten freien Wahlen im Kongo hervor. Er wurde im Januar 1961 mit Unterstützung von Belgien ermordet. Sein antikommunistischer Gegner Moïse Tschombé wurde in den Kriegswirren 1964/65 Chef der Zentralregierung. Da dies nicht zur Stabilisierung des Landes führte, setzten die USA, Belgien und andere westliche Staaten Mobutu Sese Seko in einem von der CIA unterstützten Staatsstreich im November 1965 als Staats- und Regierungschef ein. Mobutu verfügte auch über enge Beziehungen zu Frankreich. Er herrschte diktatorisch bis zu seinem Sturz 1997 durch Laurent Désirée Kabila und bereicherte sich und seinen Clan. Mobutu schaffte „10 bis 20 Milliarden Dollar kongolesischen Vermögens auf Auslandskonten“ (Financial Times Deutschland 9.3.06). Laurent Kabilas Machtübernahme wurde unterstützt von Ruanda, Uganda und Burundi, damit von den USA. Insbesondere die Minengesellschaft American Mineral Fields (AMFI), 1995 gegründet, um weite Teile des Kongo auszubeuten, unterstützten logistisch, finanziell und militärisch Kabilas Vormarsch. AMFI ist verknüpft mit den größten US-kanadischen Gold- und Minenkonzernen. Die AMFI-Konzernzentrale ist in Hope, der Hauptstadt Arkansas', dem Heimatstaat des damaligen US-Präsidenten Clinton. Kabila hatte AMFI in einem Vertrag im April 1997 die staatliche Bergbaugesellschaft Gécamines abgetreten. 1998 brach Kabila mit seinen ruandischen Bündnispartnern und den USA. Ruandische Truppen mussten Kinshasa verlassen. Der Vertrag mit AMFI wurde 1998 zugunsten des südafrikanischen-britischen Konzerns Anglo-American Corp. (AAC ist die zweitgrößte Minengesellschaft der Welt) aufgekündigt. Ruanda besetzte daraufhin mit Unterstützung Ugandas und Burundis den Ostkongo. Um einen Sturz Kabilas zu verhindern, intervenierten daraufhin Angola, Namibia und Zimbabwe. Im Kongo tobte ein Krieg, der als der erste



afrikanische Weltkrieg bezeichnet wurde und dessen Totenzahl auf bis zu vier Millionen geschätzt wird. Frankreich stand an Laurent Kabilas Seite. Im Januar 2001 wurde Kabila von einem eigenen Leibwächter ermordet. Man sagt „im Auftrag westlicher Geheimdienste“ (Das Parlament 14.7.03). Sein Sohn Joseph übernahm die Macht in Kinshasa und baute insbesondere die Beziehungen zu Frankreich aus. Der Krieg im Kongo endete schrittweise. Allerdings ist der Osten des Landes bis heute nicht befriedet. Im Juni 2003 wurde eine Übergangsregierung gebildet, die nach zwei Jahren durch Wahlen abgelöst werden sollte. Dieser Prozess ist um ein Jahr verlängert worden. Die Wahlen fanden nun am 30.7. statt.

#### **Kleptokratie an der Macht**

Die Übergangsregierung wird von den einstigen Kriegsgegnern gebildet: Präsident ist Joseph Kabila, auch Oberbefehlshaber der Armee (der seine Hauptbastion in der Kupferprovinz Katanga hat), und vier Stellvertreter: Jean-Pierre Bemba (MLC, von Uganda unterstützt, Schwiegersohn Mobutus), Azurias Ruberwa (RCD-Goma, der Vertreter Ruandas), Yerodie A. Ndombasi (ein Vertreter aus Kabilas Partei) u. A. Z. Ngoma (gehört zur politischen Opposition). Hier handelt es sich um eine Kleptokratie - eine Herrschaft der Plünderer.

2004 stellte eine parlamentarische Untersuchungskommission fest, „dass die heute regierenden Kriegsparteien die staatlichen Unternehmen des Landes schlimmer ausplündern als zu Zeiten der Mobutu-Diktatur“ (taz 9.8.05). Und die Neue Zürcher Zeitung kommt zu dem niederschmetternden Urteil: „Seither (Juni 2003, L.H.) haben sich die Regierungsmitglieder hauptsächlich darauf konzentriert, die Erlöse aus den grossen Rohstoffvorkommen in die eigenen Taschen abzuzweigen“ (NZZ 20.12.05). Die FAZ berichtete: „Joseph Kabila (...) soll in den fünf Jahren seiner Amtszeit ein Privatvermögen von einer Milliarde Dollar angehäuft haben“ (FAZ 8.7.06). Und die taz: „In der Herrschaftszeit Joseph Kabilas (sind) nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen 70 Prozent der Aktiva von Gécamines, darunter fast alle produktiven Bergbaukonzessionen, an private Partner im Ausland gegangen – zu Bedingungen, bei denen dem Staat und der lokalen Bevölkerungen nur ein paar Brosamen bleiben“ (taz 8.5.06). Das bestätigt auch die NZZ: „Die Kupfer- und Kobalt-Vorkommen im Konzessionsgebiet der Gécamines (...) wurden zu einem grossen Teil in undurchsichtiger Weise für einen Pappenstiel an Unternehmen wie die

amerikanische Phelps Dodge verscherbelt. Ein kongolesischer Geschäftsmann mit Einblick in die entsprechenden Verhandlungen erklärt dazu, dass Kabila von jeder der ausländischen Firmen eine monatliche Zahlung von durchschnittlich 250.000 Dollar erhalte – stillschweigend natürlich. Der Mann, der seinen Namen aus verständlichen Gründen nicht in der Zeitung sehen will, sagt weiter: ‚Der Ex-Diktator Mobutu war ohne Zweifel ein grosser Gauner. Doch Mobutu stahl von den Bäumen nur die Früchte. Dagegen verscherbelt Kabila und Konsorten die ganzen Bäume für ein Butterbrot.‘ Der Präsident brauche dringend Geld um die Wahlen zu gewinnen. Ausserdem finanzierten die ausländischen Firmen Kabilas Wahlkampf mit“ (NZZ 21.7.06). Am 12. Mai 2006 stellte der IWF die Zusammenarbeit mit der kongolesischen Regierung „wegen Korruption und mangelndem Reformwillen“ (taz 13.5.06) ein.

#### **Bodenschätze und Wasserkraft**

Die Fülle der Bodenschätze der DR Kongo, ihre Werte und Besitzverhältnisse können in diesem Rahmen nur schlaglichtartig beschrieben werden. Deutlich werden jedoch die zugrunde liegenden Ausbeutungsverhältnisse.

Insgesamt liegt die Rohstoffförderung und folglich die Ausfuhr, gemessen an früheren Zeiten, danieder; bis auf eine Ausnahme:

#### **Diamanten**

Bei Industriediamanten hält Kongo im Jahr 2003 Platz 4 der weltweiten Förderung. Im Jahr 2001 machte ihr Ausfuhrwert von 512 Mio. USD 58 % des kongolesischen Exportwerts aus. Der Großteil der Industriediamanten wird durch Zehntausende Individualschürfer ausgebeutet und über ein libanesisch kontrolliertes Händlernetz teils legal, teils illegal außer Landes geschafft. Abbaugelände liegen vor allem um Mbuyi-Maji (Provinz Kasai) sowie bei Kisangani. In Kisangani besitzt das AMFI-Tochterunternehmen American Diamond Buyers die Schürfrechte. Noch weitgehend nicht exploriert ist der kongolesische Teil des Kimberlit-Korridors, der sich von der angolanischen Diamanten-Provinz Lunda Norte in die DRK zieht. Hier hat sich ein Joint Venture des kanadischen Unternehmens SouthernEra Diamonds Inc. mit der weltweit größten Minengesellschaft, der australisch-südafrikanischen BHP Billiton, Lizenzen auf einer Fläche, die der Größe Schleswig-Holsteins entspricht, gesichert (www.goldinvest.de).

#### **Gold**

Die Abbaugelände liegen vor allem im äußersten Nordosten der DRK. Allerdings ist der Abbau im globalen Maßstab gering.

Kongo ist 2003 nicht unter den ersten 19 in der Welt zu finden. Die kanadische Firma Barrick-Gold, seit Neustem die Nr. 1 in der Weltgoldproduktion, besitzt ein Claim von 82.000 km<sup>2</sup> in der Provinz Oriental, eine Fläche so groß wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zusammen. Sein Goldgehalt wird mit 100 t angegeben, was einem Marktwert von derzeit 1,7 Milliarden USD entspricht. Außerdem hat der südafrikanische Goldriese AngloGold Ashanti (Tochter von Anglo American) in Ituri Schürfrechte in einem 10.000 km<sup>2</sup> großen Gebiet (www.derstandard.at, 1.3.06). Die Ressourcen sollen 1,2 Millionen Unzen enthalten. Bei einem derzeitigen (27.7.06) Unzenpreis von etwa 635 USD ergebe dies immerhin den Wert von 760 Mio. USD. Dies ist geradezu minimal gegenüber den 20 Millionen Unzen im Moto-Kilo-Gebiet in Ituri. (Goldinvest.de 17.7.06). Dies entspräche einem Wert von 12,7 Milliarden USD. Weiter südlich soll die Anglo-Tochter Banro eine Lagerstätte mit weiteren 8 Mio. Unzen ausgemacht haben. Die sicher noch unvollständigen Angaben über die kongolesischen Goldvorkommen summieren sich etwa auf 1000 Tonnen, was einem Marktwert von etwa 20 Mrd. USD entspricht.

#### **Kupfer und Kobalt**

Die kongolesische Kupferproduktion im Abbaugelände um Lubumbashi und Kolwezi im äußersten Südosten der DRK ist verglichen mit früher gering. „In den Jahren 1967 bis 1985 erwirtschaftete Gécamines mit Kupfer- und Kobalt-Exporten bis zu 85 Prozent der Deviseneinlagen des Landes; jährlich wurden 480.000 Tonnen Kupfer und 16.000 Tonnen Kobalt produziert. Letztes Jahr waren es noch 15 000 Tonnen Kupfer und etwa 1000 Tonnen Kobalt“ (NZZ 8.6.06). Die International Crisis Group (ICG) schätzt, dass im Kongo zehn Prozent der weltweiten Kupferreserven lagern (ICG, Katanga: The Congo's Forgotten Crisis, Africa Report Nr. 103, 9.1.06, Seite 8). Bei geschätzten weltweiten Reserven von 600 Mio. Tonnen (Fischer Weltatmanach 2006, S. 630) müssten es demnach rund 60 Mio. Tonnen sein. Derzeit bringt die Tonne Kupfer um 7.600 USD, sodass sich daraus ein Marktwert von 460 Mrd. USD errechnet. Kupfer ist damit das mit Abstand wertvollste Gut in Kongos Boden.

Beim Koppelprodukt Kobalt, das u.a. wichtig ist als Speziallegierung für Flugzeug- und Kraftwerksturbinen, ist die kongolesische Weltstellung noch bedeutsamer als bei Kupfer: Die DR Kongo liegt jeweils bei Förderung und Reserven auf Platz 1 in der Welt. 2003 kamen 24,1 % (<http://de.wikipedia.org/wiki/Kobalt>) des Weltkobalts aus Katanga und die ICG schätzt

den Anteil an den weltweiten Kobaltreserven dort sogar auf 34 Prozent. Die Kobaltmenge beträgt etwa 4 Mio. Tonnen, was auf dem Markt ca. 140 Mrd. USD Erlösen würde. Die VR China ist mit Abstand der größte Abnehmer kongolesischen Kobalts bei steigender Tendenz. „In Kongo fördern Chinesen unter haarsträubenden Umständen Kupfer und Kobalt in rauen Mengen,“

berichtet die FAZ am 11.5.06. Einblicke in den Ausbeutungsmechanismus gibt folgender Vorgang. Im August 2005 sicherte sich die US-Minengesellschaft Phelps Dodge von der staatlichen Minengesellschaft Gécamines mit dekretierter Zustimmung der Übergangsregierung Kabila einen Anteil von 57,75 Prozent an der Kupfer-Kobalt-Mine Tenke-Fungurume in Katanga für

nur 60 Mio. USD. Die Mine enthält nach Angaben von Phelps Dodge 103 Millionen Tonnen Erz, dessen Kupfergehalt das Unternehmen mit 3,44 % und dessen Kobaltgehalt mit 0,34 % angibt (Jahresbericht 2005 www.phelpsdodge.com). Nach derzeitigen Preisen ergibt sich ein Marktwert des Kupfers von gut 16 Milliarden USD, das Kobalt valutiert mit etwa 5,6 Mrd. USD (14,60

## GESCHICHTE DES KONGO

**Um 700 n. Chr.** Völker mit Bantusprachen erreichen das Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo

**16. Jh.** Im Norden der heutigen Republik besteht ein politisches System bei den Zande und ein Königreich bei den Mangbetu; das Königreich Kongo am Unterlauf des Kongo-Flusses wird von Portugiesen christlich beeinflusst

**1884-85** Bei der Berliner Konferenz einigen sich die europäischen Mächte im wesentlichen über die Aufteilung auch Zentralafrikas, König Leopold II von Belgien übernimmt den „Unabhängigen Kongostaat“ als Privatbesitz, Eroberung des Gebiets, Zerstörung der Reiche des Msiri und des Tippu Tib

**1908** Belgischer Staat übernimmt Herrschaft über den Kongostaat

**30.6.1960** Nach Unruhen wird das Land in die Unabhängigkeit entlassen; Staatspräsident Kasavubu und Ministerpräsident Lumumba; Meuterei der Streitkräfte löst Intervention Belgiens und Sezession Katangas aus; Die Vereinte Nationen entsenden eine Streitmacht

**1961-64** Zentral-Regierung Adoula 1963 mit Hilfe der Streitkräfte der Vereinten Nationen wird Katanga wieder eingegliedert

**24.11.1965** Generalstabschef Mobutu (seit 11.12.1982 Maréchal) übernimmt die Staatsgewalt und gestaltet die II. Republik zu einem zentralistischen, totalitären Präsidialregime (Hinrichtung politischer Gegner, Verabschiedung einer Präsidialverfassung, Errichtung eines Einparteiensystems unter dem „Mouvement Populaire de la Révolution“)

**21.10.1971** Umbenennung des Landes in Zaire 1973/74 Im Zuge der „Zairianisierung“ werden ausländische Vermögen nationalisiert (1976 teilweise wieder aufgehoben)

**80er Jahre** Wirtschaftlicher Ruin des Landes

**1991/1993** Plünderungswellen zerstören weite Teile der noch existierenden industriellen und administrativen Infrastrukturen

**24.04.1990** Präsident Mobutu verkündet Abkehr vom Einparteiensystem

**1991/92** Souveräne Nationalkonferenz (CNS) soll politische Weichen für die sogenannte „III. Republik“ stellen. Der von der Konferenz zum Premierminister ernannte Oppositionelle Etienne Tshisekedi (UDPS) wird jedoch von Mobutu per Dekret für abgesetzt erklärt.

**Juni 1994** Oppositionspolitiker Kengo wa Dondo zum Premierminister gewählt, einige Erfolge bei der Stabilisierung der zerrütteten Wirtschaft und der Vorbereitung allgemeiner Wahlen

**1996** Süd-Kivu: Aufstand der Banyamulenge-

Tutsi gegen die Zentralregierung in Kinshasa; durch Uganda, Ruanda, Burundi und Angola unterstützt, erobert die sich später AFDL (Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo/Zaire) nennende Rebellenbewegung binnen acht Monaten weite Teile des Staatsgebietes

**17.05.1997** Einnahme von Kinshasa; AFDL-Führer Laurent Désiré Kabila proklamiert sich zum neuen Staatspräsidenten; Umbenennung des Landes in Demokratische Republik Kongo; Mobutu stirbt wenig später im marokkanischen Exil.

**02.08.1998** Beginn der Rebellion, maßgeblich unterstützt durch Ruanda und Uganda.

**16.01.2001** Präsident Laurent Désiré Kabila bei einem Attentat getötet; die Nachfolge tritt sein Sohn Joseph Kabila an (Vereidigung am 26.01.01).

**31.07.2002** Präsident Joseph Kabila und der ruandische Präsident Paul Kagame unterzeichnen in Pretoria ein Abkommen über den Rückzug der ruandischen Truppen aus dem Kongo sowie die Entwaffnung und Demobilisierung ruandischer Hutu-Milizen auf kongolesischem Gebiet. Die VN-Mission MONUC und Südafrika sollen als „Dritte Partei“ die Ausführung des Abkommens überwachen

**06.09.2002** In Luanda, Angola, unterzeichnen der kongolesische Präsident Kabila und der ugandische Präsident Yoweri Museveni ein Abkommen, das die Beziehungen der beiden Länder normalisieren soll und in dem sich Uganda zum Abzug seiner Truppen aus dem Kongo verpflichtet

**17.12.2002** In Pretoria einigen sich Kriegsparteien, politische Opposition und Zivilgesellschaft unter Druck der internationalen Gemeinschaft auf den „Accord Global et Inclusif“

**1./2.4.2003** In Sun City verabschieden die Delegierten des Innerkongolesischen Dialogs feierlich die Ergebnisse der Einigung von Pretoria, darunter ein Schema zur Machtverteilung unter den Konfliktparteien und eine neue Übergangsverfassung

**4.4.2003** Präsident Joseph Kabila verkündet die neue Übergangsverfassung, am Tag zuvor wurden bei ethnisch begründeten Massakern im Ituri (Dodro) Hunderte von Menschen umgebracht

**7.4.2003** Präsident Joseph Kabila leistet einen neuen Amtseid auf die Übergangsverfassung

**11.6.2003** EU-Rat stimmt der Entsendung einer 1.500 Mann starken multinationalen Einsatztruppe (Operation Artemis) zu; Operation Artemis dauert bis zum 01.09.2003 an

**17.7.2003** Vereidigung der vier Vizepräsidenten Ruberwa, Z'Ahidi Ngoma, Yerodia und Bemba  
**28.10.2003** UN-Expertenpanel stellt die Endfassung des Berichts über die illegale Ausbeutung der kongolesischen Rohstoffressourcen unter Bekanntgabe der daran beteiligten Regierungen, Firmen und Privatpersonen vor  
**17.-19.12.2003** Im Rahmen des Weltbankkonsultativtreffens in Paris werden der DR Kongo rund 4 Mrd. USD Unterstützung zum Wiederaufbau des Landes für die Jahre 2004 bis 2006 zugesagt

**28.3.2004** Einige Stunden andauernde Schusswechsel in verschiedenen Militäreinrichtungen und im Zentrum Kinshasas

**2.-4.6.2004** Nachdem die Stadt Bukavu in die Hände abtrünniger Soldaten fällt, brechen in Kinshasa Unruhen aus, die sich in erster Linie gegen die VN-Mission MONUC richten

**10./11.06.2004** Versuchter Staatsstreich durch Mitglieder der Präsidentengarde GSSP

**13.8.2004** Massaker in einem burundischen Flüchtlingscamp (in Gatumba), dem ca. 160 Personen zum Opfer fielen, darunter 140 Banyamulenge (tutsistämmige Kongolesen). Täterschaft - laut VN-Bericht vom 05.10.2004 - nicht endgültig aufklärbar (vermutlich beteiligt: burundische Rebellengruppe FNL, Forces Nationales de Libération, Mitglieder der Interahamwe, Mayi-Mayi sowie andere bewaffnete Gruppen)

**10.1.2005** Wegen der vom Präsidenten der Unabhängigen Wahlkommission angedeuteten Verschiebung des Wahltermins finden Demonstrationen in Kinshasa statt, bei denen es laut offiziellen Angaben 4 Tote gibt. Vier Tage später zum Gedenken der Toten Aufruf zu einem Tag der Trauer/des Boykotts.

**April 2005** Im Rahmen der ESVP-Mission EUPOL Kinshasa entsendet die EU Polizisten, die bei der Ausbildung einer Sonderpolizei in Kinshasa helfen soll.

**8.6.2005** Die EU entsendet im Rahmen der Mission EUSEC DR Congo ranghohe Militärs, die den Umbau des kongolesischen Sicherheitssektors begleiten sollen.

**30.6.2005** Nachdem die in der Verfassung des Übergangs vorgesehenen Wahlen verschoben wurden kommt es am ursprünglichen Wahltermin und Unabhängigkeitstag in mehreren Städten zu Demonstrationen. Mehrere Demonstranten sterben, als die Polizei das Feuer eröffnet.

(Quelle: Auswärtiges Amt)



USD/lb am 19.7.06; 1 lb = 453,59 g). Die Konzession kostet also nur etwa ein Vierhundertstel des Umsatzes. Selbst wenn das Unternehmen Hunderte Millionen Dollar in die Erschließung investieren müsste, sind diese Summen angesichts der exorbitanten Renditeaussichten als Peanuts zu bezeichnen.

#### **Germanium**

In einer etwa 100 m hohen Abraumhalde am Rande Lubumbashis lagert etwa ein Viertel des weltweiten Germanium-Vorkommens. Germanium ist Bestandteil von Glasfasern und wird in der Infrarot-Sensorik verwendet, ist somit auch militärisch relevant. Der Marktwert beläuft sich derzeit etwa auf 2,6 Mrd. USD.

#### **Coltan**

ist ein Gemisch aus den chemischen Elementen Tantal und Niob. In der DR Kongo lagern zwei Prozent der weltweiten Niob-Reserven und 13 Prozent der weltweiten Tantalvorkommen (Hans W. Maull, Strategische Rohstoffe, München 1988). Tantal ist wichtig für die Handyherstellung. Die deutsche Firma H.C. Starck aus Goslar, Tochterunternehmen des Bayer-Konzerns, ist Weltmarktführer bei der Verarbeitung von Tantalerzen. H.C. Starck war in den Jahren 2000 und 2001 – während des Kongo-Krieges – größter Abnehmer des Tantalerzes Coltan und geriet in die Kritik, weil dadurch Kriegsparteien finanziert wurden. Seitdem ist die weltweite Nachfrage nach Coltan gesunken.

#### **Erdöl**

Rohöl, das vor allem in der Kongomündung gefördert wird, steht für 24 % des kongolesischen Exports im Jahr 2001, entsprechend 211 Mio. USD. Im Juni 2002 verlieh die Regierung in Kinshasa der kanadischen Heritage Oil Corp. das Exklusivrecht, in einem 31.000 km<sup>2</sup> großen Gebiet Ituris am Westufer des Albertsees nach Erdöl zu suchen. Zusammen mit der südafrikanischen Firma Energy Africa besitzt sie direkt an der Westgrenze Ugandas ebenfalls eine Konzession und hat „dort nahe der Grenze zu Kongo-Kinshasa ein Erdölfeld gefunden, dessen Potenzial die Firma auf ‚mehrere Milliarden Fass‘ schätzt“ (NZZ 21.5.03). Bei einem Fasspreis von derzeit über 70 USD klingt dies nicht nur verheißungsvoll für Ugandas zukünftige Prosperität, sondern lässt auch auf einen Ölsegen in Ituri hoffen.

#### **Holz**

Internationale Holzkonzerne verfügen im Kongo über Konzessionen, die die Fläche Frankreichs bedecken würden. Größter Abholzer ist das deutsche Unternehmen Congolaise Industrielle des Bois. Die

deutsch-schweizerische Tropenholzfirma Danzer ist ebenfalls im Kongo aktiv.

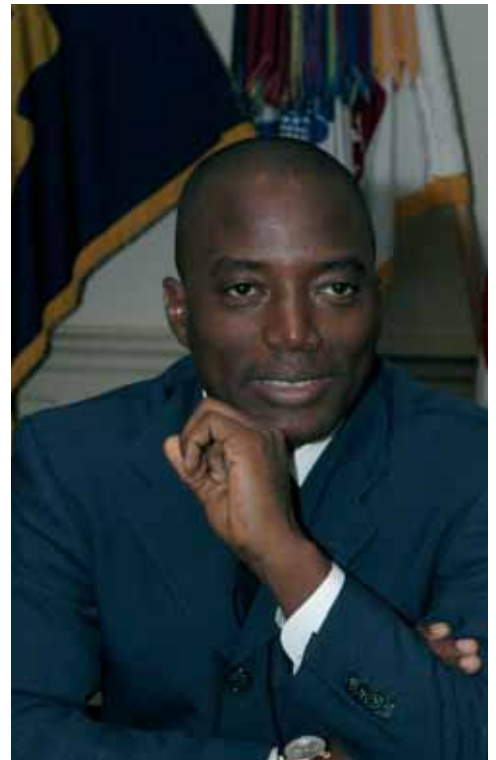
Zudem sind Zinn, Uran, Wolfram, Zink, Silber und Mangan in relevanten Mengen vorhanden.

#### **Infrastruktur und Wiederaufbau**

„Wichtigster deutscher Investor im Kongo ist Siemens, dessen belgische Filiale das Stromnetz der Hauptstadt Kinshasa instand setzt, gefördert von der Weltbank. (...) Der deutsche Konzern ist auch in der Telekommunikation präsent“ (taz 11.7.03). 2003 erhielt Siemens von der Weltbank den Auftrag, die zwei bestehenden Kraftwerke an den Inga-Staudämmen südlich von Kinshasa, die derzeit nur mit einer Kapazität von 30 Prozent arbeiten, zu sanieren. 550 Mio. USD seien dafür bis 2010 notwendig. Siemens hat in Kinshasa auch ein Büro eröffnet. Weitere Informationen sind jedoch nicht zu erhalten (International Rivers Network, April 2005, www.irn.org). Die international tätige Stuttgarter Consultingfirma Fichtner hat von der Weltbank den Auftrag, die Instandsetzung der elektrischen Infrastruktur im Süden des Landes, was Inga einschließt, zu planen und mit den ersten dringlichen Maßnahmen zu beginnen. Zudem berät Fichtner die kongolesische staatliche Elektrizitätsgesellschaft SNEL bei der Ausschreibung, Angebotsauswertung und Vergabe von Aufträgen (www.fichtner.de). „Die DR Kongo hat nach China und Russland die drittgrößten durchschnittlichen Reserven an Wasserkraft in der Welt. Davon werden bisher nur 2 % genutzt,“ stellt die EU-Kommission in ihrer Afrika-Strategie „zur Beschleunigung der Entwicklung Afrikas“ fest (KOM(2005) 489 endgültig vom 12.10.05). Am konkretesten sind die Planungen für Inga 3, für dessen Bau rund 5 Mrd. USD notwendig wären und der 2012 abgeschlossen sein soll. Eher Zukunftsmusik ist der gigantische Plan „Grand Inga“ für einen umweltpolitisch fragwürdigen Damm, der den gesamten Kongo staut und dessen 52 Turbinen Afrika vom Kap bis Ägypten mit Energie versorgen soll. Hier wird von Investitionskosten von 50 Mrd. USD ausgegangen (www.irn.org). Siemens gilt als „gut positioniert, den Löwenanteil an diesem vermutlich interessantesten Großinvestitionsprojekt des Kongo zu bekommen“ (taz 11.7.03).

#### **Frankreichs Einfluss im Kongo**

Nicht nur, dass Frankreich die Nähe zu allen Präsidenten Kongos hergestellt hatte, wobei die Nähe zu Kabila Junior so eng sein soll wie zu keinem seiner Vorgänger, die französische Consultingfirma Sofreco hat sich das Management des staatlichen



*Der derzeitige Präsident Joseph Kabila*

Bergbauunternehmens Gécamines gesichert, dem – trotz des Ausverkaufs - größten Unternehmens Kongos. Die Sanierung Gécamines' ist der Schlüssel zur Gesundheit des Landes. Das derzeit größte ausländische Unternehmen im Kongo gehört dem Belgier George Forrest. Er ist Frankreichs Honorarkonsul in Lubumbashi und besitzt ein Viertel des Germaniumbergs bei Lubumbashi und bedeutende Anteile an Kupfer-Kobalt-Minen. „Belgische NGOs nennen Forrest als Hauptfinanziers von Joseph Kabilas PPRD“ (taz 8.5.06).

Auch auf militärischer Ebene ist Frankreichs Einfluss im Kongo führend. Die militärische EU-Mission EUSEC, die seit Juni 2005 den Aufbau der kongolesischen Armee FARDC überwacht, wird vom französischen General Joana geleitet. EUSEC stellt Berater des kongolesischen Generalstabs und sitzt auch im Büro des kongolesischen Verteidigungsministers. Die EU-Truppe „Artemis“, die im Sommer 2003 im ostkongolesischen Bunia unter anderem mit Mirage-Kampfflugzeugen und einem Kampfhelikopter-Regiment militärische Stärke demonstriert hat, war eine französische.

„Frankreich gilt unter den internationalen Partnerländern zusammen mit den USA als eifriger Unterstützer Kabilas. Die beiden Länder, heißt es bei der MONUC, betreiben aktiv Kabilas Wiederwahl im ersten Wahlgang“ (D. Johnson, Internationale Politik, April 2006, S. 54).



Kandidat der MLC Jean-Pierre Bemba

### Zum Wahlausgang

Zur Präsidentenwahl hat die Wahlkommission 33 Kandidaten zugelassen, die Kandidatenzahl für die 500 Parlamentssitze liegt bei über 9.700. Schon beim friedlich verlaufenden Verfassungsreferendum im Dezember hatte sich der Oppositionelle Etienne Tshisekedi, dem vor allem in seiner Heimat, der Diamantenprovinz Kasai, und in Kinshasa die beachtliche Anhängerschaft von drei bis vier Millionen Wählern nachgesagt wird, zu einem Boykott aufgerufen. Und auch für die Wahlen am 30.7. stand er und seine Partei UDPS nicht auf den Wahlzetteln. Die NZZ wagte angesichts dessen Anfang April bereits eine Prognose für den Wahlausgang: „Tshisekedis Absichts stehen erhöht die Chancen Kabilas, bereits im ersten Wahlgang als Präsident Kongo-Kinshasas bestätigt zu werden. (...) Die Opposition ist verzettelt. Zahlreiche Führer von Kleinstparteien haben wohl die Kandidatur nur deswegen eingereicht, um ihren ‚Marktwert‘ in Verhandlungen mit Kabila steigern zu können; im Tausch gegen einen Posten in der künftigen Regierung oder Verwaltung dürften sie bereit sein, sich vom Rennen zurückzuziehen und Kabila zu unterstützen“ (NZZ 5.4.06). Es sieht so aus, als ob der Wunsch Kandidat der französischen und der US-Regierung tatsächlich das Rennen macht. Kabila ist der Favorit. Möglicherweise nicht gleich für den ersten Wahlgang, obwohl seine Allianz aus 31 Parteien (Bembas Allianz umfasst 23 Parteien) dies anstrebt, aber für den zweiten, der spätestens Mitte Oktober stattfinden

soll. Die NZZ formuliert erfreulich klar: „Die ausländischen Bergbauunternehmen haben ein grosses Interesse an Kontinuität – und damit an einem Wahlsieg Kabilas. Unter einem anderen Staatschef müssten sie befürchten, dass die für sie äusserst vorteilhaften Konzessionsverträge erneut unter die Lupe genommen würden. Belgien und die USA, beides Staaten, die in Kongo-Kinshasa über einigen Einfluss verfügen, hätten an einem solchen Szenario ebenfalls wenig Freude“ (NZZ 21.7.06).

### Zum Militär in der DR Kongo

Um einen Standpunkt dafür zu entwickeln, ob es zur Absicherung der Wahl notwendig ist, EU-Truppen in die DR Kongo zu entsenden, ist es unerlässlich, die im Kongo vorhandenen wesentlichen militärischen Kräfte zu analysieren.

### MONUC

Die UN führt seit 2000 eine immer weiter verstärkte Blauhelm-Mission nach Kapitel VII durch – MONUC. Sie umfasst rund 16.000 reguläre Soldaten aus 19 Ländern. Pakistan und Indien stellen davon jeweils rund 3500, Bangladesh, Südafrika und Uruguay jeweils knapp 1400 Soldaten. Französische und frankophone Teile dominieren und kommandieren den militärischen Teil. Politischer Direktor der Mission ist der deutsche Diplomat Albrecht Conze vom Auswärtigen Amt.

Den Kern der MONUC-Heeressoldaten bilden zehn Panzergrenadierbataillone und zehn Panzergrenadierkompanien. Zwei Bataillone befinden sich in Kinshasa, fast sämtliche anderen Verbände sind im Distrikt Ituri, in den Provinzen Nord- und Südkivu sowie in Nord-Katanga - somit im Osten. Da das Land über keine befestigten Fernstraßen verfügt, findet der UN-Transport durch die Luft statt. MONUC fliegt 60 Flugplätze und Landepisten sowie 150 Hubschrauberlandeplätze an und verfügt über 24 Flugzeuge, darunter zwei Boeing 727 und drei Iljushin-76 sowie 62 Hubschrauber (<http://monuc.org>). MONUC hat sich also ein flächendeckendes Luftverkehrsnetz geschaffen. Von daher ist es überflüssig, für Not-Evakuierungen von bis zu 250 europäischen Wahlbeobachtern insbesondere 350 deutsche Fallschirmjäger aus dem Saarland abzustellen. Das kann MONUC selbst übernehmen.

### Die kongolesische Armee

In der Übergangszeit seit 2003 sollten die kämpfenden Milizen im Kongo in eine reguläre Armee integriert werden. Das ist nur zu einem kleinen Teil umgesetzt worden: „Kongos neue nationale Armee FARDC sollte 18 Brigaden haben, jeweils 3500

Mann stark. Sie hat auf dem Papier 12“ (taz 9.2.2006). Real gibt es „fünf integrierte Brigaden, in denen Soldaten und ehemalige Rebellen engagiert sind. Sie sind alle im Osten stationiert“ (FAZ 13.7.2006).

Die FARDC ist in weiten Teilen eher ein Unsicherheitsfaktor im Land. „Die kongolesische Truppe begeht schwere Menschenrechtsverletzungen, plündert hemmungslos, ist in Rohstoff- und Waffenschmuggel verwickelt.“ (D. Johnson, Internationale Politik, April 2006, S. 51). Dessen ungeachtet gingen 500 Mann der MONUC mit 2000 Soldaten der FARDC in Ituri gegen Rebellengruppen vor (NZZ 23.5.06). Die schweren Waffen der Armee sind allgemein in einem schlechten Zustand. Sie verfügt über etwa 70 alte Kampfpanzer und 130 Artilleriesysteme als Hauptwaffen des Heeres. Die Luftwaffe hat sechs Kampfflugzeuge (2 MiG 23, 4 Su-25) und sechs Kampfhelikopter (Mi-24), die Marine besteht aus acht Patrouillenbooten, die kaum einsatzfähig sind (The Military Balance 2005/2006, S. 375). FARDC hat eine integrierte Führung, dessen Oberbefehlshaber Joseph Kabila ist. Das Heer wird von Ruberwas RCD befehligt, die Luftwaffe von Kabilas Partei und die Marine von Jean-Pierre Bembas MLC (FAZ 1.7.03).

### Die Milizen und der EU-Militäreinsatz

Offiziell angefangen hat alles mit einem Brief des für Blauhelm-Missionen zuständigen UN-Untergeneralsekretärs, dem Franzosen Jean-Marie Guéhenno, am 27.12.05. Darin wünscht er von der EU „Abschreckungskräfte“ und „Reservekräfte“, um während der Wahlen MONUC zu unterstützen. Anzumerken ist, dass die Anforderung nicht von MONUC kam und bei der kongolesischen Übergangsregierung erst noch Überzeugungsarbeit geleistet werden musste. Der Spiegel am 30.1.06: „Die Regierung in Kinshasa, meldete der Diplomat (der deutsche Botschafter Buchholz, L.H.) kürzlich nach Berlin, sehe für die Europa-Truppe ‚keinen Bedarf‘“.

Wenn die EU über einen Militäreinsatz im Kongo nachdenkt, setzt das eine Analyse des Störpotenzials von Wahlen im Kongo voraus. Versuchen wir uns an einem Lagebild:

Präsident Kabila befiehlt eine Präsidialgarde GSSP als Privatarmee außerhalb der Armeestruktur. Die Angaben über dessen Stärke reichen von „fast 7000“ von Albrecht Conze ([www.fr-aktuell.de](http://www.fr-aktuell.de), 23.3.06), „bis 15.000 Elitesoldaten“ (Denis M. Tull, Die Demokratische Republik Kongo vor den Wahlen, SWP-Aktuell 12, Februar 2006, S. 2.). D. Johnson, verwendet sogar die Zahl 16.000. Tull gibt an, dass diese sowohl in





Kinshasa als auch in Lubumbashi, Kisanjano und Bukavu stationiert seien.

Der Hauptstadt Kinshasa kommt für den Ausgang der Wahl die entscheidende Bedeutung zu. „Dies ist das Nervenzentrum des Landes, hier wird sich tatsächlich entscheiden, ob das Wahlergebnis akzeptiert wird oder nicht. Größere Bewegungen für oder gegen den einen oder anderen Kandidaten außerhalb von Kinshasa werden keine nationalen Auswirkungen haben. Deswegen geht es wirklich um die Hauptstadt“, sagte A. Conze in einem Interview der Deutschen Welle. Frage: „Es gibt Gerüchte, dass einzelne Politiker schon Milizen rund um Kinshasa zusammenziehen.“ Antwort Conze: „Wir sehen niemanden, der jetzt etwas zusammenzieht, wir sehen nur zwei Kandidaten, die hier schon immer Sondertruppen haben, die über das Abkommen von Pretoria hinausgehen. Das sind der jetzige Staatspräsident Kabila und einer der vier Vizepräsidenten, Jean-Pierre Bemba. Die muss man nach beiden Wahlgängen – je nach erwartetem Ausgang – besonders gut im Auge behalten“ (www.dw-world.de, 24.5.06).

Über die Größe von Bembas Truppe gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Sie reichen von 200 (!) bis 6.000. Conze gab Bembas Truppenstärke mit „knapp 4000“ an (www.fr-aktuell.de, 24.3.06), SPIEGEL-ONLINE mit 5.000 (10.3.06) und die taz mit 6000 (15.3.06). Legt man diese hohen Angaben zu Grunde, würden die etwa 800 Soldaten der EU-Truppe in Kinshasa beim Aufeinandertreffen der Truppen Kabilas und Bembas überfordert sein. Selbst die aus Gabun herbeigeordnete Reserve von 1100 Mann, verstärkt durch die in Europa bereit gehaltene „strategische Reserve“, ein 800 Mann starkes französisches Bataillon, wäre machtlos, wenn – unabhängig davon,

wer der Angreifer wäre – 15 bis 20.000 Bewaffnete übereinander herfielen. Die EU-Truppe würde im Worst-Case-Szenario ihren Abschreckungsauftrag nicht erfüllen können. Der Einsatz erwiese sich als unsinnig und die Truppe müsste unverrichteter Dinge abziehen. Was wäre, wenn die Franzosen ihre Luftwaffe einsetzen würden? Diesmal nicht nur zum Drohen, wie Ende Juli als zwei Mirage-Kampfflugzeuge über Kinshasa „im Tiefflug gerast“ (FAZ 28.7.06) waren, sondern mit einem Bombenabwurf im Stadtgebiet. Die Folgen wären verheerend. Aber, ist ein solches Szenario überhaupt realistisch?

Was ist, wenn die niedrigeren Zahlen über Bembas Truppen zutreffen? Der FAZ-Afrika-Korrespondent Scheen setzte sich mit der Bemba-Truppe auseinander: „Daß Bemba tatsächlich noch 5000 Milizionäre in der Nähe der Hauptstadt stehen haben soll, ist ein hartnäckiges, aber unbewiesenes Gerücht. Fest steht, dass auf einer Farm der Familie Bemba außerhalb der Stadt zwei- oder dreihundert seiner alten Kämpfer mehr dahinvegetieren als leben. Ob von ihnen eine echte Bedrohung ausgeht, ist zweifelhaft. Denn Bemba pflegt seine Leute nicht zu bezahlen ‚Für den riskiert kein Mensch mehr irgend etwas‘, sagt ein seit vielen Jahren in Kinshasa lebender Niederländer“ (FAZ 19.5.06). Dass sehr viel für diese letzte Analyse spricht, wird dadurch unterstrichen, dass Denis M. Tull von der Stiftung Wissenschaft und Politik in seiner Analyse „denkbarer Szenarien“, in denen er Stärke und Wirkungsgebiete von Milizen untersucht, Jean Pierre Bembas Miliz überhaupt nicht (!) erwähnt. Folglich kann von Bemba keine strategische Gefahr für den Fall ausgehen, dass er den Sieg Kabilas für sich reklamiert und ihn mit Waffengewalt durchsetzen will. Kabilas GSSP verbreitete

während des Wahlkampfes schon überall im Land Angst und Schrecken. Für den umgekehrten – wenig wahrscheinlichen – Fall, Bemba gewönne die Wahl und Kabila würde sie nicht anerkennen, scheint die EU nicht eingestellt zu sein, denn die EU-Truppe wäre nicht stark genug, um Kabilas Truppe abzuschrecken. Entweder ließe man Kabila gewähren oder weitere EU-Truppen müssten nachgeführt werden, aber davon ist nicht die Rede.

Die Bundesregierung benennt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (Ds 16/1398 vom 8.5.06) darüber hinaus staatliche Rundfunk- und Fernsehsender sowie Regierungseinrichtungen, die während der Wahlphase zu Objekten von Störern werden könnten. Auch hier stellt sich die Frage: Wer könnten die Störer sein? Johnson schreibt in der taz am 13.6.06: „Als ‚Störer‘ dürften bei Kongos Wahl höchstens Hitzköpfe der boykottierenden Oppositionsparteien auftreten, die die Wahl als Farce zur Legitimierung des amtierenden Präsidenten Joseph Kabila ansehen.“ Mit unbewaffneten Störern würden die kongolesischen Sicherheitskräfte und die MONUC-Verbände vor Ort fertig, die ohnehin als Erste einzugreifen hätten. Als bewaffnete Störer kämen theoretisch allenfalls Bembas Leute in Frage. Und die werden aufgrund der ungleichen Kräfteverhältnisse nichts unternehmen.

Zusammengefasst: Die Einsatzziele der EU-Truppe sind nicht ausreichend begründet. Die vorgesehenen Aufgaben haben keine reale Grundlage oder können von MONUC und den kongolesischen Sicherheitskräften ausgeführt werden. Der Einsatz ist Symbolik.

### **Die Hintergründe des EU-Militäreinsatzes**

Es stellt sich dann die Frage, weshalb trotz öffentlich beklagter knapper Kassen so vehement für diesen Einsatz getrommelt wird.

Die Antworten: Da der Einsatz vor allem vom französischen (und auch US-) Interesse diktiert ist, Frankreich jedoch nicht auch noch neben dem Hauptquartier vor Ort die Gesamtleitung übernehmen kann, weil sonst überhaupt kein Anschein von Neutralität gewahrt werden könnte, hat die Bundesregierung die Führung der Truppe übernommen.

EUFOR D.R. Congo ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Militarisierung der EU. Seitdem die EU im Jahr 2000 von der WEU die so genannten Petersberger Aufgaben (Militäreinsätze von der Evakuierung bis zum friedenserzwingenden Kampfeinsatz – sprich Krieg) übernommen



hat, ist sie ein Militärpakt. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, baut die EU eine Schnelle Eingreiftruppe auf, die 80.000 Mann stark, ab 2010 binnen zwei Monaten komplett verlegbar sein soll. Als Kriegsmaterial sollen ihr rund 100 Schiffe, darunter vier Flugzeugträger, sieben U-Boote, 17 Fregatten und zwei Korvetten sowie 400 Flugzeuge zur Verfügung stehen (The Military Balance 2002/2003, S. 219). Die Bundesregierung stellt ihr 18.000 Soldaten fest zur Verfügung. Das ist das größte nationale Kontingent aller 25 EU-Mitglieder. Die Speerspitze der Schnellen Eingreiftruppe der EU werden sogenannte Battlegroups bilden, jeweils 1.500 Mann stark, für die die EU-Staaten bereits Kontingente für 12 Battlegroups gemeldet haben. Insgesamt sollen es einmal 19 werden. Ab 2007 sollen die ersten voll einsatzfähig sein. Spätestens nach 15 Tagen sollen die Battlegroups im Umkreis von bis zu 6.000 km um Brüssel eigenständig (d.h. ohne NATO-Unterstützung) einsetzbar sein und zwischen einem und vier Monate durchhalten können. Das Battlegroup-Konzept besagt, dass sie „bestimmt (sind) für, aber nicht begrenzt (sind) auf den Gebrauch für zusammenbrechende oder zusammengebrochene Staaten (von denen sich die meisten in Afrika befinden).“ Ihr Einsatz soll „vorrangig (aber nicht exklusiv)“ auf Grundlage eines Mandats nach Kapitel VII der UN-Charta erfolgen. Mit anderen Worten: Der offene Völkerrechtsbruch ist beabsichtigt und wird vorbereitet. Deutschland hat seine Beteiligung gleich an sieben der 12 Battlegroups angemeldet, wobei es in vier die Führung übernehmen will. Das ist die häufigste Beteiligung und die häufigste Führungsübernahme aller EU-Staaten. Also ein großes deutsches Engagement bei der EU-Militarisierung. Jedoch nicht nur da.

Seit 2002 wird eine schnelle Eingreiftruppe der NATO, NATO Response Force (NRF), schrittweise aufgebaut. Im November 2006 sollen die 25.000 Mann der NRF voll einsatzfähig sein. Deutschland beteiligt sich daran mit Verbänden von 1.200 bis 6.200 Soldaten pro Halbjahr. In diesem Halbjahr sind es 6.200. Minister Jung brachte kürzlich die NRF in Zusammenhang mit einem NATO-Einsatz im erdölreichen Sudan. (Vgl. N. Paech, Die Bundeswehr und das Öl, FR 15.7.06, Friedensratschlag.de). Insgesamt stellt die Bundesregierung den größten Truppenanteil an der NRF.

Die von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossene Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 benennt als „Hauptbedrohungen“ im 21. Jahrhundert „regionale Konflikte“ und das „Scheitern von Staaten“. Diesen Ansatz präzisier-

der Europäische Rat im April 2005: Im „Gemeinsamen Standpunkt zur Verhinderung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten in Afrika“ werden die Ziele genannt: Stärkung afrikanischer Mittel und militärischer Fähigkeiten und die enge Zusammenarbeit mit der UNO. Bezeichnend darin ist die folgende Festlegung: „Die EU wird ungeachtet ihres Eintretens für die Eigenverantwortung Afrikas weiterhin bereit sein, sich mit ihren eigenen Fähigkeiten der Krisenbewältigung in Afrika zu beteiligen, wo immer das erforderlich ist“ (6759/05 vom 6.4.05). Wenn von „Fähigkeiten der Krisenbewältigung“ in offiziellen Dokumenten die Rede ist, ist sehr wohl auch das Militär gemeint. Obwohl die EU angibt, die Eigenverantwortung Afrikas stärken zu wollen, wurde die Afrikanische Union oder die SADC nicht gefragt, ob sie den Job übernehmen könnte. „Südafrika hält die von der EU erwogene Truppenentsendung zur Absicherung der Wahlen in der DR Kongo für überflüssig“, berichtete Ende Februar der österreichische Standard. „Die EU könne selbstverständlich ein ‚kleines Kontingent an Beobachtern‘ entsenden, wenn sie es wünsche, sagte Südafrikas Verteidigungsminister (...). Ansonsten aber könne der (...) Urnengang im Kongo stattfinden, ‚ohne Soldaten aus dem Rest der Welt dorthin zu schicken‘. Sollte ein Einsatz ausländischer Truppen notwendig sein, könne dieser von der Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika (SADC) abgesichert werden“ (derstandard.at 28.2.06). Dieser Vorgang belegt das Eigeninteresse der EU im Kongo.

Mit diesem EU-Militäreinsatz demonstriert das deutsch-französische EU-Führungsstandem seine Einheit und bietet den Militärs ein möglichst anspruchsvolles Einsatzgebiet zur praktischen Erprobung ihrer Stabstreckenübungen. Damit kommt die EU ihrem erklärten Ziel, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zu einem globalen Akteur zu werden, einen weiteren Schritt näher. Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Motiv: Die Bevölkerungen der EU-Staaten sollen auf diese Weise an die Militarisierung der EU gewöhnt werden.

Ein weiterer Grund für das Eingreifen der EU ist der Griff nach dem Rohstoffreichtum des Landes. Den Zusammenhang von klingender Münze und Bundeswehreinsatz illustriert das deutsche Rohstoff- und Edelmetallportal Goldinvest.de: „Die ersten Wahlen im Kongo seit 1964 könnten mehr Stabilität für das afrikanische Land mit seinen 60 Millionen Bürgern bringen. Davon sollten die Aktien der im Kongo aktiven Bergbau- und Energieunterneh-

men profitieren,“ schreibt der Dienst am 17.7.06. Und weiter: „Mehr Frieden und Stabilität – ja sogar nur die Aussicht darauf – würde an der Börse den Kursen der vielen im Kongo aktiven Rohstoffgesellschaften gut tun. Es wäre also durchaus legitim, noch vor den Wahlen in entsprechende Aktien zu investieren.“ Dann mahnt er jedoch zur Vorsicht: „Dieses eingesetzte Kapital sollten Sie als spekulatives Spielgeld betrachten – immerhin könnte bei einem Scheitern der Wahlen das Land wieder im Chaos versinken und die Aktien ins Bodenlose stürzen. Doch mit Hilfe der Bundeswehr – und damit dem Einsatz deutscher Steuergelder – sollte es doch zu einem guten Ende kommen, oder? Welche Investitionsmöglichkeiten bietet also das Land?“, wird gefragt. Antwort: „Wer es nicht so aggressiv liebt, kann mit der Citibank auf den Aufbau einer Bankeninfrastruktur setzen. Oder mit Phelps Dodge und BHP Billiton auf mögliche Großprojekte im Kupfer- oder Diamantensektor. Die Risikobereiten setzen auf Explorationsunternehmen, die nach den Lagerstätten von Diamanten, Gold, Uran, Öl, Zink, Nickel und Kobalt fahnden.“ Dann werden die Minen und die Firmen aus USA, Kanada, Südafrika und Australien aufgeführt. Zum Schluss: „Die UN-Einsätze umfassen im Kongo rund 18.000 Peace-Keeper. Rund eine Milliarde Euro dürfte die Mission in den nächsten sechs Monaten verschlingen. Da wäre es doch sicherlich schön, würde über die Börsen wieder etwas zurückfließen. Auch die Finanzminister der betroffenen Länder könnten sich dies ja zu Herzen nehmen und – falls sie an einen Erfolg der Mission ‚Kongo‘ glauben, in die mutmaßlichen Nutznießer investieren.“

### Zusammengefasst

Es geht darum, die hergebrachte korrupte Machtstruktur im Kongo, die den transnationalen Konzernen einen preiswerten Zugriff auf die reichhaltigen Ressourcen des Landes sichert, mittels der Wahlen zu konservieren und vor allem zu legitimieren.

Dies schon ganz im Vorgriff auf ein neues Bundeswehrweißbuch, dessen Entwurf Minister Jung vorgelegt hat. „Vorrangige Interessen deutscher Sicherheitspolitik bestehen darin, die europäische sowie transatlantische Sicherheit und Stabilität zu stärken, den Wohlstand des Landes durch einen freien und ungehinderten Welthandel zu ermöglichen“, heißt es im Weißbuch-Entwurf und „hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden.“

# Unter afrikanischer Sonne Im Auge Kern-Europas

## Die Deutsch-Französische Brigade: Speerspitze der militarisierten EU

von Johannes Plotzki

Die Deutsch-Französische Brigade (D/F-Brigade) war das erste Projekt der Europäischen Union, um eine gemeinsame militärische Komponente aufzubauen. Sie ist ein militärischer Gefechtsverband, der Teil des Eurokorps mit Hauptquartier in Strasbourg ist.

Auch für die NATO steht die D/F-Brigade an zentraler Stelle zur Verfügung: Im Juni und Juli 2006 beteiligte sich die D/F-Brigade auf den Kapverdischen Inseln vor der Westküste Afrikas an der groß angelegten Übung „Steadfast Jaguar“ mit 6500 Soldaten von Heer, Luftwaffe und Marine aus allen NATO-Staaten. Geübt wurde die Einsatzbereitschaft der schnellen Eingreiftruppe der NATO. Dieser NATO Response Force (NRF-7) steht von Juli bis Dezember 2006 die D/F-Brigade als Kerntruppe zur Verfügung. Was auf die Brigade zukommen kann, verdeutlicht die bereits abgeschlossene Übung „Steadfast Jaguar“. Hierbei klingt das Szenario wie aus dem Wunsch katalog der Planungsstäbe zukünftiger EU-Kriege. Wieder Terroristen, wieder Afrika, wieder der militärische Sicherheits- und Demokratieexport: „Unweit der ‚Flamingo Coast‘ wurde ein Camp ausgemacht, in dem sich eine Gruppe von Terroristen aufhält, die im Besitz von Massenvernichtungswaffen sein könnte. Sie haben noch keine Ahnung, dass sie bereits von der NATO-Response Force (NRF), der Eingreiftruppe des Bündnisses, ins Visier genommen wurden. Von See, aus der Luft und vom Land gehen die NRF-Soldaten gegen die Terrorgruppe vor, um der Bedrohung für die Sicherheit in der ohnehin von Krisen geschüttelten Region zu begegnen.“<sup>1</sup> Dabei kam es zu einem „kurzen Schlagabtausch“ mit den Terroristen, wesentlich geführt von der D/F-Brigade. Deren Infanterie-Einheiten rückten „zum Camp vor und greifen im Verbund mit den Marine-Infanteristen das Lager der Terroristen von mehreren Seiten an. Nach kurzem Feuergefecht leisten die feindlichen Kräfte keine Gegenwehr mehr - die Übung ist erfolgreich beendet.“<sup>2</sup>

Die D/F-Brigade hat sich schon bei zentralen Auslandseinsätzen der Bundeswehr für zukünftige Operationen diesen Musters qualifiziert: Bosnien-Herzegowina (SFOR 1996), Kosovo (KFOR 1999) und Afgha-

nistan (ISAF 2004). Vom 27. Juli 2004 bis zum 27. Januar 2005 hatte die D/F-Brigade die Führung des Kommandos über die Multinationale Brigade Kabul (KMNB) im Rahmen des ISAF-Einsatzes VI in Afghanistan übernommen.

### Aufbau und zukünftige Stellung in der EU-Militarisierung

„Die Schaffung der Deutsch-Französischen Brigade war ein erster Schritt bei der Formung eines einigen Europas im militärischen Bereich“ bejubelt sich die Brigade auf ihrer Homepage selbst und stellt damit ihre zentrale Funktion bei der EU-Militarisierung heraus.

Auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen am 13.11.1987 in Karlsruhe wurde unter Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl die Gründung eines gemischten Deutsch-Französischen Großverbandes beschlossen. Knapp zwei Jahre später wurde er in Böblingen gegründet, die Indienstellung fand am 17.10.1990 statt. Zwei Jahre darauf erfolgte die Verlegung des Brigadestabes zu seinem heutigen Sitz in Müllheim. 1993 wurde die Brigade dem Eurokorps zugeteilt.

5.000 Soldaten sind in Baden-Württemberg an den drei Standorten Donaueschingen, Immendingen und Müllheim stationiert. Müllheim ist Sitz des Stabes der D/F-Brigade mit der Stabskompanie und des Deutsch-Französischen Versorgungsbataillon.

Seit dem 1. Januar 2006 untersteht der den Eingreifkräften zugehörige deutsche Anteil der D/F-Brigade dem Heeresführungskommando in Koblenz.

Für die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr und für die zukünftige NATO-Response Force war und ist die D/F-Brigade wesentlich. Doch sie wird auch in Zukunft eine Schlüsselrolle in der EU-Militärpolitik spielen. Im zweiten Halbjahr 2008 wird sie Teil einer der 13 bis dahin vollends aufgestellten EU-Battle-Groups (EU-Schlachtruppen) sein.

Basierend auf den Beschlüssen von Vittel 2000, Paris 2003 und Brüssel 2003 wurde der Brigade, als Kern der europäischen Landstreitkräfte weitere Aufträge übertragen. Laut Selbstbeschreibung basiert ihr

Auftrag darauf „als europäischer schneller Eingreifverband mit der Befähigung für Anfangsoperationen“<sup>3</sup> jederzeit zur Verfügung zu stehen, wofür sie folgende Anforderungen zu erfüllen hat:

- Die Fähigkeit, als Vorausverband des Eurokorps eingesetzt zu werden
- Eine logistische Durchhaltefähigkeit von 30 Tagen
- Die volle Interoperabilität im Rahmen der Strukturen des Eurokorps, vorzugsweise mit Schwerpunkt auf die Deutsch-Französische Interoperabilität
- Eine Einsatzbereitschaft binnen 5 bis 10 Tagen für luftverlastbare Vorauskräfte und binnen 10 bis 20 Tagen für die restlichen, voll verlegbaren Folgekräfte
- Die Fähigkeit, zusätzliche multinationale Beiträge, vorzugsweise aus anderen Nationen des Eurokorps, aufzunehmen.<sup>4</sup>

Als ihre zentrale Aufgabenstellung innerhalb des Kern-Europas beschreibt Ulrich Rodewald vom Friedensrat Markgräflerland die „Führung rein EU-europäischer Kriege (...) zur Durchführung weltweiter militärischer Interventionen.“<sup>5</sup>

Der ehemalige Kommandeur der Brigade und heutige Heeresinspekteur, Generalmajor Hans-Otto Budde, hat dargelegt, welche Soldatinnen und Soldaten für zukünftige Operationen gefordert sind: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.“<sup>6</sup>

### „Das deutsch-französische Paar bildet den Kern der europäischen Verteidigungsidentität“<sup>7</sup>

Seit der Einbindung der Brigade in das Eurokorps im Jahr 1993 wird auf bilateraler Ebene ständig an dieser Truppe gefeilt. Der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) wünschte sich bei einem Besuch der Brigade im Jahr 2003, dass sie zu einem „starken Pfeiler einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik“<sup>8</sup> ausgebaut werden solle und stellte dafür in den darauf folgenden fünf Jahren 60 Millionen Euro Aufbauhilfe in Aussicht. Eine Investition in die verstärkte Interventionsfähigkeit der EU. Denn „Deutschland und Frankreich haben eine wichtige Katalysatorfunktion beim Ausbau der europäischen Fähigkeiten im Bereich der schnellen Krisenreaktion. Sie werden daher mit Nachdruck fortfahren, die Deutsch-Französische Brigade zum Kern einer ‚Initial Entry Force‘ für die Europäische Union und die NATO, vorwiegend im Rahmen des Eurokorps, weiterzuentwickeln“, wie es in der Erklärung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats (DFVSR) vom 27.10.2004 heißt. Dieser ist das höchste Konsultations- und Entscheidungsgremium innerhalb der



bilateralen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs. Gemeinsam mit einem französischen Oberst und zwei Diplomaten leitet Oberst i. G. Michael Coers das Sekretariat des DFVSR. Dieser betont, dass beide Staaten „der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch weiterhin wichtige Impulse geben.“<sup>9</sup>

Der Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident, die Außen- und Verteidigungsminister sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr und der französische Generalstabschef kommen zweimal jährlich zu Beratungen zusammen. Dabei wird immer die Rolle der D/F-Brigade für eine „vertiefte Integration“<sup>10</sup> deutlich hervorgehoben, nicht zuletzt als Ausdruck dafür „die bilaterale militärische Zusammenarbeit auszubauen, um die Weiterentwicklung des Europas der Verteidigung zu unterstützen.“<sup>11</sup> Dementsprechend wurden die Leitlinien für die kommenden Jahre in einer „Gemeinsamen Vision für die Zukunft der deutsch-französischen Brigade“ festgelegt.<sup>12</sup>

Auch sonst sind Deutschland und Frankreich die wesentlichen Zugpferde des militarisierten Kerneuropas: „Deutschland und Frankreich arbeiten innerhalb des Bündnisses eng zusammen.“<sup>13</sup> Im Kosovo wird Deutschland zum 1.9.2006 die Führung der KFOR übernehmen. „In Afghanistan leisten unsere beiden Länder einen wichtigen Beitrag zur Wiederherstellung der Sicherheit und zum Wiederaufbau des Landes, Frankreich insbesondere in der Region Kabul und Deutschland insbesondere in der Region Nord.“<sup>14</sup> Für den Einsatz des Eurokorps bei der NRF-7 wird derzeit ein multinationaler Sanitätseinsatzverband unter französischer Führung aufgestellt. Darüber hinaus werden Deutschland und Frankreich Ende 2007 eine gemeinsame Übung (CME-CMX) für eine EU-Operation mit Rückgriff auf NATO-Kapazitäten durchführen.<sup>15</sup>

### Alles in einer Hand - Der Deutsch-Französische Versorgungsbataillon

Um die logistische Durchhaltefähigkeit von 30 Tagen, eine der oben beschriebenen Anforderungen an die D/F-Brigade aufrecht erhalten zu können, wurde im Standort Müllheim ein eigener Deutsch-Französischer Versorgungsbataillon eingerichtet.

Es besteht aus vier gemischten und zwei nationalen Kompanien. Ihre Hauptaufgabe liegt in der Versorgung und dem Transport von Ersatzteilen, Munition und Betriebsstoffen, in der sanitätsdienstlichen Versorgung der Soldaten und in der Materialinstandsetzung für alle Truppenteile der



Brigade. Darüber hinaus baute das Versorgungsbataillon das neue NRF-Materialdepot in Karlsruhe auf, welches seit Mai diesen Jahres volle Einsatzbereitschaft besitzt und bereits als Außenlager für die NRF-Übung „Steadfast Jaguar“ zum Einsatz kam.

In den Lagerhallen der Robert-Schumann-Kaserne in Müllheim sind Ausrüstung und Material der beiden nationalen Truppenteile des Großverbandes fein säuberlich nach Nationen aufgereiht. Die gesamte Lagerhaltung und der Materialtransport für die 5000 Soldatinnen und Soldaten der Brigade wird hier vom eigenen Versorgungsbataillon abgewickelt. Auch die Verlegung der Ausrüstung im Rahmen von Übungen und Einsätzen im Ausland liegt in der Obhut dieses Bataillons und schafft so die nötige Autarkie von anderen Einheiten bzw. privaten Dienstleistern. Dies entspricht ganz der Ausrichtung dieses Verbandes, so rasch wie möglich und mittels eigens dafür geschaffenen Strukturen weltweit interventionsfähig zu sein. „Dem besten verpflichtet“ eben, wie das Leitmotiv der D/F-Brigade lautet. Das „Beste“ bezieht sich dabei ohne Frage

auf die bestmögliche Kriegstauglichkeit. Wahrlich kein Aushängeschild für die viel beschworene deutsch-französische Freundschaft.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Unter afrikanischer Sonne. In: aktuell, Zeitung für die Bundeswehr, Heft 26, 41. Jg., Juli 2006

<sup>2</sup> Ebenda

<sup>3</sup> Homepage der D/F-Brigade: <http://www.fd-brigade.de>

<sup>4</sup> Ebenda

<sup>5</sup> Rodewald, Ulrich. In: Stadtzeitung für Südbaden, Ausgabe 62, 08/2006

<sup>6</sup> Zit. Nach: Welt am Sonntag, 29.02.2004

<sup>7</sup> Onlineausgabe der Zeitschrift: Deutsch-Französisches Forum - Forum franco-allemand (ohne Datumsangabe): Quelle: <http://franco-allemand.com/de/depescfa.htm>

<sup>8</sup> Zit. nach: German News - Deutsche Ausgabe, v. 20.08.2003

<sup>9</sup> Zit. nach: Kempin, Ronja. In: y-online.de, 29.03.2006. Quelle: <http://www.ypunkt.de>

<sup>10</sup> Erklärung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats, Paris, 26.04.2005

<sup>11</sup> Ebenda

<sup>12</sup> Vgl. Ebenda

<sup>13</sup> Erklärung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats, Berlin, 14. März 2006

<sup>14</sup> Ebenda

<sup>15</sup> Vgl. Ebenda



# „In betenden Händen sind Waffen gut aufgehoben.“

## Wie staatstreu sind die Kirchen in der Friedensfrage?

von Peter Bürger

Ab 1928 verbreitete der katholische Priester Joseph C. Rossaint, Kaplan in Oberhausen und später Düsseldorf, an Bäumen und Straßenecken kleine Zettel mit Antikriegsbotschaften aus der Bibel. 1933 gehörte er zu den Mitgliedern des Friedensbundes deutscher Katholiken, die anders als die deutsche Bischofskonferenz gegen den Boykott jüdischer Geschäfte protestierten. Anfang 1937 wurde er in Berlin im so genannten Katholikenprozess wegen Wehrkraftzersetzung und Kontakten zu Kommunisten verurteilt. Die Kirche ließ ihn kalt stehen. Im ganzen Jahrzehnt seiner Haft hat ihn kein einziger Kleriker des Bistums Köln besucht. Nach 1945 sollte er nur dann eine Pfarrstelle erhalten, wenn er den Kontakt zu seinen einzigen Helfern, den kommunistischen Mithäftlingen aus dem Nazigefängnis, abbrechen würde. Ähnlich wie Rossaint sehen heute friedensbewegte Christen angesichts des Rüstungskomplexes und der Politik neue Kriege mit deutscher Beteiligung kommen. Wie Rossaint werden sie belächelt oder auch beschimpft ob der kleinen Zettel an Bäumen und Straßenecken.

### I. Was ist aus der Ökumene für den Frieden und aus der ökumenischen Ächtung des Krieges geworden?

Nun hat sich seit 1945 – nicht nur durch die Charta der Vereinten Nationen – doch vieles verändert. Von Amsterdam (1948) bis hin zu Vancouver (1983), Basel (1989) und Seoul (1990) hat sich der ökumenische Konsens gefestigt, der Krieg sei als Verbrechen aus der Welt zu schaffen. Spätestens seit Johannes XXIII. hat die katholische Weltkirche verstanden, dass überkommene Traditionen auf das Phänomen des modernen Krieges nicht mehr angewendet werden können.

In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die beiden Großkirchen während des Kalten Krieges jedoch weiterhin sehr staatstragend verhalten. Speziell die katholische stand Adenauers Wiederbewaffnungsprojekt tatkräftig zur Seite und ließ noch vor wenigen Jahrzehnten Unerhörtes zur Atomwaffenfrage verlauten. Viel kritischer und mutiger waren die beiden

Kirchen in der DDR. Sie fanden keinerlei Rechtfertigungsgründe dafür, das – bis zur Stunde anhaltende – Abschreckungssystem mit Massenvernichtungswaffen und potenzieller Totalzerstörung aufrecht zu erhalten. Sie bescheinigten Kriegsdienstverweigerern ohne Wenn und Aber ein Zeugnis für das Evangelium und sahen im Ideal der Gewaltfreiheit die Vernunft am Werk. Die *Ökumenische Versammlung von Dresden* (1989) befand schließlich, es sei an der Zeit, den Krieg durch gewaltfreie Formen der Konfliktlösung und politische Strategien restlos zu ersetzen. Die hier vollzogene Absage an die Doktrin vom „gerechten Krieg“ entsprach dem breiten Bekenntnisstand der Weltökumene.

Leider hat das ökumenische Vorgehen der DDR-Christen in der Friedensfrage hierzulande nach der Wiedervereinigung nicht Schule gemacht. Wohl aufgrund eines sehr geringen Kirchensteueraufkommens sind die Kirchenstimmen aus den „neuen Bundesländern“ heute nur leise im Gesamtkonzert vertreten. Von den Inspiratoren der Ökumenischen Versammlung von Dresden hört man öffentlich nichts mehr. Das Leitbild des „gerechten Friedens“ ist aber im wiedervereinigten Deutschland aufgegriffen worden. Ich frage in meinem Beitrag, ob dem denn auch die Substanz kirchlicher Verlautbarungen und die kirchliche Praxis in der Friedensfrage entsprechen.

### II. Aggressive Weltwirtschaftsordnung, Überlebensfragen der Zivilisation und „Gerechter Friede“

Papst Paul VI. (1963-1978) hat in seiner Enzyklika vom „Fortschritt der Völker“ eine Wirtschaftsordnung verurteilt, die im blinden Glauben an die Kräfte des freien Marktes den Profit zum obersten Motor erhebt. Seit über zwei Jahrzehnten hat sich nun das denkbar aggressivste aller Wirtschaftssysteme selbst heilig gesprochen. Die reichen Zentren der Erde diktieren für den ganzen Globus die Spielregeln. In unseren Gesellschaften werden alle Lebensbereiche unter dem Gesichtspunkt des Profits neu organisiert.

Die Geschichte lehrt uns, dass eine Welt ohne Krieg unter den Bedingungen einer

GASTBEITRAG

brutalen Konkurrenzwirtschaft nicht zu haben ist. Das himmelschreiende Ungleichgewicht auf der Erde und innerhalb unserer Gesellschaften lässt sich ohne Gewalt und Zwang überhaupt nicht aufrechterhalten.

Die neue Weltkriegsordnung, als Produkt und Instrument der Weltwirtschaftsordnung ist allerdings in erster Linie ein *Krieg gegen die Armen*, was z.B. das Bischofswort „Gerechter Friede“ (2000) im Grunde auch sagt. Wo dieser Zusammenhang in kirchlichen Friedensdenkschriften nicht in den Vordergrund rückt, bleibt jedes Friedensvotum leeres Gerede. Die Maxime von Paul VI. lautete: „Die Wirtschaft hat einzig und allein dem Menschen zu dienen.“ Die Visionen dieses Papstes sind aktueller denn je. Doch sie werden nicht mehr gehört. Die deutschen Großkirchen haben sich, wie Norbert Blüm klagt, mit dem „Neoliberalismus“ gut arrangiert. In Sozialfragen äußern sich vorzugsweise Kirchenfunktionäre mit Akademiker- bzw. Professorengeltern, für die unser System gut funktioniert. Alle Pfarrer sind z.B. zwangsweise in der privaten Krankenkasse und erhalten so wenig Einblick in die betrübliche Lage unseres Gesundheitssystems. Die weltweite Bewegung „Wirtschaft für das Leben“ wird hierzulande ernsthaft vor allem von christlichen Basisgruppen mitgetragen. Leider bleibt auch in diesen Kreisen der Zusammenhang mit Remilitarisierung und Krieg oft unterbelichtet.

### III. Geschichtserinnerung und Gegenwart

Ein Kriterium für die offizielle Friedensethik der Kirchen ist der Umgang mit der – eigenen – Geschichte.

#### 1. Drei frühkirchliche Jahrhunderte der Gewaltfreiheit

In großer Einmütigkeit bezeugen kirchliche Schriftsteller der ersten drei Jahrhunderte eine Unvereinbarkeit zwischen dem christlichen Glauben (Taufe) und dem Kriegshandwerk. Weniges ist in Theologie, Kirchendisziplin und Sakramentenordnung so eindeutig wie diese Absage. Gegenteilige Belege lassen sich nicht anführen! (vgl. *Bürger* 2005 und 2006)

In Kirchengeschichten und auch in neueren Arbeitshilfen zur „Friedensarbeit“ werden die Befunde, so sie überhaupt Erwähnung finden, bis heute mit fadenscheinigen Argumenten abgekanzelt. Vornehmlich sei es bei der frühchristlichen Kriegsdienstverweigerung um heidnische Riten, religiösen Kaiserkult, unzulässige Eidesformeln etc. oder andererseits z.B. um ein falsch verstandenes Blut-Tabu bezogen auf das allgemeine Priestertum der Christen gegangen. Tatsächlich aber haben die



frühen Kirchenschriftsteller eine fundierte Kritik des Krieges aus christlicher Sicht vorgelegt. Sie halten es für eine Ideologie, die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens im Zivilleben zu behaupten und sie im Krieg willkürlich für gegenstandslos zu erklären. Sie entlarven den Zauber des Militarismus. Klarsichtig werden von ihnen auch die ökonomische Triebfeder des Kriegsapparates und – bei Laktanz – die Ideologie der nationalen Interessenssicherung benannt. Unter zielsicherer Berufung auf die Prophetenbücher der hebräischen Bibel entwerfen die Theologen der Alten Kirche – als Alternative zur kriegerischen Weltordnung – einen kompromisslosen Internationalismus. Wenn sie die Christen als die erste Generation eines gewaltfreien Menschengeschlechts verstehen, geht es ihnen um eine Perspektive bzw. Strategie für die gesamte Zivilisation.

Nun findet man z.B. im löblichen Bischofswort „Gerechter Friede“ (2000) einen Hinweis darauf, dass die Anschauungen eines Augustinus und die der Bibel zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Vom frühkirchlichen Pazifismus vermittelt das lange Papier aber keine leise Ahnung.

## 2. Deutsche Kriegstheologie in zwei Weltkriegen

„1700 Jahre christlichen Terrors und Gemetzels“, so Pater Zabelka, der US-ame-

rikanische Seelsorger für die ersten Atom-bomberbesetzungen, „mussten schließlich zum 9. August 1945 führen“. Die Befunde in der Geschichte Deutschlands sind am traurigsten, denn nirgendwo anders ist das Christentum in solchem Ausmaß einer „Kaiserhoftheologie“ verfallen. Das deutsche Kirchtum beider Konfessionen zeigte im 20. Jahrhundert keine Scheu, den Drahtziehern von zwei Weltkriegen und ihren Militärapparaten den feierlichsten Segen zu erteilen. Deutsche Kriegstheologie stand im amtlichen Protestantismus des Kaiserreiches zeitweilig an erster Stelle. Nicht minder waren die römisch-katholischen Bischöfe dem protestantischen Kaiser willfährig. Hernach wurden Hitlers Nationalismus und Krieg erneut von den Bischöfen beider Konfessionen unverdrossen und eifrig gutgeheißen. Das röm.-kath. Episkopat und die evangelische Kirchenobrigkeit stellten den Gläubigen die Beteiligung am Hitlerkrieg *fast ausnahmslos* als Christenpflicht und den Hitler-Eid als bindend dar.

1945 hätte dies zur Selbsterkenntnis führen müssen: Das deutsche Christentum war restlos bankrott. Doch über Nacht galten die Kirchen wieder als maßgebliche Moralinstanzen. Selbstgefällig liest man seitdem in schön gestalteten und literarkritisch edierten Ausgaben der Werke Dietrich Bonhoeffers. Die historische Erforschung der aktiv kriegsförderlichen Rolle der Kirchen

in *zwei* Weltkriegen ist recht weit gediehen. Doch in kirchlichen Friedensdenkschriften werden die unbequemen Ergebnisse nicht nachvollziehbar aufgegriffen. Bis heute findet man z.B. in den Verlautbarungen der deutschen Bischofskonferenz sogar den entschuldigenden Hinweis, man habe es ja im „Dritten Reich“ immerhin mit einer rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit zu tun gehabt. (Bürger 2005, 88f)

## 3. Folgen des kirchlichen Gedächtnisverlustes in der Gegenwart

Die Gegenwartsfolgen der kirchlichen Amnesien sind unübersehbar. (Bürger 2005, 80ff) Die im Gefolge der Lehre vom „gerechten Krieg“ entwickelten Häresien (z.B. Aussagen über ein sittlich neutrales instrumentelles Töten) sind noch immer nicht aufgearbeitet. Die alten Verdammungen der gewaltfreien Christen – z.B. in der Augsburger Bekenntnisschrift (Art. 16) – sind bis heute nicht aufgehoben und werden in Gesangbüchern weiter abgedruckt. (epd 2005) Christliche Pazifisten werden – anders als bei vielen Bischöfen der ehemaligen DDR oder der USA und z.B. beim UNO-Vertreter des Vatikans unter Paul VI. – in den deutschen Großkirchen noch immer als Außenseiter betrachtet. Während man den Soldaten überwiegend eine ehrenvolle Aufgabe bescheinigt und erst zaghaft den Militärdienst als Gewis-





sensfrage thematisiert, will man die Kriegsdienstverweigerer vor allem „beschützen“.

Entsprechend sind die Prinzipien aktiver Gewaltfreiheit in kirchlichen Papieren nur selten wirklich angekommen. Unter dem Begriff des „gerechten Friedens“ müssten sie jedoch den Kern kirchlicher Aussagen ausmachen.

Die von den Nazis eifrig gepflegte preußische Tradition des Militärrituals ist nach zwei Weltkriegen immer noch nicht verschwunden und wird neuerdings verstärkt in den zivilen Lebensraum unserer Städte verlagert. Zum feierlichen Gelöbnis bzw. Zapfenstreich spielt die Militärkapelle immer auch einen religiösen Choral („Ich bete an die Macht der Liebe“). Die Soldaten erhalten den Befehl „Helm ab zum Gebet!“. Der Staat zwingt hierbei „Bürger in Uniform“ zu religiösen Gesten bzw. Handlungen. Mir ist bislang kein kirchlicher Einspruch dagegen bekannt, dass der Staat zu Zwecken einer öffentlichen Werbung für das Militär Symbole des Glaubens missbraucht. In Köln segnet Kardinal Meißner die Verfeierlichung des Soldatentums mit der Weisheit „In betenden Händen sind Waffen gut aufgehoben.“

#### IV. Was tut sich in Deutschland und Europa – Was sagen die Kirchen?

In den USA wenden sich kritische Christen und US-Kirchen, die weltweite ökumenische Freundschaft pflegen, vornehmlich

an die Adresse der *eigenen* Regierung. Ich halte es für eine entscheidende Anfrage an Autoren deutscher Kirchenpapiere, ob sie es ebenso halten. Hierzulande gegen die US-amerikanische Regierung zu schimpfen, dazu gehört heute kaum noch Mut. *Vor Ort* die politische Auseinandersetzung nicht zu scheuen, das allerdings ist ohne Konflikte nicht denkbar.

#### 1. Zurückhaltung beim kriegsfreundlichen Programmwechsel der Volksparteien

Bei Fragen wie dem Paragraphen 218 und der so genannten Homoehe haben Kirchenleute keine Scheu, sich in die parteipolitische Debatten einzumischen. Bezogen auf den „sicherheitspolitischen“ Programmwechsel beider Volksparteien, der mit der Aussage von Peter Struck über die Notwendigkeit der *Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch* zusammengefasst werden kann, wird jedoch eine Zurückhaltung geübt, die *sehr* erklärungsbedürftig ist. Schon die Konfessionen die ihnen jeweils nahe stehende Partei? Der äußerst weit gespannte „Sicherheitsbegriff“ im Koalitionsvertrag der derzeitigen Regierungsparteien ist offen für mancherlei „Transformationen“. Umso dringlicher erscheint es, die friedensethische Orientierung der Großkirchen – bezogen auf ihre Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zum Widerspruch – zu befragen.

#### 2. Die neuen Zielvorgaben in westlichen Militärdoktrinen

Die neuen Zielvorgaben in westlichen Militärdoktrinen sind die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung, die Verteidigung des Wohlstands, der „Schutz vor illegalen Immigranten“ und die nationale und regionale „Interessensicherung“.

Das Gesamtprogramm findet man in Schriften von Parteistiftungen, Vorlagen öffentlich geförderter „Denkfabriken“, Ministerreden und Militärdoktrinen. Die Kirchen können sich nicht länger davor drücken, diese Dokumente nach *gründlicher Sichtung* zu zitieren und eindeutig Stellung zu beziehen.

#### 3. Schweigen zur Aushebelung unseres Grundgesetzes?

Die Bestimmungen unserer Verfassung werden seit Jahren mit Rekordgeschwindigkeit vernebelt. Mit großem Ernst schreibt unsere Verfassung den Dienst am Frieden als Kern bundesdeutscher Staatlichkeit fest (Präambel). Die Ächtung aller Angriffshandlungen durch die UN-Charta ist gemäß Art. 25 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bindendes Recht. Demgegenüber beruft sich die Bundesregierung für Auslandseinsätze der Bundeswehr mit einer (äußerst umstrittenen) Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 zu „out-of-area-Ein-



sätzen“ auf GG Art 24 Abs. 2 (kollektives Sicherheitssystem). Regelrecht zynisch antwortet inzwischen der Generalbundesanwalt auf kritische Rückfragen. Er teilte in einem Brief an die „Kooperation für den Frieden“ vom 21. Januar 2006 mit: „Nach dem eindeutigen Wortlaut der Vorschrift [Art. 26 GG; § 80 StGB] ist nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selbst strafbar, so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist“. (zit. Friedensforum 1/2006, 4)

Die neuen Töne, flankiert von Meldungen des Jahres 2005 über höhere Bundeswehretats für Leichenrückführungen, beunruhigen auch Soldaten und Soldateneltern. Wie fällt das Engagement der Kirchen zugunsten der Friedensstaatlichkeit aus? Was sagen sie zu einem militärischen „Verteidigungsbe-griff“, der bis zum Hindukusch langt und keine Grenze mehr kennt? Nehmen sie Stellung zu dem Umstand, dass junge Menschen sich immer häufiger aufgrund von Arbeitslosigkeit beim Militär verpflichten und gefährliche Auslandseinsätze in Kauf nehmen, weil es äußerst attraktive, steuerfreie Tageszulagen zwischen 50 und 100 Euro dafür gibt? Zeigen sie sich von Ängsten der Soldaten und ihrer Angehörigen berührt?

#### 4. Ausbleibende Kritik an Kriegen mit deutscher Beteiligung

Seit anderthalb Jahrzehnten ist Deutschland in eine ganze Reihe kriegerischer Unternehmungen verwickelt.

Es hat jedoch keinen nennenswerten – und zeitnahen – kirchlichen Einspruch gegeben. Die Regel: *Wenn der gesellschaftliche Konsens und der Medien-Mainstream z.B. Anti-Irak-kriegs-Demonstrationen gut finden, sind Kirchen auch mit ihrer kirchensteuerfinanzierten Logistik mit im Boot. Wenn Kritik an der Politik des eigenen Landes dringend notwendig wäre, schweigen sie.* Noch schlimmer: Der neu gewählte Präses der Rheinischen Landeskirche Nikolaus Schneider, bei friedensbewegten Christen hoch angesehen, predigte am 27. Januar 2003 in Düsseldorf noch vor seinem Amtsantritt: „Zu 98% haben die Pazifisten recht“ – sagte Karl Barth einmal. [...] Die Kriegserklärungen der Alliierten gegen Deutschland gehörten zu den 2 %, wie vielleicht auch die militärische Gewalt auf dem Balkan und in Afghanistan.“ (Schneider 2003) Diese als Argument gegen einen Angriffskrieg im Irak formulierte Mutmaßung erfolgte ohne Anfrage und ohne jegliche Notwendigkeit. Bezeichnenderweise dreht es sich bei den hier thematisierten neueren Kriegen, denen ein mögliches „Gerechtein“ zugebilligt

wird, wieder um Kriege mit *bundesdeutscher* Beteiligung.

#### 5. Nachbeten der offiziellen Propaganda zur Europa-Architektur

Die Militarisierung der EU wurde im Raum der Kirchen mit Argumenten einer EU-Werbekampagne beschönigt. (Anders allerdings: *EKiR* 2005, 55-57!) Aus der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung, die mit der Erarbeitung einer neuen EKD-Friedensdenkschrift befasst ist, war z.B. zu hören: Der EU-Verfassungsvertragsentwurf „räumt der Sicherung des Friedens hohe Priorität ein. Die Errichtung einer Verteidigungsagentur und die angezielte ‚Verbesserung militärischer Fähigkeiten‘ meinen nicht notwendig Aufrüstung und sind flankiert durch die Erwähnung [sic!] der zivilen Komponente der Friedenssicherung.“ (Pausch 2005) Die Kirchen dürfen einer Friedenspräambel jedoch nur dann Vertrauen schenken, wenn die „zivile Komponente“ nicht nur erwähnt wird, sondern auch überzeugend *ausgeführt* ist. Nichtmilitärische Friedenssicherung darf schließlich nicht bloß eine „Komponente“ sein, sondern muss als ein vom Militärischen unabhängiges Programm gestaltet werden. Minimalvoraussetzung wäre die institutionelle und personelle Absicherung eines *rein* zivilen Programms der Kriegsprävention und Friedensförderung. Entsprechende Budgets müssten den Rüstungshaushalten *zumindest* gleichgestellt sein.

#### V. Die Kirchen, der so genannte Antiterror-Krieg und der antiislamische Kulturkampf

Nun sollte man meinen, die Kirchen starteten nach dem guten Vorbild von Johannes Paul II. innerhalb der laufenden UNO-Dekade „Kultur der Gewaltfreiheit und des Dialogs“ eine Bewegung für Freundschaft und Akzeptanz.

Kardinal Lehmann versagt – vielleicht aus Unachtsamkeit – 2006 Friedrich Merz bei der Aachener Ordensverleihung wider den tierischen Ernst nicht seinen Beifall. Der katholische Politiker Merz hatte zuvor türkischen Geflügelzüchtern unterstellt, sie würden lieber ihre Hühner als ihre Frauen behalten. EKD-Bischof Wolfgang Huber hat sich wiederholt mit islamkritischen Äußerungen profiliert, die als willkommene Unterstützung für das Kulturkampfparadigma gewertet werden konnten. Gewarnt wird vor einer Kuschelökumene mit der dritten abrahamischen Religion. In Rom hat es jüngst ein Gelehrtenkongress gar unternommen, die christlichen Kreuzzüge zu rehabilitieren. Es gibt rühmliche Ausnahmen in beiden Großkirchen, darunter z.B. engagierte Dialogbeauftragte in den

evangelischen Kirchen, das katholische Büro in Düsseldorf, einen Weihbischof in München oder den Kölner Interreligiö-Cup 2006. Doch im Ganzen werden die gewalt- und kriegsförderlichen Dimensionen des gegenwärtigen „Kulturkampfes“ noch nicht in ihrer Tragweite erkannt. Nach der jüngsten Heitmeyer-Studie „Deutsche Zustände“ sind religiöse Bürger übrigens vorurteilsbeladener gegenüber Muslimen oder Juden als andere.

#### VI. Ausbleibende Klärungen: Theologie und „christliches Menschenbild“

Der christliche Kulturkreis hat in ein-einhalb Jahrtausenden das Handwerk des Krieges und der Massenvernichtung zur höchsten Perfektion getrieben. Das moderne totale Kriegführen ist nirgendwo anders als auf dem Boden der „christlich“ geprägten Kultur entstanden. Gegenwärtig ist die „christliche Welt“ – versehen mit dem Instrument eines christlichen Fundamentalismus – noch immer Hauptmotor der rasanten Remilitarisierung auf dem Globus. Soweit ich sehe, lässt sich die christliche Theologie von alledem nur wenig erschüttern.

In kirchlichen Denkschriften wird insbesondere ein verzerrtes Menschenbild der eigenen Tradition überhaupt nicht reflektiert. In der platten Vermittlung des *westlichen* Christentums erscheint der Mensch wie ein von Natur oder Geburt aus böses Wesen. Die Rede ist im Zusammenhang der Friedensdiskussion z.B. von einer „abgründigen Bösartigkeit der menschlichen Natur“ (Pausch 2005). Es wird nicht gefragt, unter welchen leibhaftigen und seelischen *Bedingungen* denn Menschen schön sein können oder hässlich werden. Das Bild des verderbten und madigen Menschen arbeitet den unterschiedlichen hobbistischen Ideologien des Krieges regelrecht zu. Diesen zufolge ist der Mensch per se ein Wesen, das zum gegenseitigen Kampf drängt. Diesem tragenden Menschenbild der Kriegspropaganda – und des Kapitalismus – entsprechend lässt sich die Welt auch nur mit militärischer Logik und militärischen Instrumenten in Ordnung halten. Wenn Autoren kirchlicher Friedenstexte heute auf die biblisch durchschauten Gewaltpotenzen des Menschen zu sprechen kommen (Gen 6,5), müssen sie eine sorgfältige Abgrenzung zum Hob-bismus vornehmen. Die ausgearbeitete Unterscheidung existentiell-individueller, anthropologischer, sozial-kultureller und zivilisatorischer Dimensionen gegenüber der gefährlichen Pauschalrede vom „bösen Menschen“ ist unabdingbar. (vgl. Bürger 2005, 145ff)

Zu allem Überdross gibt es schließlich Sozialethiker auf theologischen Lehrstühlen, die ausdrücklich die *Lehre vom gerechten Krieg* rehabilitieren möchten. (vgl. kritisch dazu: *Huber* 2005) Diese Ideologie hat sich in den USA – ungebrochen auch nach mehreren Millionen toten Zivilisten im „Vietnamkrieg“ – ohnehin seit Anfang des 20. Jahrhunderts als staatstragende Säule gehalten. An dieser Stelle rühmen sich einige Kirchenleute schon, wenn sie rhetorisch am neuen Leitbildbegriff des „gerechten Friedens“ festhalten. Im Horizont der Ökumene ist der Abschied von jeglicher Kriegstheologie längst eine Bekenntnisfrage.

## VII. Die Friedenspraxis der Kirchen als Zeugnis der Glaubwürdigkeit

Aus den evangelischen Landeskirchen, katholischen Bistümern und ökumenischen Netzen ließen sich zahlreiche glaubwürdige Friedenszeugnisse anführen. Auch die kirchenamtlichen Texte weisen ihrer Tendenz nach in eine neue Richtung, die hoffnungsvoll werden könnte. In der Friedensfrage, so möchte ich als Fazit meiner Ausführungen dennoch festhalten, sind die deutschen Großkirchen bzw. Kirchenleitungen maßlos staatstreu. Sie scheuen die Auseinandersetzung und bleiben z.B. weit hinter dem Mut mehrerer US-Kirchen zurück. Die *Substanz* ihrer Stellungnahmen entspricht nicht dem von den DDR-Kirchen übernommenen Leitbild des gerechten Friedens. Die Konsensbildung der Weltkirche bzw. der Ökumene wird im eigenen Land und gegenüber der eigenen Regierung nicht wirklich zum Ausdruck gebracht. Man will, so lese ich treffend in einem Beitrag aus den Reihen der EKD, „nicht bevormundend sein“ und

„zu irenischer Praxis auf allen Ebenen“ einladen. Man sollte lieber zum offenen Widerspruch einladen und – gelegen oder ungelegen – den Einfluss der Volksparteifunktionäre in den eigenen Reihen zurechtstutzen. Dafür ist es höchste Zeit.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, meinte vor zweitausend Jahren Jesus von Nazareth. Sind die erkennbaren Früchte der kirchlichen Friedensbekundungen wirklich überzeugend? Werner Schultze schreibt z.B. in der Zeitschrift „Zivil“ (4/2005, 22): „Der EKD-Haushaltsplan für das Jahr 2005 weist Ausgaben für die Seelsorge in der Bundeswehr in Höhe von 11,3 Millionen aus. Die finanzielle Förderung der ‚vorrangigen Option‘ der Gewaltfreiheit beträgt dagegen inklusive der Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden – nur 1,25 Mio. Euro. Für Friedensarbeit wendet die EKD also lediglich rund 11 % der im Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für die Ausgaben für die Seelsorge an Soldaten auf. Allein für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der evangelischen Militärseelsorge stehen mit 3,84 Mio. Euro etwa dreimal so viel Mittel zur Verfügung wie für die gesamte Friedensarbeit.“ Die Relationen im katholischen Raum sind vermutlich kaum anders. Ich halt es für legitim, Bundeshaushalt und Kirchenhaushalte gleichermaßen auch anhand der unterschiedlichen Budgets auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu befragen.

Vor allem brauchen wir neben den überfälligen Voten unserer Kirchenleitungen eine neue aktive *Friedenspraxis* in den Amtskirchen, die bislang die Friedensfrage eher als Betätigungsfeld der „Laien“ oder spezieller Aktionsgruppen betrachten. Christen, die

gewaltfrei gegen Atomsprengeköpfe in unserem Land Widerstand leisten und dafür ins Gefängnis gehen, und Gemeinden, die Asylsuchenden und anderen Migranten gemäß ältester Glaubenspraxis Unterschlupf gewähren, müssen Rückhalt durch die gesamte Kirche erfahren. Vorbild könnten die Kirchen in der ehemaligen DDR sein, die ein Raum des Widerstehens waren – und keineswegs bloße Raumvermieter an oppositionelle Gruppen. Darüber hinaus sollte die enorme Bereitschaft innerhalb der Gesamtbevölkerung, etwas für den nahen und weltweiten Frieden zu tun, von den Kirchen als gesellschaftlicher Reichtum erkannt werden.

## Literatur (Auswahl)

*Bürger*, Peter (2005): Hiroshima, der Krieg und die Christen. Düsseldorf: fiftyfifty 2005. [www.friedensbilder.de/christenkrieg]

*Bürger*, Peter (2006): Frühkirchlicher Pazifismus und „gerechter Krieg“ – Teil 1 bis 3. Ab März 2006 in Folge auf der Lebenshauswebsite: www.lebenshaus-ab.de/mt/archives/003636.html.

*EKiR* 2005 = Evangelische Kirche im Rheinland: Ein gerechter Friede ist möglich. Argumentationshilfe zur Friedensarbeit. Düsseldorf Juli 2005. (Zum Herunterladen im Internet: www.ekir.de – unter Service / Dokumente)

*epd* / Evangelischer Pressedienst: Die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt und Artikel 16 der Confession Augustana. „Rechtmäßig Krieg führen“ oder „sich widersetzen“? epd-Dokumentation Nr. 52. Frankfurt 2005.

*Huber*, Wolfgang: Rückkehr zur Lehre vom gerechten Krieg? Aktuelle Entwicklungen in der evangelischen Friedensethik. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik Heft 2, April-Juni 2005, 113-130.

*Pausch*, Eberhard Martin: Auf dem Weg zu einer neuen Friedensdenkschrift der EKD. Vortrag vor der Konferenz der leitenden Militärdokane am 8. Juni 2005. [unveröffentlicht; Kopie des Vortrags]

*Schneider*, Nikolaus: Ansprache über den Wochenspruch (Lukas 13,29) – Gottesdienst für den Frieden, Johanneskirche Düsseldorf, 27.1.2003 [nicht publizierte Auslage]

## Kommando Spezialkräfte muss endlich aufgelöst werden!

Mein Besuch Mitte Juli 2006 beim Kommando Spezialkräfte in Calw verlief in freundlicher Atmosphäre, hat aber meine deutliche Kritik am Kommando Spezialkräfte bestätigt: Die Spezialtruppe KSK hat einen reinen Kampfauftrag und agiert de facto außerhalb parlamentarischer Kontrolle. Das KSK ist damit eine Truppe der Exekutive. Die Forderung nach sofortiger Auflösung dieser Elitekampftruppe ist dringender denn je.

KSK-Chef Brigadegeneral Rainer Hartbrod, der mich beim Kommando Spezialkräfte empfangen und begleitet hat, hat leider einige Kernfragen im Zusammenhang mit dem KSK nicht beantwortet. So dürfe er grundsätzlich keine Aussagen zu Einsätzen machen. Bezüglich der parlamentarischen Kontrolle des KSK sprach

Hartbrod davon, dass er nicht wisse, wie die parlamentarische Kontrolle genau ablaufe, er sich aber sicher sei, dass sie gesichert wäre. Es kann nicht angehen, dass der KSK-Chef Hartbrod nicht einmal sagen kann (oder darf?), wem gegenüber er über die aktuellen Einsätze berichtspflichtig ist.

Die Frage, was das KSK bei seinen Kampfeinsätzen mit Gefangenen macht, konnte mir Brigadegeneral Hartbrod ebenfalls nicht schlüssig beantworten. Dass Gefangene örtlichen Gerichtsbarkeiten oder Sicherheitsleuten übergeben würden, ist in Bezug z.B. auf Afghanistan wenig glaubwürdig. Was US-amerikanische Truppen, die auch den Oberbefehl bei der Operation Enduring Freedom innehaben, mit einigen Gefangenen machen (Stichworte: Bagram und Guantanamo), ist bekannt. Somit gibt

es einen (völkerrechtlichen) Graubereich, in dem das KSK operiert. Auch Brigadegeneral Hartbrod schloss nicht aus, dass es in kriegerischen Auseinandersetzungen zu Dingen kommt, die nicht sein sollten.

Die KSK-Einsätze werden vom „Kommando Führung Operationen von Spezialkräften“ (Kdo FOSK) in Potsdam geleitet. Dieses Kommando ist eine parallele Kommandozelle, parallel zur Leitung aller anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr im Einsatzführungskommando.

Das politische Resultat meines Besuches beim KSK ist sowohl für mich, als auch für die Anti- und Friedensbewegung völlig klar: Wir müssen weiterhin auf die Auflösung des KSK hin arbeiten.

*Tobias Pflüger*

# „Highlights“

## Entwurf des Bundeswehr-Weißbuchs

von Michael Haid

Das schon vor langer Zeit angekündigte „Weißbuch zur Sicherheit Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr- Vorläufige Fassung 28. April 2006“ des BMVg liegt nun vor. Das letzte „Weißbuch“ erschien 1994 und ist ein Grundlagendokument zur außen- und militärpolitischen Ausrichtung Deutschlands der kommenden Jahre. Es wird in nächster Zeit noch überarbeitet werden, bis es dann in der einvernehmlichen, von der gesamten Regierungskoalition getragenen, Endfassung erscheinen wird. Der vorliegende Text ist eine Exzerptesammlung um einen ersten Eindruck dieses Dokuments zu vermitteln und auf „Highlights“ dieses Papiers hinzuweisen.

### Rohstoffe/Handel

„Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom freien Austausch von Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen.“ (S. 5)

„Darüber hinaus ist Deutschland aufgrund seines großen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen hohen Abhängigkeit von sicheren Transportwegen und -mitteln in globalem Maßstab verwundbar. Als rohstoffarmes Land ist es in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr abhängig. (...) Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Unterbrechungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Wirtschaftsstrukturen, Wohlstand und sozialen Frieden im Lande und damit auf unsere Sicherheit.“ (S. 8)

„Die Vertiefung und Entwicklung guter Beziehungen zu strategischen Schlüsselstaaten (...) sind wichtige Handlungsfelder deutscher Sicherheitspolitik. Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich insbesondere den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden zuzuwenden.“ (S. 12)

„Traditionell ist Deutschland eine kon-

tinental Landmacht, die allerdings mehr als 80 Prozent ihres Außenhandels über See abwickelt, und deswegen in besonderem Maße auf freie und sichere Seewege angewiesen ist. Auch aus diesem Grunde ist für Deutschland die Mitgliedschaft in einer Allianz mit bedeutenden maritimen Fähigkeiten und die Wahrung von Interoperabilität mit den Vereinigten Staaten als weltweit führender See-, Luft-, Raum- und Landmacht unverzichtbar.“ (S. 17)

### Präventivkrieg/Völkerrecht/Steigbügelhalter UN

„Instrumente der Konfliktprävention und Krisenbewältigung sowie Fähigkeiten zur Friedenskonsolidierung müssen weiterentwickelt werden, das Recht auf Selbstverteidigung präzisiert und präventives Eingreifen auf völkerrechtlich gesicherten Grundlagen geregelt werden.“ (S. 12)

„Die Europäische Sicherheitsstrategie betont das präventive Instrumentarium der Europäischen Union. Der Verweis auf die Charta der Vereinten Nationen verdeutlicht, dass militärische Gewalt nur auf völkerrechtlich legitimerter Grundlage Anwendung finden soll. Sie formuliert Ziele für Europas künftigen Weg zur Förderung von Sicherheit und Stabilität sowie zu einer größeren weltpolitischen Verantwortung. Diese stehen im Einklang mit den Zielen und Interessen deutscher Sicherheitspolitik.“ (S. 29)

„Die einzigartige Bedeutung der Vereinten Nationen besteht darin, einen notwendig werdenden Einsatz militärischer Gewalt mit der völkerrechtlichen Legitimität zu versehen.“ (S. 35)

„Nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen im Kosovo gewinnt auch im Völkerrecht der Gedanke zunehmend Anerkennung, dass die Abwendung von humanitären

Katastrophen, die Bekämpfung terroristischer Bedrohungen und der Schutz der Menschenrechte den Einsatz von Zwangsmaßnahmen erfordern können. Gerade wenn es zum Einsatz militärischer Gewalt kommt, ist die völkerrechtliche Legitimation entscheidend.“ (S. 35)

„Deutschland engagiert sich für eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen, die mehr umfassen soll als eine bloße Reform des Sicherheitsrates. Deutschland setzt sich im Rahmen der Erweiterung des Sicherheitsrates für einen ständigen Sitz ein, um zu unterstreichen, dass es seiner Verantwortung in voller Konsequenz nachkommen will.“ (S. 36)

### Auch interessant: EU, NATO, etc.

„Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen in Verbindung mit weit reichenden Trägermitteln ist eine potentielle Bedrohung auch für Deutschland.“ (S. 6)

„Deutschland setzt sich als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente ein. Dazu gehören auch militärische Mittel.“ (S. 9)

„Das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zur Kriegsverhinderung, die glaubwürdige Demonstration der Bündnisolidarität und das nukleare Streitkräftepotenzial erfordern auch in Zukunft deutsche Teilhabe an den nuklearen Aufgaben. Dazu gehören die Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, die Beteiligung an Konsultationen, Planung sowie die Bereitstellung von Trägermitteln. Im Rahmen einer künftigen Weiterentwicklung des Strategischen Konzepts der Allianz ist auch die künftige Rolle von Nuklearwaffen in Konsultationen in den dafür zuständigen Gremien zu überprüfen.“ (S. 20)

„Deutschlands nationale Interessen sind am besten gemeinsam in einer handlungsfähigen Europäischen Union durchzusetzen. Deshalb ist es das Ziel deutscher Politik, die Europäische Union weiter zu festigen und auszubauen, Auswirkungen von benachbarten Krisenregionen und von destabilisierenden transnationalen Entwicklungen auf die europäische Sicherheit zu begrenzen und Europas sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit zu stärken.“ (S. 26)

### Innere Sicherheit

„Infolge der neuartigen Qualität des internationalen Terrorismus sind heute Anschläge Realität geworden, die sich nach Art, Zielsetzung und Intensität mit dem herkömmlichen Begriff des Verteidigungsfalls gleichsetzen lassen. Ohne derartige Extremsituationen in die Betrachtung mit einzubeziehen, ist weder ein angemessenes Verständnis geltenden Verfassungsrechts zu entwickeln noch lässt sich bewerten, ob und inwieweit die gewandelte Sicherheits- und Bedrohungslage verfassungsrechtlichen Änderungsbedarf nach sich zieht.“



# Der schmutzige Krieg gegen die Zukunft des Irak

von Joachim Guilliard

Am 22. Februar 2006 wurde Atwar Bahjat während der Berichterstattung über den Anschlag auf die Goldene Moschee in Samarra entführt und ermordet. Wie ein vor kurzem der britischen Sunday Times übergebenes Video zeigt, starb die 30-jährige Journalistin einen qualvollen Tod: bis zur Taille entkleidet, gefoltert und die Kehle langsam durchgeschnitten.<sup>1</sup> Einer der Täter hatte die grausame Szene mit seinem Mobiltelefon aufgenommen. Das Handy wiederum soll bei einem Mitglied der Badr-Brigaden gefunden worden sein, der mächtigen Miliz des SCIRI, einer der radikal-schiitischen Parteien in der Regierung.

Atwar Bahjat, die wie viele Iraker aus einer gemischten schiitischen und sunnitischen Familie kam, hatte sich mit ihren mutigen Berichten für Al-Jazeera aus dem Irak einen Namen gemacht. Der Anschlag in Samarra, dem ihre letzten Recherchen galten, beschädigte die Moschee, die mit dem al-Askari Schrein eines der bedeutendsten Heiligtümer der Schiiten beherbergt, schwer und löste eine verheerende Welle der Gewalt aus, die bis heute anhält. Obwohl es keine konkreten Hinweise auf die Täter gab, folgten unmittelbar danach Racheaktionen schiitischer Gruppen gegen sunnitische Einrichtungen und Gläubige. Für westliche Medien war dies daher nichts weiter als eine erneute Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den Religionsgruppen.

„Ob sie Sunnit oder Schiit, Araber oder Kurde sind, es gibt keine Differenzen zwischen Irakern, die vereint sind in der Angst um diese Nation“, meinte hingegen Atwar Bahjat in ihrem letzten Bericht, nur wenige Stunden vor ihrem Tod.<sup>2</sup> Vieles im Zusammenhang mit der professionellen Sprengung der goldenen Kuppel der Moschee sprach gegen die Annahme, dass sunnitische Extremisten die Täter waren.<sup>3</sup> Vielleicht wurde die kritische, im Irak sehr geschätzte Journalistin ermordet, weil sie auf brisante Spuren gestoßen war. Vielleicht musste ihre Stimme aber, aus Sicht der Kräfte, die die Einheit des Landes sprengen wollen, schon allein wegen ihrer diesbezüglich kritischen Haltung zum Schweigen gebracht werden.

Mit ihrem Tod erhöhte sich die Zahl der seit dem Einmarsch der US-geführten

Truppen im Irak getöteten Journalisten auf 109: 17 waren von US-Soldaten ermordet worden, 69 starben durch die Hände von Milizangehörigen oder unbekanntem Bewaffneten.<sup>4</sup>

## Mordwelle

Das Videomaterial der Entführer von Atwar Bahjat dokumentiert nicht nur auf erschütternde Weise einen von vielen Tausend grausamer politischer Morde seit Beginn der Besatzung. Es hat darüber hinaus noch eine weitere Bedeutung: Der Film zeigt offenbar zum ersten Mal einen irakischen Todesschwadron in Aktion. Die Uniformen der Männer auf dem Video, so die Sunday Times, scheinen die der „Irakischen Nationalgarde“, d.h. der neuen irakischen Armee zu sein. Die Art der Folter ähnelt den Fällen, für die die Badr-Brigaden des SCIRI verantwortlich gemacht werden.

Seit dem Amtsantritt der ersten gewählten Regierung im Mai 2005 war die Zahl von Gewaltopfern ständig gestiegen. Acht- bis elfhundert Tote waren vom Sommer 2005 bis Februar 2006 allein im Bagdader Leichenschauhaus monatlich eingeliefert worden. Nach Ermittlungen von John Pace, bis Februar 2006 Direktor des Menschenrechtsbüros der UNO im Irak, waren Dreiviertel von ihnen an Schusswunden gestorben. Die meisten trugen zusätzlich Spuren schwerer Folter und Zeichen, die auf eine Exekution hindeuten. Im Mai und Juni war die Zahl der Leichen in Bagdad weiter auf 1375 bzw. 1595 gestiegen.<sup>5</sup> Vor der Invasion waren durchschnittlich nur 20 gewaltsame Todesfälle im Monat registriert worden.

Kaum einer der Morde wurde bisher ernsthaft untersucht. Sie werden in der Regel als Racheakte und als Folge von Kämpfen zwischen den Religionsgruppen ad acta gelegt. Vieles deutet aber daraufhin, dass viele der ermordeten Opfer eines schmutzigen Krieges gegen Gegner der Besatzer und ihrer lokalen Verbündeten wurden.

So ist John Pace, ein Malteser, der über 40 Jahre lang für die Vereinten Nationen gearbeitet hat, überzeugt, dass für den größten Teil der Morde schiitische Gruppen verantwortlich sind, die unter Kontrolle des Innenministeriums stehen. Das von der radikal-schiitischen Partei SCIRI geleitete

Ministerium würde als ein „Schurkenelement innerhalb der Regierung“ agieren. Viele der 110.000 Polizisten und der paramilitärischen Polizeikommandos stehen im Verdacht, Mitglieder der Badr-Brigaden, der Miliz des SCIRI, zu sein. Chef des Ministeriums war bis vor kurzem Bajan Jabr, einer der historischen Führer dieser, seit den 1980er Jahren im iranischen Exil ausgebildeten Brigaden. Nicht nur die Sondereinheiten zur Aufstandsbekämpfung, wie die „Wolf-Brigade“ die „Skorpione“ oder „Tiger“, sondern auch die normalen Einheiten bis hin zur Straßenpolizei werden beschuldigt, als Todesschwadronen zu agieren.<sup>6</sup>

Neben Journalisten sind in besonderem Maß auch Ärzte und Akademiker von Entführungen und Attentaten betroffen. Über 190 Hochschullehrer und mehr als 220 im Gesundheitsbereich Tätige fielen bereits gezielten Anschlägen zum Opfer. Tausende Doktoren, Wissenschaftler, Ingenieure und Intellektuelle haben nach konkreten Todesdrohungen oder aus begründeter Furcht das Land verlassen.

Die meisten Fälle wurden von Gruppen der internationalen Iraktribunalbewegung namentlich erfasst und sind somit vergleichsweise gut dokumentiert.<sup>7</sup> Die Welle der Morde ist offenbar unabhängig von Parteizugehörigkeit und Konfession, wie ein Seminar über die Hintergründe dieser Attentate ergab, das am 22. April in Madrid, in Zusammenarbeit mit den Universitäten der Stadt durchgeführt wurde. Besonders betroffen sind aber Intellektuelle, die sich nicht von der Besatzungsmacht und den Regierungsparteien vereinnahmen ließen und sich deren Politik einer Aufteilung der Gesellschaft nach ethnischen und konfessionellen Kriterien widersetzen.<sup>8</sup>

## Organisierte Provokationen

Mörderische Anschläge auf schiitische Zivilisten, für die sunnitische Extremisten um den ominösen, mittlerweile von US-Truppen getöteten Jordanier Abu Musab al-Zarkawi verantwortlich gemacht werden und das Agieren von Todesschwadronen, hatten seit Beginn der Besatzung zunehmende Spannungen zwischen den Religionsgruppen provoziert. Nach dem Anschlag auf die Goldene Moschee in Samarra eskalierte die Gewalt in einer neuen Qualität. Allein in den folgenden zwei Wochen wurden über 1000 Sunniten getötet sowie Dutzende Moscheen beschädigt und zerstört. Bewaffnete Banden, oft in den Uniformen der Sicherheitskräfte, streifen offen umher und machen Jagd auf ihre Gegner. Täglich werden Dutzende von Leichen gefunden, die oft in Gruppen von der Gegenseite hin-

gemetzelt wurden. Auch die Zahl der Bombenanschläge auf sunnitische wie schiitische Gläubige nahm zu. Immer mehr Familien fliehen aus Vierteln, in denen sie stark in der Minderheit sind. Viele Experten sehen in diesem gegenseitigen Morden bereits den Beginn eines umfassenden Bürgerkriegs.

Hintergrund ist aber nicht, wie es meist heißt, ein traditioneller Konflikt zwischen den Religionsgemeinschaften. Die Gewalt ist, wie viele Beobachter feststellten, in der Regel „von oben“ organisiert: „Pogrome im Balkanstil, bei denen sich Nachbarn gegen Nachbarn wenden“ gab es bisher keine, so Jonathan Steele vom Guardian. Keiner der vielen bewaffneten Angriffe auf sunnitische Einrichtungen nach dem Anschlag auf die Goldene Moschee machte den Eindruck eines spontanen Racheaktes. Die meisten Berichte deuten vielmehr darauf hin, dass sie von organisierten Einheiten initiiert worden waren. Hauptverdächtige waren auch hier die Milizen der schiitischen Parteien und Einheiten, die dem Innenministerium unterstehen.<sup>9</sup>

Viele Iraker und Nahostexperten, die die Möglichkeit eines Bürgerkriegs aufgrund der langen säkularen und nationalen Tradition bisher ausgeschlossen hatten, sind zunehmend besorgt, dass aus den aktuellen Kämpfen tatsächlich ein umfassender Bürgerkrieg entstehen könnte und das Land, dessen Zentralregierung keine Autorität besitzt, in die Einflussgebiete der verschiedenen irakischen Kräfte zerfallen könnte.

Der Innenminister räumte das Problem der Milizen ein, bestreitet aber, dass die Angreifer unter Kontrolle seines Ministeriums oder seiner Partei stehen würden und behauptete, sie würden in gestohlenen Uniformen und Fahrzeugen agieren. Die Frage, warum die randalierenden und mordenden Einheiten sich so frei – selbst während der Ausgangsperre – bewegen können, konnte er aber nicht beantworten. Auch nicht, wie dann ein Teil der von diesen Milizen Entführten in die Kerker und Verhörzentren seiner Polizei geraten kann.

Ein Hinweis, dass es sich um gezielte Provokationen handelt, die einen allgemeinen Konflikt zwischen den Religionsgemeinschaften schüren sollen, ist der Zeitpunkt der mit dem Anschlag auf die Goldene Moschee einsetzenden Eskalation. Sie ereignete sich vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Bildung einer neuen Regierung und zu einer Zeit, als sich die Widersprüche nicht nur zwischen den irakischen Parteien, sondern vor allem auch zwischen den USA und ihren langjährigen schiitischen Partnern massiv zugespitzt hatten. „Das Timing des al-Askari-Anschlags war sehr gezielt,“ mut-

maßte beispielsweise Mutahana Hareth Al-Dari, der Sprecher der Vereinigung Islamischer Gelehrter (AMS). Er geschah, als auf Druck des US-Botschafters Zalmai Khalizad ernsthafte Gespräche über die Bildung einer nationalen Einheitsregierung aufgenommen worden waren. Da eine solche Regierung die Mehrheitsverhältnisse bei den Wahlen missachte, hätten einige Wahlgewinner dieses Drängen als Versuch begriffen, „ihren Wahlerfolg zu sabotieren“, so Al-Dari. „Ihre Antwort gaben sie in Samarra.“<sup>10</sup>

Die schiitischen Regierungsparteien, von denen Al-Dari hier sprach, waren in der Tat alarmiert über den abrupten Kurswechsel der US-Regierung, die im Zuge einer aggressiveren Politik gegen den Iran versuchten, den Einfluss der pro-iranischen Organisationen zurückzudrängen und sogar erste Gespräche mit sunnitischen Widerstandsgruppen aufgenommen hatte.

Bis dahin hatte ihnen das Streben der USA, irakische Kräfte gegen die breite Opposition im Land in Stellung zu bringen, ermöglicht, sich entscheidende Machtpositionen zu sichern. Die erneute Stimmenmehrheit des von ihnen dominierten schiitischen Wahlbündnisses bot die Chance, diese dauerhaft zu sichern.

Eine Einheitsregierung hingegen bedeutete für sie zwangsläufig einen Rückschlag. Vor allem der SCIRI wehrte sich vehement gegen den Verlust wichtiger Kabinetts-posten, wie den des Innenministeriums. Seine Führer hatten offen angekündigt, dass sie sich mit allen Mitteln den Versuchen entgegen stellen werden, ihnen die gewonnene Stellung streitig zu machen, auch mit Gewalt. Der SCIRI ist mit seinen Badr Brigaden und den von ihm kontrollierten Sicherheitskräften militärisch nach der kurdischen Allianz aus PUK und KDP die zweitstärkste irakische Kraft. Doch auch unter den Schiiten folgt nur eine Minderheit seinem radikalen Kurs und es stehen ihm nicht nur sunnitische und säkulare Organisationen, sondern auch starke, national orientierte schiitische Kräfte, wie die Bewegung Muqtada Al Sadrs, gegenüber. Dieser hat vor allem bei den armen Schichten viele Anhänger und ist um eine Bündelung von Kräften gegen die Besatzung bemüht. Die Chancen des SCIRI sich durchzusetzen, wachsen daher in dem Maße, wie es ihm gelingt, diese Kräfte stattdessen in einen umfassenden Konflikt zwischen den Konfessionen zu verwickeln. Dies hat sich auch nach den Kompromissen bei der Regierungsbildung, die den Einfluss des SCIRI nur wenig schmälerten, nicht geändert.

## „Salvador Option“

Doch nicht nur der SCIRI, auch die Besatzer und die kurdischen Verbündeten haben ein massives Interesse daran, ein Zusammengehen oppositioneller schiitischer Gruppen mit säkularen und sunnitischen Besatzungsgegnern zu verhindern. Iman Amad Khammas, Journalistin und ehemalige Direktorin von Occupation Watch in Bagdad, ist sich daher sicher, dass die Konflikte geschürt werden, um die Bevölkerung zu spalten und den Widerstand gegen die Besatzung sowie gegen die Politik der schiitischen und kurdischen Regierungspartien zu schwächen. Auch wenn die Gewalt sektiererisch erscheine und sich vorwiegend gegen Angehörige anderer Konfessionen richte, so sei die Religion nur eine Fassade, erklärte sie beim erwähnten Seminar in Madrid. In Wirklichkeit ginge es um politische Macht.

Hinweise dafür, dass die Besatzungsmacht diese Entwicklung fördert, sah sie in deren Untätigkeit gegen gewaltsame Ausschreitungen, die direkt vor der Nase ihrer Truppen geschahen und in den zahlreichen Fällen, wo Besatzungstruppen und schiitische Milizen Hand in Hand arbeiteten. So, als schiitische Milizen beim Versuch in den vorwiegend sunnitischen Bagdader Stadtteil Adhamiya einzudringen, von dessen Einwohnern mit Waffengewalt zurückgeschlagen wurden und anschließend US-Truppen gegen die sunnitischen Verteidiger voringen.

Andere Experten auf dem Seminar vermuten, dass die Besatzungsmächte unmittelbar in das Treiben der Todesschwadronen verwickelt sind. Da die Bemühungen, eine dauerhafte Kontrolle über das Land zu erringen, bisher am wachsenden irakischen Widerstand scheiterten, habe Washington begonnen, auf die bereits in Vietnam und El Salvador angewandten Taktiken eines schmutzigen Krieges zurückzugreifen, so John Catalinotto vom International Action Center in New York. Dazu zählte auch die Einschüchterung und Ermordung führender Köpfe dieser Länder.

In dieselbe Richtung zielte auch eine kürzlich erfolgte Anfrage des US-Kongressabgeordneten Dennis Kucinich an den Verteidigungsminister der USA. Er forderte darin eine Kopie aller Unterlagen über die Pläne des Pentagons, irakische Mord- und Entführungskommandos durch US-amerikanische Spezialkräfte trainieren und unterstützen zu lassen. Kucinich bezieht sich dabei auf ein Projekt, das im Januar 2005 durch einen Bericht des US-Magazins Newsweek bekannt geworden war. In Anlehnung an ein von US-Präsident Jimmy Carter initiiertes Militärprogramm zum





*US Army (UAS) Sergeant First Class (SFC) E. Rodriguez auf Patrouille in Samarra.*

Aufbau paramilitärische Einheiten in El Salvador, erhielt es den Namen „Salvador Option“. Diese Einheiten waren damals eingesetzt worden, um Führer der linksgerichteten Befreiungsbewegung und deren Sympathisanten zu liquidieren. Zehntausende unschuldiger Zivilisten wurden dabei zwischen 1981 und 1992 ermordet oder „verschwanden“.

Das Pentagon hat die Existenz eines solchen Projektes im Irak dementiert, es gibt jedoch, so Kucinich, „immer mehr Hinweise, die nahe legen, dass die USA tatsächlich irakische Mord- und Entführungskommandos finanziert und trainiert haben und dass diese Einheiten nun aktiv sind, mit entsetzlichem Erfolg.“<sup>11</sup> So hat die US-Regierung nachweislich Ende 2004 drei Milliarden US-Dollar bereitgestellt, um aus Milizen der verbündeten früheren Exilgruppen, paramilitärische Einheiten aufzubauen. Hiermit wurden US-Experten, die in den 1980er Jahren eine führende Rolle in den

schmutzigen Kriegen in Mittelamerika gespielt hatten. Zu diesen zählen insbesondere der oberste „Berater“ des irakischen Innenministeriums, Steven Casteel und der Berater des US-Botschafters für „irakische Sicherheitskräfte“ Colonel James Steele. Casteel war in den 1990er Jahren geheimdienstlich in Kolumbien tätig und wird mit dem Entstehen der berüchtigten Todesschwadron „Los Pepes“ in Verbindung gebracht, die wiederum den Kern der heutigen AUC (Autodefensas Unidas de Colombia, Selbstverteidigungseinheiten Kolumbiens) die Dachorganisation der berüchtigten kolumbianischen Paramilitärs bildete.

Steele leitete von 1984-1986 in El Salvador den Aufbau und das Training salvadorianischer Spezialeinheiten, die „die Aufgabe hatten die Führung der ‚Aufständischen‘, ihre Unterstützer, Nachschubquellen und Basislager zu bekämpfen.“ Zu seinem aktuellen Aufgabengebiet gehört die Zusammen-

arbeit mit irakischen Eliteeinheiten zur Aufstandsbekämpfung, wie den „Spezialpolizeikommandos“ des Innenministeriums.<sup>12</sup> Erster US-Botschafter im Irak und Nachfolger von Statthalter Paul Bremer war John Negroponte, der in selbiger Funktion in Honduras eine Schlüsselrolle im terroristischen Krieg gegen die Unabhängigkeit Nikaraguas und die Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala spielte.

Die ersten irakischen Spezialeinheiten wurden Berichten der Los Angeles Times und Washington Post zufolge mit technischer und logistischer Unterstützung aus den USA im Frühjahr 2005 einsatzbereit gemacht. Unter diesen neuen paramilitärischen Truppen, bestehend aus 12.000 gut ausgebildeten irakischen Veteranen von Sondereinheiten des alten Regimes, waren auch die mittlerweile berüchtigten Wolf-, Skorpion- und Tigerbrigaden. Zur selben Zeit, so Kucinich, begann die Welle von Entführungen und Exekutionen – ganz im

Stil der mittelamerikanischen Todesschwadron. Eine Vielzahl weiterer Berichte belegen die folgende enge Zusammenarbeit von US-Truppen mit diesen Einheiten. Sie belegen auch, wie gut die US-Regierung über das Treiben irakischer Sicherheitskräfte Bescheid wusste – lange bevor der US-Botschafter begann, das Innenministerium wegen Entführungen, Folter, Vertreibungen und extralegalen Hinrichtungen durch ihm unterstehende Einheiten zu kritisieren. Gerne wird bei der plötzlichen Sorge um die Menschenrechte verschwiegen, dass die Sicherheitskräfte durchaus nicht nur aus schiitischen Einheiten bestehen. Ein guter Teil der paramilitärischen Verbände, wie die so genannten „Spezialpolizeikommandos“, die an vorderster Front mit den US-Truppen gegen den bewaffneten Widerstand kämpfen, werden nach wie vor von Baath-Mitgliedern geführt, die enge Verbindungen zum ersten Übergangspremier Iyad Allawi und den Besatzungstruppen haben.

Alle Kommandos werden von US-amerikanischen „Verbindungsteams“ (Special Police Transition Teams, SPTTs) beraten und unterstützt, die fest in die Einheiten integriert sind. In der Abteilung „Operationen“ („Operations Directorate“) des Innenministeriums werden die Aktionen dieser Kommandos zusammen mit Führungsstäben und Geheimdiensten der Besatzungsmächte vorbereitet. Koordiniert wird diese Zusammenarbeit von einem Stab von US-Offizieren innerhalb des „Nationalen Kommando Zentrums“ des Innenministeriums.<sup>13</sup>

### **Willkommener Bürgerkrieg**

Die kritischen Töne Washingtons gegenüber dem Innenministerium drücken daher keine prinzipielle Ablehnung der brutalen Praktiken der Sondereinheiten aus. Im Gegenteil: sie werden häufig von führenden US-Offizieren für ihre hervorragende Effizienz gelobt. „Die ‚Spezialpolizeikommandos‘, wie die ‚Wolf-Brigade‘ haben den Ruf der Brutalität, doch die Gruppe wird auch als eine der effektivsten und diszipliniertesten Aufstandsbekämpfungseinheiten angesehen“, fasst der regierungsnahen Council on Foreign Relations die Einstellung Washingtons zu diesen Verbänden zusammen.<sup>14</sup>

Die Kritik richtet sich vielmehr gegen die gewachsene Stärke ihrer ungeliebten schiitischen Verbündeten. Diese ist zum ernststen Problem für die US-Politik im Mittleren Osten geworden und natürlich vor allem denen ein Dorn im Auge, die sich für eine aggressivere Gangart bei ihrer Durchsetzung einsetzen. Ein Umschlag in einen Bürgerkrieg käme daher zumindest Teilen der US-Regierung nicht ungelegen. „Ein Bür-

gerkrieg wäre eine humanitäre Tragödie aber keine strategische“, so Präsidentenberater Daniel Pipes, einer der führenden Neokonservativen. Im Gegenteil: „wenn sunnitische Terroristen schiitische angreifen und umgekehrt, sind Nicht-Muslime viel weniger in Gefahr, getroffen zu werden.“ Die Verluste der Besatzungstruppen würden, so das Kalkül der US-Falken, in diesem Fall deutlich reduziert. Es würde auch das Ende der Demokratisierungsbemühungen im Nahen- und Mittleren Ostens bedeuten, die nur dazu führen, dass „Islamisten durch Wahlen legitimiert werden.“ Eine weitere Chance bestünde darin, dass Syrien und Iran in den Konflikt hineingezogen würden und sich dadurch die Möglichkeit für eine Konfrontation der USA mit diesen Staaten beschleunige.<sup>15</sup>

Die Vorschläge führender Demokraten in Washington unterscheiden sich von denen der neokonservativen Hardliner nur in der Verpackung. Sie plädieren für eine Aufteilung des Landes in wenigstens drei quasi selbstständige Teile: einen kurdischen Teil im Norden, einen sunnitischen in der Mitte und einen schiitischen im Süden. Um das Land vor einem Bürgerkrieg zu bewahren, müsse es dezentralisiert werden, drängt Joseph R. Biden, ranghöchster Demokrat im außenpolitischen Ausschuss des US-Senats, Anfang Mai in Leitartikeln in der New York Times und anderen US-Zeitungen, die er gemeinsam mit Leslie H. Gelb dem Ehrenpräsidenten des Council on Foreign Relations, verfasst hatte.<sup>16</sup> Die neue Verfassung würde dies ermöglichen, da sie es auch anderen Provinzen gestattet, sich wie die kurdischen zu unabhängigen Regionen mit weit reichenden staatlichen Befugnissen zusammenzuschließen.

Die USA könne den Krieg im Irak nicht gewinnen und auch „Iraks neue Regierung der nationalen Einheit“ könne „die Verschlechterung der Lage nicht stoppen.“ Die einzige Möglichkeit die eskalierende Gewalt zwischen den Volks- und Religionsgruppen zu stoppen wäre, wie in Bosnien, jeder Gruppe Raum zu geben, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Gleichzeitig würde dies den USA ermöglichen ihre Ziele im Irak auch mit stark reduzierter Truppenstärke weiter zu verfolgen.

Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse in Irak sind diese Pläne, wie auch der renommierte Irak-Experte Anthony Cordesman vom Washingtoner Zentrum für Strategische und Internationale Studien feststellte, in Wirklichkeit ein Rezept für ethnische Säuberungen und einen wirklich umfassenden, lang anhaltenden Bürgerkrieg. „Den Irak zerstören, um ihn zu retten“ fasste Robert Dreyfuss die Pläne

dieser „Mini-Churchills“ zusammen.<sup>17</sup>

Unabhängig davon, in wie weit die Besatzungsmächte tatsächlich direkt in den schmutzigen Krieg gegen den Widerstand und das Schüren konfessioneller Konflikte verwickelt sind, so das Fazit des Seminars in Madrid, sind sie die Hauptverantwortlichen für die irakische Misere. Sie sind nach internationalem Recht für den Schutz der Zivilbevölkerung zuständig. Stattdessen schufen sie die Grundlage für den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und fördern die Spaltung der Gesellschaft. Mit der Auflösung von Polizei, Armee und auch der meisten anderen staatlichen Institutionen beseitigten sie zunächst die wesentlichen Bastionen eines säkularen und einheitlichen Staates. Konfession und Volkszugehörigkeit wurden zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die formalen Organisationsprinzipien der Politik. Die wichtigsten Ämter des Staates wurden den extremistischen kurdischen und schiitischen Parteien überlassen, die ihre Ziele durch Schüren religiöser und ethnischer Gegensätze verfolgen. Parallel zum Krieg der US-geführten Truppen gegen die Gegner der Besatzung, führen diese ihre eigenen Kriege für ihre eigenen Interessen – schmutzige Kriege gegen die Zukunft Iraks.

Das wahre Gesicht des Regimes im Irak passt nicht zum Bild des erfolgreichen Übergangsprozesses zur Demokratie, das von Politikern und Medien verbreitet wird. Es wird sich auch durch die neue Regierung, die im Wesentlichen von denselben Kräften getragen wird, wie ihre Vorgänger, nicht ändern. Nachrichten, die dieses Bild in Frage stellen, sind nicht erwünscht, daher musste Al Jazeera sein Büro in Bagdad schließen und wahrscheinlich mussten deswegen Atwar Bahjat und viele ihrer Kollegen sterben.

Werden aus diesem Grunde auch kritische Intellektuelle ermordet und aus dem Land getrieben? Um die Hintergründe der Morde an Journalisten, Akademikern, Ärzten und anderen aufzuklären, bedarf es dringend unabhängiger Untersuchungen. Dies war daher auch die zentrale Forderung auf dem Seminar in Madrid. Die vom BRussels Tribunal initiierte Kampagne zum Schutz der Akademiker wandte sich dazu bereits an den Sonderberichterstatter gegen summarische und willkürliche Exekutionen des Hohen Kommissariats für Menschenrechte der UNO (OHCHR) und übergab ihm entsprechendes Material. Der Sonderberichterstatter hat das Mandat solche Fälle eigenständig aufzugreifen und von den irakischen Behörden und den Besatzungstruppen Aufklärung über die Verbrechen zu fordern.

Die Vertreter der Autonomen Universität Madrid kündigten an, sich mit der Forderung auch an andere internationale Organisationen wie die UNESCO zu wenden und sich um eine gemeinsame Initiative aller spanischen Universitäten dafür zu bemühen. Die Rektorenkonferenz der öffentlichen Universitäten Madrids schloss sich in einer Erklärung diesen Forderungen an.<sup>18</sup> Auch in anderen Ländern sollen Hochschulen, Kliniken und Parlamente gewonnen werden, diese Forderung zu unterstützen. Es ist zu hoffen, dass sich auch hierzulande eine ähnlich breite Initiative entwickelt. Unabhängige Untersuchungen würden, über die Hintergründe der Anschläge auf Akademiker hinaus, ein deutlicheres Bild des wahren Charakters des herrschenden Regimes im Irak schaffen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> „Part of me died when I saw this cruel killing“, The Sunday Times, 7.5.2006

<sup>2</sup> Warum starb die Journalistin Atwar Bahjat, Freitag, 07.04.2006

<sup>3</sup> siehe „Kein Glaubenskrieg“, junge Welt, 03.03.2006

<sup>4</sup> Sabah Ali, „109 Iraqi Journalists killed in Iraq Under Occupation“, BRussels Tribunal, 8.5.2006

<sup>5</sup> „Bodies flood Baghdad mortuary“, Aljazeera, 5.7.2006

<sup>6</sup> „Iraq's death squads: On the brink of civil war“, The Independent, 26.2.2006

<sup>7</sup> List of killed, threatened or kidnapped Iraqi Academics, BRussels Tribunal, <http://www.brusselstribunal.org/academicsList.htm>

<sup>8</sup> „Ein Krieg, um die Kultur und die Zukunft der Iraker zu zerstören“, Bericht vom Internationales Seminar über die Ermordung von irakischen Akademikern und Angehörigen des Gesundheitswesens, Madrid, 22./23. April, [http://www.iraktribunal.de/internat/madrid\\_april2006/kurzbericht.htm](http://www.iraktribunal.de/internat/madrid_april2006/kurzbericht.htm)

<sup>9</sup> s. „Kein Glaubenskrieg“, a.a.O.

<sup>10</sup> There is ethnic cleansing“, Al-Ahram Weekly, 2.3.2006

<sup>11</sup> „Kucinich Asks Tough Questions of Bush, Rumsfeld“, <http://www.kucinich.us>, May 6, 2006

<sup>12</sup> siehe Max Fuller, „Crying Wolf: Media Disinformation and Death Squads in Occupied Iraq“, GlobalResearch.ca, 10.11.2005 und „For Iraq, ‚The Salvador Option‘ Becomes Reality“, GlobalResearch.ca, 2.6.2005

<sup>13</sup> Max Fuller, „Diyala - A Laboratory of Civil War? - A recent case study in the dynamics of occupation and sectarianism“, <http://www.brusselstribunal.org/DiyalaFuller.htm>

<sup>14</sup> IRAQ: Militia Groups, Council on Foreign Relations, 9.6.2005 oder auch: „Despite its heavy-handed tactics, the group has proved useful to counterinsurgency operations.“ (Backgrounder: Shiite Militias and Iraq's Security Forces, CFR, 30.10.2005)

<sup>15</sup> Daniel Pipes, „Civil war in Iraq?“ Jerusalem Post; 1.3.2006, s.a. Civil War in Iraq?, New York Sun, 28.2.2006

<sup>16</sup> s. junge Welt v. 3.5.2006

<sup>17</sup> Robert Dreyfuss, „Destroying Iraq To Save It“, Tomdispatch, 8.5.2006

<sup>18</sup> „On generalized violence in Iraq and the killing of Iraqi University Professors, Declaration of the Conference of Rectors from Madrid Public Universities (CRUMA), 12.6.2006



# Der Krieg gegen den Terror

## US-Militär in Paraguay

von Jonna Schürkes

Eine der wichtigsten Militärbasen der US-Armee in Südamerika befindet sich in Paraguay. Bis Ende 2006 können sich die US-Truppen frei auf paraguayischem Territorium bewegen. Den Soldaten wurde Immunität zugesagt. Begründet wird diese militärische Präsenz seitens der USA mit der Behauptung an der Grenze zu Argentinien und Brasilien befänden sich Zentren der Hisbollah und der Hamas. Im Juni 2006 erklärte Janice L. Kephart, vom Centre for Immigration Studies vor dem US-Repräsentantenhaus: „Die große arabische Gemeinschaft in der ‚Tri-Border-Area‘ (Grenzregion Argentinien, Brasilien und Paraguay) fördert die Errichtung von ‚Schläferzellen‘ islamistischer Terroristen, u.a. der Hisbollah und Al-Quaeda“.<sup>1</sup> In der Region seien Trainingslager der Hisbollah, hier würden Anschläge geplant und Geldwäsche betrieben. In einem vom Repräsentantenhaus in Auftrag gegebenen Bericht über die Tri-Border-Area aus dem Jahr 2003 wird darauf hingewiesen, dass sich in der Region nicht nur islamistische Terrorzellen, sondern auch kriminelle indigene Organisationen aus Argentinien, Paraguay und Kolumbien, sowie mafiose Organisationen aus der ganzen Welt (u.a. China, Russland, Libyen und Nigeria) befänden.<sup>2</sup>

### Intervention unter dem Deckmantel der OAS

Der Protest paraguayischer Organisationen, aber auch der Regierungen von Bolivien, Brasilien und Argentinien gegen die Zusage der paraguayischen Regierung im May 2005, den Soldaten Immunität zu gewähren, war für die US-Regierung nicht zu überhören.<sup>3</sup> Lateinamerikanischen Zeitungen zufolge, versucht die US-Regierung nun die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) dazu zu bewegen, Truppen in die Region zu schicken. Einerseits wäre die Operation unter OAS-Mantel besser zu legitimieren, andererseits soll es sich den Zeitungsberichten zufolge um die Region im Süden Paraguays handeln, die US-Basis Mariscal Estrigarribia befindet sich im Norden des Landes, 200 km von der bolivianischen Grenze entfernt. Die US-Regierung leugnet dagegen jegliche Präsenz einer US-Militärbasis und behauptet, man beschränke sich auf gemeinsame Übungen mit dem paraguayischen Militär. In dem

bereits oben erwähnten Bericht von 2003 wird den Regierungen von Brasilien, Argentinien und vor allem Paraguay vorgeworfen, sie seien weder willens noch in der Lage die kriminellen und terroristischen Aktivitäten in der Region zu stoppen.

Die OAS-Antiterrortruppe ist als zusätzliche Truppe und nicht als Ablösung der US-Truppen in Paraguay gedacht. Ob die USA dies in der OAS durchsetzen können, ist jedoch fraglich. Der brasilianische Botschafter in Washington Roberto Abdenur und der venezolanische Präsident Hugo Chavez haben bereits ihre „starken Bauchschmerzen“ (Abdenur)<sup>4</sup> bzw. Empörung (Chavez)<sup>5</sup> über dieses Vorhaben zum Ausdruck gebracht, das Parlament des argentinischen Departments Misiones, das in der Grenzregion liegt, forderte Ende Juli die USA auf, die Souveränität Argentiniens zu respektieren und lehnte den Versuch der Militarisierung der Tri-Border Area ab.<sup>6</sup> Die Regierung in Buenos Aires hat sich bisher nicht zu dem Thema geäußert. Der mexikanischen Zeitung La Jornada und der argentinischen Zeitung Clarin zufolge hat der US-Kongress am 14. Juli 2006 beschlossen, die Bildung einer Antiterrortruppe bei der OAS zu beantragen.<sup>7</sup> Dies wird jedoch von US-amerikanischer Seite bisher nicht bestätigt. Die Reaktionen der Regierungen in Lateinamerika zeigen jedoch, dass es mehr als ein Gerücht ist.

### Die „wahre“ Motivation der USA

Abgesehen davon, dass selbst wenn sich in der Region Ausbildungs- und Rekrutierungslager von Terroristen befänden, die Stationierung von US-Soldaten mit Verweis auf die Souveränität der betroffenen Länder nicht zu rechtfertigen wäre, wird von verschiedenen Organisationen vermutet, die Motivation der US-Armee sei eine vollkommen andere. So wird etwa darauf hingewiesen, dass sich in der Region eines der größten Süßwasserreservoirs der Welt befindet.<sup>8</sup> Zudem wird den US-Truppen in Paraguay vorgeworfen, sie würden sich aktiv an der Repression gegenüber sozialen Bewegungen und vor allem der Landlosenbewegung in Paraguay beteiligen. Die Nachrichtenagentur des Mercosurs meldet, dass den US-Truppe vorgeworfen wird, für den Tod und das Verschwinden verschiedener Mitglieder der Landlosenbewegung im Norden des Landes verantwortlich zu sein.<sup>9</sup>

Das Interesse der paraguayischen Regierung dürfte vor allem darin liegen, die Landlosenbewegung durch massive Drohungen auch durch die US-Armee einzuschüchtern. Die Landfrage ist wohl eines der zentralen innenpolitischen Probleme Paraguays. Das Land im Norden ist im Besitz weniger Großgrundbesitzer, die dies größtenteils während der Diktatur von Alfredo Stroessner (1954-1989) als Dankeschön für ihre Verdienste im Militär zugeteilt bekamen. Die Ex-Militärs haben weiterhin starken Einfluss auf die Politik des Landes. Im September 2004 drohte der Präsident Duarte Frutos den Landlosen mit massiver Gewalt, sollten sie die Besetzung von Land nicht beenden: „Es wird jemand kommen und eure Frauen und Töchter vergewaltigen und ihr werdet den Mund halten müssen (...) Sie werden euch eure eigene Medizin - die Gewalt - zu trinken geben“.<sup>10</sup> Angesichts dessen ist die Immunitätsgarantie für die US-Soldaten nicht verwunderlich.

Hinzu kommt, dass die Präsenz der in den 80er Jahren von der US-Armee errichteten Militärbasis Mariscal Estrigarribia und die Meldung verschiedener lateinamerikanischer Tageszeitungen im Juli 2005, über 400 US-Soldaten unter dem Kommando der Southcom wären auf der Militärbasis eingetroffen, vor allem die bolivianische Regierung beunruhigt. Die wichtigsten Gas- und Ölvorkommen Boliviens liegen im Department Tarija, an der Grenze zu Paraguay. Zudem wird vermutet, dass die US-Regierung an einer Präsenz im Süden Boliviens interessiert ist, um die Entwicklungen beobachten zu können und oppositionelle Gruppen, die vor allem im Süd-Westen Boliviens zu finden sind, zu unterstützen, sollten sie sich gegen die Regierung Morales wenden wollen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Janice L. Kephart (Juni 2006): „The Need to Implement WHTI to Protect U.S. Homeland Security.“

<sup>2</sup> Rex Hudson (Juli 2003): Terrorist and organized crime groups in the tri-border-area (TBA) of South America.

<sup>3</sup> „Paraguay concedió inmunidad a las tropas de Estados Unidos“, in: Clarin 13.06.05

<sup>4</sup> „Moção sobre Tríplice Fronteira provoca mal-estar nos EUA“, in: Folha 27.07.06

<sup>5</sup> „Chávez rechaza creación de fuerza antiterrorista en triple frontera“, in: ABN 21.7.06.

<sup>6</sup> „Rechazo de tropas extranjeras en las 3 Fronteras“ (28.07.06) <http://www.diputadosmisiones.gov.ar/>.

<sup>7</sup> „Rechazan la presencia de tropas de la OEA en la Triple Frontera“, in: La Jornada 30.07.06

Und „Triple Frontera: piden en EE.UU. crear una fuerza antiterrorista“, in: Clarin 18.07.06

<sup>8</sup> Ceceña, Ana Esther, Motto, Carlos (2005): Paraguay: Ausgangspunkt für die Beherrschung des Südkongos, in: Welttrends Nr.49, Winter 05/06; S. 37-46.

<sup>9</sup> „Acusan a marines estadounidenses por muerte de campesinos“, in: APM 12.07.06

<sup>10</sup> Cronología del conflicto: Paraguay, in: Revista del OSAL No. 15 2004, S. 145.

# USA - Erlassjahr 2015?

## Washingtons erodierende Vorherrschaft und der Kreuzzug zum Erhalt der Dollarhegemonie

von Jürgen Wagner

### Teil II: Imperialer Niedergang und die US-Kriege zum Erhalt des Öl-Dollar-Mechanismus

*„Der Wunsch, zu bewahren, was man besitzt, solange man selbst noch im Vorteil ist, hat unsichere und im Niedergang befindliche Mächte dazu gebracht, sich in große Kriege zu stürzen“* - Robert Gilpin, US-Politikwissenschaftler

*„Es gibt einen Grund für die Verwundbarkeit von Imperien. Sie gegen Widerstände aufrecht zu erhalten erfordert Kriege - dauerhafte, unerbittliche und endlose Kriege.“* - James K. Galbraith, Ökonomieprofessor an der Universität von Texas

*„Wir erreichen ein neues amerikanisches Jahrhundert, in dem ... es die de facto Aufgabe der US-Streitkräfte sein wird, die Welt für unsere Ökonomie und unseren kulturellen Sturmangriff sicher zu machen. Für diese Zwecke werden wir eine erhebliche Anzahl an Morden begehen.“* - Ralph Peters, ehemaliger US-Geheimdienstoffizier

### Dollar im Sinkflug

Trotz der in Teil I beschriebenen künstlichen Stimulierung der Dollarnachfrage (siehe AUSDRUCK Juni 2006) gründete die Stärke des Dollars lange auch darauf, dass keine plausible Alternative zur Verfügung stand, was sich seit der Einführung des Euro geändert hat. In den letzten Jahren hat die US-Währung etwa 35 Prozent an Wert gegenüber dem Euro und 24 Prozent gegenüber dem japanischen Yen verloren, wofür die Schwäche der amerikanischen Wirtschaft den wesentlichen Grund darstellt.<sup>1</sup> Der Run aus der US-Währung hat also bereits begonnen, systematisch schichten mehr und mehr Länder ihre Währungsreserven um, was logischerweise zur Folge hat, dass die Dollarnachfrage sinkt. Dass der Greenback inzwischen mächtig unter Druck steht, zeigen einige Schlagzeilen der jüngsten Zeit: „Die Asiatische Entwicklungsbank schlägt wegen des Dollars Alarm“ (International Herald Tribune, 28.03.2006); „Dollar beginnt heftigen Tiefflug gegenüber anderen wichtigen Währungen“ (The Sunday Times, 30.04.2006); „Dollar fällt nach Rede des Zentralbankchefs“ (The Times 26.04.2006).

Die Analysten von *Deutsche Bank Research*

scheint dies geradezu in Hochstimmung zu versetzen: „Der Euro ist zur zweitwichtigsten Reservewährung aufgestiegen, rangiert aber deutlich hinter dem Dollar. Der Anteil des Dollar an den globalen Devisenreserven hat sich bis Ende 2004 auf ca. 66% verringert. Der Euro hat dagegen aufgeholt: Sein Anteil ist bis Ende 2004 auf ca. 25% gestiegen (1999: 17,9%).

*Der Euro hat das Potential, dem USD als Reservewährung Konkurrenz zu machen*, da Euroland der zweitgrößte Wirtschaftsraum der Welt ist und über große und liquide Finanzmärkte verfügt. Der Euro-Anteil an den internationalen Devisenreserven dürfte deutlich über 25% ansteigen, da viele Notenbanken – insbesondere in Asien – zunehmend in Euro diversifizieren wollen.“<sup>2</sup> Angesichts dieser Herausforderung hält einzig die Öl-Dollar-Konstellation die US-Währungshegemonie weiterhin mühsam aufrecht. Schwer zu glauben, dass die USA tatenlos zusehen werden, wenn diese gefährdet wird, wie selbst Insider offen zugeben.

### Ron Paul: Republikanischer Kronzeuge für Amerikas Dollarkriege

Mitte Februar 2006 hielt der republikanische Kongressabgeordnete Ron Paul (Texas) eine Aufsehen erregende Rede vor dem US-Repräsentantenhaus. Sie trug den bezeichnenden Titel „Das Ende der Dollarhegemonie“ und ließ nichts an Klarheit vermissen: „Die Lizenz, Geld quasi aus dünner Luft zu drucken, ermöglicht es uns, die Rechnungen durch Preisinflation zu begleichen. Unter dieser Inflation leiden die US-Bürger ebenso wie der Durchschnittsbürger in Japan, China oder in anderen Ländern. Diese Inflation ist die ‚Steuer‘, mit der die Rechnungen für unsere militärischen Abenteuer bezahlt werden.“<sup>3</sup>

Der Kongressabgeordnete wies zudem auf die zentrale Bedeutung der Öl-Dollar-Abrechnung hin, um die fortgesetzte Besteuerung der Welt weiter aufrechterhalten zu können: „Unser gesamtes wirtschaftliches System hängt davon ab, dass das gegenwärtige Dollar-Recycling-System Bestand hat. Wir leihen uns jährlich 700 Mrd. Dollar von unseren ‚großzügigen Wohltätern‘, welche dafür hart arbeiten und unsere Dollarnoten für ihre Produkte

annehmen. Weiters borgen wir uns all die Gelder aus, die wir für die Sicherung des Empires brauchen (Verteidigungsbudget: 450 Mrd. Dollar) und noch mehr. Die Militärmacht, welcher wir uns ‚erfreuen‘, wird zu der ‚Deckung‘ unserer Währung ... Am wichtigsten ist, dass die Dollar-Öl-Beziehung aufrechterhalten wird, um ihn als überragende Währung zu sichern. Jeder Angriff auf diese Beziehung wird machtvoll beantwortet werden - so wie es immer schon geschehen ist.“<sup>4</sup> Eine generelle Euroabrechnung der OPEC-Staaten hätte für die USA in der Tat katastrophale wirtschaftliche Folgen, denn das Öl ist „sozusagen der Wertanker des US\$, eine multifunktionale Waffe in der Währungskonkurrenz, vor allem mit dem Euro.“<sup>5</sup> Hierdurch würde Washingtons gesamtes wirtschaftliches (Verschuldungs)Konzept zu Fall gebracht. Zudem hätten die USA in einem solchen Fall enorme Schwierigkeiten, an die für den Öleinkauf notwendigen (Euro)Devisen zu gelangen: „Bei einem Handelsbilanzdefizit der USA von an die 550 Mrd US\$ (2002) würde die Finanzierung von notwendigen Ölimporten in Fremdwährung für die USA ein nahezu unlösbares Problem.“<sup>6</sup>

Der Ökonom Krassimir Petrov kommt zu demselben Schluss: „Die ökonomische Essenz dieses [post-Bretton-Woods] Arrangements bestand darin, dass der Dollar nun vom Öl gestützt wurde. Solange dies der Fall war, musste die Welt wachsende Dollarmengen anhäufen, weil sie sie zum Erwerb von Öl benötigte. Solange der Dollar die einzig akzeptierte Zahlungsart für Öl ist, ist seine Weltherrschaft gesichert und das amerikanische Imperium kann fortfahren, den Rest der Welt zu besteuern. Sollte der Dollar, aus irgendeinem Grund, seine Ölunterstützung verlieren, würde das amerikanische Imperium aufhören zu existieren. Somit diktiert der imperiale Überlebenswille, dass Öl ausschließlich in Dollar verkauft wird.“<sup>7</sup> Zusammengefasst kommt der ehemalige Ausbilder an der US-Militärakademie in West Point, Stan Goff, zu folgendem Ergebnis: „Amerikanischer Imperialismus ist letzten Endes Petrodollar Imperialismus.“<sup>8</sup> Soweit, so klar, bleibt noch die Frage, inwieweit dies eine Erklärung für die US-Kriegspolitik der letzten Jahre und insbesondere für die Angriffspläne auf den Iran darstellt.

### Die iranische Ölbörse als Ende des Petrodollar Imperialismus?

Dass es für die USA in der Währungsfrage ums Eingemachte geht, steht außer Frage. Wie dramatisch Washington die Lage einschätzt, zeigt die Entscheidung der US-Notenbank, seit März 2006 die Veröf-

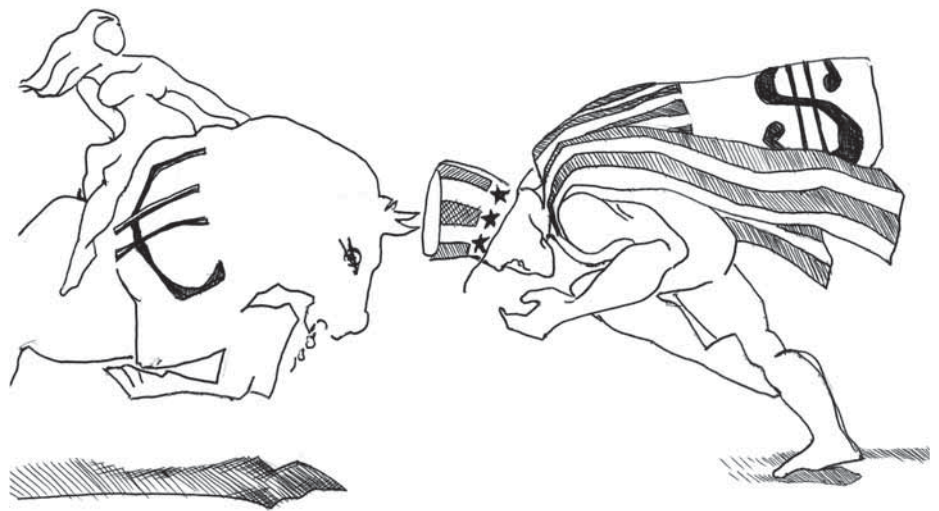


fentlichung der Geldmenge M3 als wichtigstem Indikator für die weltweit im Umlauf befindenden Dollarmengen einzustellen.<sup>9</sup> Ein recht plumper Versuch zu verdecken, dass das US-Imperium auf tönernen Füßen steht. In dieser prekären Situation kann als gesichert angenommen werden, dass Washington jeden Schritt, der aus der absteigenden Tendenz des Dollars einen rasanten Fall machen würde, als Kriegserklärung betrachtet.

In diesem Kontext sind die iranischen Pläne, eine Ölborse (Iranian Oil Bourse, IOB) auf der Insel Kish einzurichten, die auch Euros als Zahlungsmittel akzeptiert, von erheblicher Brisanz, da hiermit erstmals eine alternative Öl-Fakturierung zur Verfügung stünde. Zwar wurde der ursprünglich auf den 20. März festgelegte Starttermin nach hinten verschoben, Regierungskreise bestätigten aber, das Projekt in jedem Fall umsetzen zu wollen. Die zeitliche Nähe zur Entscheidung der US-Notenbank, die M3-Veröffentlichung einzustellen, hat inzwischen einige Analytiker dazu veranlasst, in der IOB den primären Grund für Washingtons Aggressivität gegenüber dem Iran zu sehen.<sup>10</sup>

Aus Sicht Teherans macht die Ölborse schon allein aus ökonomischer Sicht durchaus Sinn, wickelt der Iran doch 45% seines Handels mit der Eurozone ab, wohin auch ein Drittel seines Öls fließt. Die IOB ermöglicht es somit, durch die Umgehung des Dollars, Kursschwankungsrisiken und Transaktionskosten zu vermeiden. Zweifelsohne hat die IOB aber auch eine politisch-strategische Komponente, die gegen Washington gerichtet ist. Einige arrivierte US-Experten, wie George Perkovich vom *Carnegie Endowment for International Peace*, machen sich jedenfalls keine Illusionen, wie die iranischen IOB-Absichten zu interpretieren sind: „Sie ist Teil einer sehr intelligenten und kreativen iranischen Strategie - auf jede erdenkliche Weise in die Offensive zu gehen und andere Akteure gegen die USA zu mobilisieren.“<sup>11</sup>

Es kommt also nicht von ungefähr, dass der Euro gerade für jene Länder an Attraktivität gewinnt, die auf die eine oder andere Weise am deutlichsten die US-Knute zu spüren bekommen. Ebenso wenig verwundert es, dass sich genau diese Länder - sofern sie klein genug sind - wiederum rasch auf der Liste US-amerikanischer Angriffsziele wiederfinden. Selbst innerhalb der saudischen Königsfamilie mehren sich die Befürworter einer Abkehr vom Dollar. Eines ihrer Mitglieder ist sich offensichtlich im Klaren, dass dies einer Kampfansage gleichkommt, denn es befürwortet einen solchen Schritt im Vergleich zu einem



Embargo „als eine effektivere Bestrafungsmethode der USA.“<sup>12</sup> Selbst auf offiziellen OPEC-Treffen wird inzwischen eine generelle Euroabrechnung ernsthaft diskutiert.<sup>13</sup> Somit verwundert es nicht, dass das Pentagon-Beratungsgremium *Defence Policy Board* Saudia Arabien offen mit Krieg drohte, sollte es nicht zu seiner traditionell US-freundlichen Politik vergangener Jahre zurückkehren. Fast gleichzeitig arrangierte die CIA 2002 einen Putschversuch gegen Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez, den vehementesten Befürworter einer OPEC-Abkehr vom Dollar, der allerdings kläglich scheiterte.<sup>14</sup> Nicht zuletzt war es der Irak, der bereits im Jahr 2000 auf den Euro umgestellt hatte. Lediglich zwei Monate nachdem die Vereinigten Staaten in Bagdad einmarschierten, wurde das „Oil for Food“ Programm beendet, die auf Euro laufenden irakischen Konten in den Dollar rückgewandelt und das Öl wurde wieder nur für US-Dollar verkauft.<sup>15</sup>

Trotzdem spitzt sich für Washington die Gefahr immer weiter zu, dass aus dem derzeitigen langsamen Abstieg des Dollars ein rasanter Sturzflug wird. „Neben dem Iran, hat sich der norwegische Börsendirektor Sven Arild Andersen mit einem ähnlichen Plan zur Eröffnung einer auf dem Euro basierten skandinavischen Öl- und Gasborse zu Wort gemeldet. Ihm zufolge haben Russland und Staaten des Nahen Ostens ihrerseits ein Interesse an solch einem Projekt bekundet. Venezuela macht momentan seine Ölgeschäfte mit Drittweltländern entweder in Form von Bartergeschäften (Ware gegen Ware) oder auf Eurobasis. Nach Angaben des Handelsblattes hat der französische Industrieminister Francois Loos kürzlich eine größere Rolle des Euros im Ölgeschäft gefordert. Diese Forderung wird auch von der russischen Gasprom unterstützt.“<sup>16</sup> Mitte Mai kündigte auch noch

Wladimir Putin die Eröffnung einer eigenen Ölborse an.<sup>17</sup>

Nun dürfte es Washington aber schwer fallen, gegen jedes Land - insbesondere Norwegen und Russland - direkt Krieg zu führen, das mit dem Euro liebäugelt. Zudem wird das Schicksal des Dollars nicht in Teheran, sondern in Brüssel, Peking, Tokio und nicht zuletzt in Washington entschieden. Augenblicklich dürfte weder der Europäischen Union, noch China und Japan, die erheblich von Exporten in die USA abhängig sind, an einem sofortigen Totalabsturz des Dollars gelegen sein, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch deren Volkswirtschaften hart treffen würde. Eine allmähliche Wachablösung könnte aber durchaus Vorteile bringen, was allerdings u.a. eine grundlegende Änderung der restriktiven EZB-Geldpolitik erfordern würde, die gegenwärtig nicht in Sicht ist. Es braucht also mehr als lediglich die Einrichtung einer iranischen Ölborse, um den Dollar zu Fall zu bringen. In ihr somit den alleinigen Grund für die US-amerikanischen Angriffspläne zu sehen, würde wohl ihre Bedeutung überhöhen, denn sie stellt nur einen - und wohl auch nicht zentralen - Faktor dar, der entscheidet, ob weiterhin US-Schatzanleihen gekauft werden.<sup>18</sup>

Aber genau hier liegt der Hund begraben, denn bei mehr und mehr Ländern hat die Bereitschaft spürbar abgenommen, weiterhin die US-Defizite samt der aggressiven Hegemonialpolitik klaglos hinzunehmen. Es sind diese zunehmenden Widerstände gegen seine Vormachtstellung, gegen die Washington auf breiter Front mit der Militarisierung seiner Außenpolitik vorgehen will, insbesondere über die Kontrolle der weltweiten Ölvorräte - und damit selbstverständlich auch deren Fakturierung - und die Abstrafung von Ländern, die sich auf die eine oder andere Weise als „renitent“

erweisen, der Iran stellt diesbezüglich auch ohne die Einführung der IOB ein zentrales Ziel dar.

### Absturz des Adlers?

Ausgelöst von den zunehmenden ökonomischen und militärischen Schwierigkeiten gehört es inzwischen schon fast zum guten Ton, den Untergang des US-Imperiums vorauszusagen.<sup>19</sup> Allerdings sollte man bedenken, dass dies nun bereits die dritte Welle solcher Prognosen ist. Nachdem bereits in der Folge des verlorenen Vietnam-Krieges die Totenglocken geläutet wurden, prophezeiten viele den USA am Ende des Kalten Krieges erneut, sie würden in Kürze das Schicksal der „imperialen Überdehnung“ erleiden, wie es der britische Historiker Paul Kennedy in seinem Standardwerk vom *Aufstieg und Fall der großen Mächte* bezeichnete:<sup>20</sup> „Es mag krude merkantilistisch klingen, es so auszudrücken, aber Wohlstand ist in der Regel notwendig, um militärische Macht abzustützen, und militärische Macht ist in der Regel notwendig, um Wohlstand zu erwerben und zu schützen. Wenn aber ein zu großer Teil der Ressourcen des Staates von der Schaffung des Wohlstands abgelenkt wird und stattdessen militärischen Zwecken zufließt, führt dies wahrscheinlich langfristig zu einer Schwächung der nationalen Macht. Ähnliches gilt, wenn ein

Staat sich strategisch überdehnt - zum Beispiel dadurch, daß er ausgedehnte Territorien erobert oder kostspielige Kriege führt. Er läuft dann Gefahr, daß die potentiellen Vorteile dieser äußeren Expansion von den großen Kosten der ganzen Unternehmung überschattet werden - ein Dilemma, das akut wird, wenn die betroffene Nation in eine Phase relativen Abstiegs eintritt.“<sup>21</sup> Kennedys Aussagen über das Verhalten von Staaten, deren Machtposition erodiert, erinnert verdächtig an das gegenwärtige Verhalten der Vereinigten Staaten: „Große Mächte, die sich in einem relativen Abstieg befinden, reagieren instinktiv, indem sie mehr für ihre ‚Sicherheit‘ ausgeben und dadurch potentielle Ressourcen von ‚Investitionen‘ abziehen und so langfristig ihr Dilemma verstärken.“<sup>22</sup>

Entgegen den Voraussagen von Kennedy und anderen gelang es den USA zunächst, ihren Abstieg zu verhindern, bekanntlich stellte der erste Krieg gegen den Irak zur Etablierung der von Bush senior propagierten „Neuen Weltordnung“ Anfang der 90er selbst ohne die erhebliche Verbesserung der geopolitischen Situation, ein Nettogewinn dar, da die Kosten vor allem von Japan, Deutschland und Saudi Arabien übernommen wurden. In der Folge nahmen allerdings die Widerstände gegen Washingtons

Hegemonialpolitik mehr und mehr zu. Wie die Vereinigten Staaten auf diese Herausforderung reagieren werden ist für Immanuel Wallerstein eine, wenn nicht die entscheidende Frage der heutigen Zeit: „Die Pax Americana ist vorüber. Herausforderungen von Vietnam und dem Balkan zum Mittleren Osten und dem 11. September haben die Grenzen amerikanischer Vorherrschaft offenbart. Werden die USA lernen ruhig schwächer zu werden, oder werden die US-Konservativen sich widersetzen und dabei einen graduellen Niedergang in einen schnellen und gefährlichen Absturz verwandeln?“<sup>23</sup>

Der von vielen konstatierte Übergang zu einer mehr und mehr über militärischen Zwang aufrecht erhaltenen US-Dominanz, u.a. mittels Kontrolle der Weltölvorkommen - und damit eben, wie dargelegt, deren Fakturierung - hat in der Tat eine Stärkung der antihegemonialen Bestrebungen und eine Zuspitzung zahlreicher Konflikte zur Folge. Der von vielen US-Imperialisten als Auftakt zu einem neuen amerikanischen Jahrhundert gefeierte Angriffskrieg gegen den Irak könnte sich eher als Anfang vom Ende erweisen. Vor allem bindet er derart viele personelle wie ökonomische Ressourcen, dass der Spielraum inzwischen offensichtlich so eng geworden ist, dass

### Fatales Forschungsprogramm

Das Europäische Parlament verabschiedete jüngst das so genannte 7. Forschungsrahmenprogramm (7.FRP) mit einem Gesamtvolumen von 50,8 Mrd. Euro. In diesem Forschungsprogramm wird festgelegt, für welche Bereiche die EU in den Jahren 2007 bis 2013 Forschungsgelder ausgeben will. Hier gab es im Verhältnis zum letzten Mal erhebliche Änderungen. Schon bisher wurde die sehr problematische so genannte „embryonenverbrauchende Stammzellforschung“ auf europäischer Ebene mit Forschungsgeldern gefördert. Ca. 100 - 200 Mio. Euro sollen in Zukunft jährlich in diesem Bereich ausgegeben werden - gegen meine Stimme und die vieler anderer deutscher Abgeordneter. Hier wird ein hochsensibler Lebensbereich kommerzialisiert. Auch können EU-Gelder für Forschungszwecke verwendet werden, die eigentlich in einzelnen Mitgliedstaaten verboten sind.

Nach Planungen des Europäischen Parlaments sollen bis 2013 insgesamt 1,6 Mrd. Euro und somit dreimal mehr als bislang für Forschung und Entwicklung in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausgegeben. So weit so gut, könnte man/frau denken. Aber: Eine enorme Erhö-

hung gibt es auch bei der Atomforschung (größtenteils als Euratom-Forschung verbucht) mit ca. 4 Mrd. Euro! 20 Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl setzt somit die EU auf Atomenergie als wichtige Energieerzeugungsform. Das ist fatal! Bis heute weiß niemand, was mit dem täglich anfallenden hochradioaktiven Atommüll geschehen soll.

Neu im 7.FRP ist als eigener Haushalts-titel die so genannte Sicherheits- und Rüstungsforschung, da sind 3 Mrd. Euro veranschlagt. Hier wird die Entwicklung von Überwachungs- und Kontrolltechnologie - insbesondere zur militärischen Grenzsicherung - ebenso gefördert werden wie die militarisierte Weltraumforschung. Eingeschlossen sind insbesondere Projekte, die die Kriegsführungsfähigkeit von EU-Eingreiftruppen und den EU-Schlachtgruppen (Battle-Groups) betreffen. Zwar hatte die EU-Kommission von 2004 bis 2006 schon einen vorbereitenden Rüstungsforschungshaushalt eingestellt - damals mit 65 Millionen Euro, heute sind es sage und schreibe 3 Mrd. Euro!

Die großen Rüstungskonzerne werden bis in jede Einzelheit mitbestimmen

können, wozu die Forschungsmittel verwendet werden. Es wird ein europäischer Militärisch-Industriellen Komplex aufgebaut. Dieser kann einen Erfolg nach dem anderen vermelden. Erst die Verankerung der Rüstungsagentur und der Militarisierung im EU-Verfassungsvertrag, dann der gemeinsame EU-Rüstungsmarkt und jetzt die Erhöhung der Mittel für Rüstungsforschung auf EU-Ebene. In den Chefetagen der großen Rüstungskonzerne, EADS, BAE Systems, Thales und Finmeccanica werden angesichts dieser Privatisierung öffentlicher Gelder die Sekt- und Champagnerkorken geknallt haben.

Für Rüstungs- und militarisierte Weltraumforschung soll doppelt so viel ausgegeben werden wie für die Forschungsförderung erneuerbarer Energien. Das halte ich nicht nur aus friedenspolitischen Gründen für skandalös. Rüstungstechnologie soll nach dem Vorbild der USA zur Leittechnologie in der EU werden. Dies ist ein Kriegsprogramm, das wir uns auch im Wortsinne nicht leisten können. Wir brauchen ein Umsteuern bei den EU-Forschungsausgaben: Zivil, ökologisch, zukunftsfähig.

Tobias Pflüger



Washington die Situation augenblicklich an jeder Ecke entgleitet.

Allein in den letzten Monaten fanden weit reichende geopolitische Verschiebungen statt, die allesamt darauf ausgerichtet sind, an Washingtons Thron zu sägen. Weder gelingt es Chavez aus dem Amt zu putzen, noch konnte die Nationalisierung der bolivianischen Energievorkommen und der immer stärkere Zusammenschluss der lateinamerikanischen Staaten gegen die USA verhindert werden. Nachdem George Bush alles daran setzte, den chinesischen Präsidenten bei seinem US-Besuch Mitte April 2006 zu demütigen - ziemlich gewagt im Übrigen, denn das Land hat immerhin \$825 Mrd. an US-Schatzanleihen nutzlos herumliegen - reiste Hu Jintao direkt weiter nach Saudia Arabien, um mit dem Königshaus erfolgreich umfangreiche Öl-, Handels- und Sicherheitsabkommen abzuschließen. Schon zuvor hatte China einen riesigen Energieideal im Wert von etwa \$100 Mrd. mit dem Iran unter Dach und Fach gebracht, was allein schon den Widerstand im Sicherheitsrat gegen einen US-Angriff erklärt. Und schließlich, als Sahnehäubchen auf diesem „geopolitischen Alptraum“ wird dem Iran Presseberichten zufolge noch in diesem Jahr die Mitgliedschaft in der Shanghai Cooperation Organization (SCO) angeboten, jener Organisation, deren kaum verhüllte Aufgabe es ist, angeführt von Russland und China einen eurasischen Block gegen US-amerikanische Machtambitionen zu schmieden.<sup>24</sup> Und auch in der Währungsfrage mehren sich die Zeichen, dass man sich darauf vorbereitet, den USA einen unsanften Tritt zu versetzen.

Bisher hat Washington, angesichts seines riesigen Binnenmarktes und der extremen Abhängigkeit Anderer von Exporten in die USA, stets darauf gesetzt, dass die Gläubiger in Japan, China und Europa zu dem Ergebnis kommen, sie würden unter einem Absturz des Dollars weit mehr zu leiden haben, als die USA.<sup>25</sup> Diesbezüglich dürfte für Washingtons Strategen u.a. folgende Meldung Besorgnis erregend sein: „Chinesische Partei- und Staatsführung haben kürzlich ... Kurs auf verstärkte inländische Verwendung der eigenen Fertigung genommen. Sie dürften damit ihre Export- und Dollar-Abhängigkeit mindern.“<sup>26</sup> Sollte dies tatsächlich konsequent umgesetzt werden, dürfte es für China weniger und weniger Motivation geben, den Dollar nicht einfach zum Teufel zu jagen, indem der Kauf von Schatzbriefen gestoppt und die eigenen Schatzanleihen auf den Markt geworfen werden. Die hieraus resultierende Dollarabwertung würde zwar zu erheblichen chinesischen Verlusten führen,

die aber bei gesunkener Exportorientierung verkraftbar wären.<sup>27</sup> Gleiches würde bei einem ähnlichen Kurswandel für die Europäische Union gelten, der wie gesagt derzeit nur bedingt in Sicht ist. Doch auch dort mehren sich die Stimmen, die auf eine Veränderung zielen, beispielhaft etwa im *Manager Magazin*: „Den Europäern wird angesichts des Euro-Höhenflugs schwindlig. Doch statt über sinkende Exportchancen zu jammern, sollten sie die Vorteile entdecken. Europa, so die Meinung vieler Volkswirte, kann mit einem starken Euro sehr gut leben.“<sup>28</sup> Selbst über Japan gibt es Berichte, es sei inzwischen ein zentrales Anliegen, in absehbarer Zeit ohne die USA auszukommen.<sup>29</sup>

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, ist es mehr als fraglich, ob es den US-Strategen nochmals gelingen wird, das komplette System vom Kopf auf die Füße zu stellen, um ihre Vorherrschaft weiter zu erhalten. Lösungen nach dem Vorbild des Öl-Dollar-Mechanismus der 70er oder des Plaza-Abkommens in den 80ern, als die USA noch einmal andere Großmächte zum Einlenken bewegen konnten, scheinen heute wenig wahrscheinlich.<sup>30</sup> Was genau geschehen wird, sollte der Dollar und damit das US-Imperium kurz vor dem Totalkollaps stehen, wovon man derzeit noch ein Stückchen entfernt ist, bleibt natürlich spekulativ. Nicht wenige gehen aber davon aus, dass die USA, es wäre nicht das erste Mal, in dieser Situation auch vor schweren Konflikten mit anderen Großmächten nicht zurückschrecken würde: „Eine ernsthafte Herausforderung der Dollarhegemonie als weltweite Reservewährung der Zentralbanken bedeutet de facto eine Kriegserklärung ... Die mächtigen Mitglieder des europäischen Zentralbankrats wissen dies sehr wohl. Die Staatsoberhäupter jedes einzelnen EU-Landes wissen das. Die chinesische wie auch die japanische und indische Führung wissen es, und genau so weiß es Putin.“<sup>31</sup>

Unterstützung erhält diese Vermutung von einem der einflussreichsten US-Strategen, Thomas Barnett: „Wir handeln kleine Papierschnipsel (unsere Währung in Form eines Handelsbilanzdefizits) im Tausch für Asiens beeindruckende Produkt- und Dienstleistungspalette. Wir sind clever genug zu wissen, dass dies ein offensichtlich unfairer Deal ist, solange wir nicht etwas von großem Wert zusammen mit diesen Papierschnipseln anbieten. Dieses Produkt ist eine starke Pazifikflotte, die die Transaktion gut ausgleicht.“<sup>32</sup> Adressat dieser kaum verhüllten Drohung sind Japan und China, denen damit überdeutlich signalisiert wird, dass eine Infragestellung der Dollardominanz von den USA militärisch beantwortet

werden kann.<sup>33</sup> Selbiges gilt für die Europäische Union: „Die negativen Szenarios, die in den USA diskutiert wurden, gingen davon aus, daß eine solche Ablösung des US-Dollar als Weltwährung Nr. 1 durch den Euro zugleich zu „ernsthaften Konflikten zwischen der Europäischen Union und den USA führen müsse.“<sup>34</sup> Dementsprechend kommt Jürgen Elsässer zu folgendem Schluss: „Nicht mehr die Federal Reserve, sondern das Pentagon bürgt in letzter Instanz für die Härte des Dollars.“<sup>35</sup>

### Der Euro, (k)eine Alternative?

So erfreulich es ist, wenn der ausbeuterisch-aggressiven US-Politik Knüppel in den Weg geworfen werden, so vorsichtig sollte man trotzdem sein, den Euro als progressives Mittel gegen Washingtons Hegemonialpolitik zu propagieren, wie dies inzwischen auch von linker Seite immer häufiger geschieht.<sup>36</sup> Es ist nicht allein die Tatsache, dass hiermit ein extrem riskanter Weg eingeschlagen würde, der leicht zu einer Eskalationsspirale führen könnte, man würde darüber hinaus auch lediglich das fordern, was von Anfang der Zweck der Übung war. So betonte der ehemalige französische Premierminister Lionel Jospin der Euro ermöglichen es endlich, „der Dominanz des Dollars zu entkommen.“<sup>37</sup> Die EU-Währung ist somit integraler Bestandteil der EU-eigenen imperialen Ambitionen, die auch direkt darauf zielen mittel- bis langfristig die Thronfolge der USA anzutreten: Schon gegen Ende der 90er forderte der ehemalige deutsche Finanzminister Theo Waigel, „den Euro zu einer wirklichen Alternative zum US-Dollar“ zu machen. Ex-Kanzler Helmut Schmidt, einer der Urväter der Währungsunion, äußerte sich noch deutlicher: „Der Euro ist primär keine ökonomische Angelegenheit. Das glauben doch nur Geldpolitiker. Der Euro ist eine strategische Veranstaltung. Er ist Teil des Aufbaus Europas in Etappen.“<sup>38</sup> Der andere zentrale Teil ist die derzeit ablaufende rasante Militarisierung der Europäischen Union, die als logische Ergänzung dient. Somit war es wohl durchaus wörtlich zu verstehen, als der erste Präsident der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, die Devise ausgab, „Ein starker Euro für ein starkes Europa.“<sup>39</sup> Umgekehrt betont Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützle die zentrale Rolle des Militärs: „Die Sache ist einfach: Eine Union, die sich nicht verteidigen kann, ist keine Union. Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung.“<sup>40</sup>

Mit dem Dollar würde somit zwar das richtige Schwein geschlachtet, aber durch das Falsche ersetzt, da die EU hinsichtlich

ausbeuterisch-aggressiver Politikern nur wenig hinter den USA zurücksteht und diesbezüglich auch rasch aufholt.<sup>41</sup> Ohne eine radikale Abkehr der ebenfalls imperial ausgerichteten EU-Politik birgt somit auch der Euro wenig Anlass zur Hoffnung. „Es geht nicht nur darum, dass jede Krise ohne aktive Arbeiterklasse wahrscheinlich reaktionäre Resultate produzieren, aber auch eine neue Opposition stimulieren kann: vielmehr wird das Kapital, solange es nicht an soziale Grenzen gerät, mit dem Staat operieren und gut positioniert sein, um Wege zur Eindämmung und Lösung der das System gefährdenden Krisen auf unsere Kosten zu entdecken.“<sup>42</sup> Die Feststellung, die Nicos Poulantzas vor über 30 Jahren über die damaligen Rivalitäten zwischen den USA, Japan und Deutschland traf, lässt sich auch auf die heutige Situation übertragen. „Für sie [Deutschland und Japan] geht es darum, ein Hegemonialsystem zu reorganisieren, das sie weiterhin akzeptieren ... Die Auseinandersetzung geht tatsächlich um den Anteil am Kuchen.“<sup>43</sup> In der Tat mehren sich die kritischen Stimmen seitens US-amerikanischer Wirtschaftsvertreter. Sie sehen in der Weigerung der Vereinigten Staaten, Zugeständnisse an die anderen Großmächte zu machen, ein Risiko mit erheblichem Eskalationspotenzial, das nicht in ihrem Interesse liegt, und drängen deshalb auf einen Richtungswandel.<sup>44</sup> Wenn hierfür durch - augenblicklich schwer absehbare, aber Bush bleibt ja nicht ewig - ein amerikanisches Entgegenkommen die Voraussetzungen geschaffen würden, bspws. durch die Etablierung eines Währungspools, dürfte schnell das gemeinsame Interesse an einem reibungslosen Funktionieren des Systems wieder eine tragfähige Kooperationsgrundlage schaffen. Das emanzipatorische Potenzial eines solchen Interessenausgleichs ist aber, um es vorsichtig auszudrücken, gering.

Für eine progressive Perspektive ist also weniger eine neue Währung, als eine grundsätzlich andere Politik zwingend erforderlich: „Solche Maßnahmen würde die Einschränkung spekulativer Finanzflüsse etwa über die Tobinsteuer ..., die Förderung von Schuldenerlassen und Alternativen zur Strukturanpassung und die Beendigung der neomerkantilistischen Handelspolitiken gegenüber der Dritten Welt, insbesondere hinsichtlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse beinhalten. Allgemeiner gesagt, die EU muss den Schwerpunkt ihrer Politik weg vom Monetarismus und hin zu Entwicklung verlagern.“<sup>45</sup> Nur durch eine solche Abkehr von Monetarismus, Neoliberalismus und Ausbeutung, so illusorisch dies in der augenblicklichen Situation auch

erscheinen mag, könnte aus dem Euro tatsächlich ein progressives Projekt werden, das die Europäische Union zu dem Vorbild für den Rest der Welt machen würde, das die Vereinigten Staaten schon lange nicht mehr sind.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen Elsässer, „Wertlose Papierschnipsel mit Raketen verteidigen“, *Freitag*, 14.01.05.

<sup>2</sup> Norbert Walter und Werner Becker, *Der Euro: fest im Sattel als Reservewährung*, Deutsche Bank Research, EU-Monitor 28, 30.09.05.

<sup>3</sup> Ron Paul, *The End of Dollar Hegemony*, Speech Before the U.S. House of Representatives, 15.02.06.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Elmar Altvater, „Die Währung des schwarzen Goldes: Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt“, in: *Sand im Getriebe* 17, 16.01.03, S. 2-4, S. 4.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Krassimir Petrov, *The Proposed Iranian Oil Bourse*, Energy Bulletin, 18.01.06; Vgl. auch Frank, „The Naked Hegemon“.

<sup>8</sup> Stan Goff, *The Infinite War and its Roots*, From The Wilderness, 27.08.02.

<sup>9</sup> Vgl. Sommer, *Iranische Ölbörse*.

<sup>10</sup> Bspws. William Clark, *Petrodollar Warfare: Dollars, Euros and the Upcoming Iranian Oil Bourse*, 08.08.05, URL: <http://www.petrodollarwarfare.com/PDFs/PetrodollarWarfareAndTheIranianOilBourseWebsite.pdf> (22.05.06).

<sup>11</sup> Zit. nach Howard LaFranchi, „Iran's oil gambit“, *Christian Science Monitor*, 30.08.05.

<sup>12</sup> Das nicht näher benannte Mitglied der saudischen Herrscherfamilie wird zit. in: *Oil and Gas International* 15.04.02. Auch für Riad wäre dies ökonomisch sinnvoll: „Erdöl wird bekanntlich weltweit in Dollar pro Faß quotiert, weshalb von der Dollarschwäche auch die ... Opec betroffen ist. Saudi-Arabien beispielsweise, die treibende Kraft des Erdölkartells, bezieht rund zwei Drittel seiner Importgüter aus dem Euro- und dem Yen-Raum und spürt daher die Kaufkrafteinbuße ganz deutlich. Deshalb ist die Opec seit längerem auf der Suche nach einer Alternative zum Dollar.“ Vgl. Karl Unger, „Euro gegen Dollar“, *Junge Welt*, 12.12.03.

<sup>13</sup> Nunan, „Petrodollar or Petroeuro?“, S. 129.

<sup>14</sup> Thomas E. Ricks, „U.S. advisers see Saudis as enemies“, *IHT*, 07.08.02 und Jürgen Wagner, „Größte Nervensäge des Kontinents - Der Putsch in Venezuela und die ‚Doktrin der Freiheit‘“, in: *analyse und kritik*, 462/2002.

<sup>15</sup> Vgl. Petrov, *The Proposed Iranian Oil Bourse*; Auch Nordkorea hat Presseberichten zufolge seine gesamten Devisen in Euro eingewechselt. Vgl. Clemens Ronnefeld, „Syrien, Iran, Nordkorea - Wer ist als Nächster dran?“, in: *Friedensforum* 2/2003.

<sup>16</sup> Interview mit Behrooz Abdolvand, S. 10.

<sup>17</sup> Dave Kimble, *Collapse of the Petrodollar Looming*, Globalresearch, 21.05.06.

<sup>18</sup> Vgl. William Engdahl, No, the Iran Oil Bourse is not a casus belli..., Globalresearch, 10.03.06 und Hauke Ritz, „Iranische Petro-Euro“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2006, S. 541-543.

<sup>19</sup> Bspws. Arrighi, „Hegemony Unravelling“; Für eine gegenteilige Ansicht vgl. Leo Panitch und Sam Gindin, „Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus“, in: Martin Beckmann, Hans-Jürgen Bieling und Frank Deppe (Hrsg.), *Eurokapitalismus*, Hamburg 2003, S. 113-143.

<sup>20</sup> Vgl. zur ersten „Decline-Debatte“ Sabine Feiner, *Weltordnung durch US-Leadership? Die Konzeption Zbigniew K. Brzezinski's*, Wiesbaden 2000, S. 85.

<sup>21</sup> Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der Großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500-2000*, Frankfurt a.M. 2000, S. 12; Als prominentes-

te damalige Gegenstimme kam 1989 Susan Strange, „Towards a theory of Transnational Empire“, wiederabgedruckt in: Roger Tooze and Christopher May, *Authority and Markets. Susan Strange's Writing on International Political Economy*, New York 2002, S. 141-155, S. 148 zu dem Ergebnis, dass „der Niedergang der US-Hegemonie ein Mythos ist.“

<sup>22</sup> Kennedy, *Aufstieg und Fall*, S. 23.

<sup>23</sup> Wallerstein, Immanuel, „The Eagle has Crash Landed“, *Foreign Policy*, July/August 2002, S. 60-68, S. 60.

<sup>24</sup> William Engdahl, *America's Geopolitical Nightmare and Eurasian Strategic Energy Arrangements*, Globalresearch, 07.05.06.

<sup>25</sup> Vgl. Hudson, *Superimperialism*, S. 259.

<sup>26</sup> Thomas Immanuel Steinberg, *In der Dollar-Klemme*, 22.03.06, URL: <http://www.steinbergrecherche.com/ueurodollar.htm> (22.05.06).

<sup>27</sup> Chalmers Johnson, in *Tomdispatch Interview: Chalmers Johnson on Our Fading Republic*, 22.05.06 geht sogar davon aus, dass eine Abkehr vom Dollar für Japan, China und die Europäische Union ohne größere Verwerfungen möglich ist.

<sup>28</sup> Vgl. Kai Lange, „Die Vorteile überwiegen“, *Manager Magazin*, 31.08.03; Vgl. auch Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

<sup>29</sup> Vgl. William Greider, „The End of Empire“, *The Nation*, 23.09.02. Zumal der Großteil der jeweiligen Wirtschaftsleistungen innerhalb der Triaden erzielt wird. Vgl. Malcolm Sylvers, *USA - Anatomie einer Weltmacht*, Köln 2002, S. 236.

<sup>30</sup> Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

<sup>31</sup> Engdahl, *No, the Iran Oil Bourse is not a casus belli*.

<sup>32</sup> Thomas P.M. Barnett, „Asia's Energy Future: The Military-Market Link“, in: Sam Tangredi (ed.), *Globalization and Maritime Power*, Washington DC 2002.

<sup>33</sup> Vgl. Arrighi, „Hegemony Unravelling“, S. 66f.

<sup>34</sup> Frank Deppe u.a.: *Der neue Imperialismus*, Heilbronn 2004. Das Zitat stammt von Robert Gilpin.

<sup>35</sup> Elsässer, „Wert, Geld und Imperialismus“, S. 80. Siehe auch Sylvers, *Anatomie einer Weltmacht*, S. 262: „Die Rüstungsausgaben und die sich daraus ergebende Dominanz dienen, wenn auch indirekt, als Garantie, daß die Stellung des Dollars keinen brüskten Stößen ausgesetzt wird.“

<sup>36</sup> Vgl. etwa George Monbiot, „The bottom Dollar“, *The Guardian*, 22.04.03 und Jürgen Rose, „Den Bruch riskieren“, *Freitag*, 19.12.03.

<sup>37</sup> Zit. nach Michael Elliot, „The Euro: No Worries in Washington“, *Newsweek*, 11.01.99.

<sup>38</sup> Zit. nach Gerald Oberansmayr, *Auf dem Weg zur Supermacht: Die Militarisierung der Europäischen Union*, Wien 2004, S. 38.

<sup>39</sup> Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

<sup>40</sup> Zit. nach Pflüger, Tobias, *Mit Hochgeschwindigkeit in Richtung Militärmacht*, IMI-Aktuell-00-12-04.

<sup>41</sup> Zu den imperialistischen Ambitionen der Europäischen Union vgl. ausführlich die Beiträge in Tobias Pflüger und Jürgen Wagner (Hg.), *Welt-Macht-Europa: Auf dem Weg in weltweite Kriege*, Hamburg 2006.

<sup>42</sup> Sam Gindin und Leo Panitch in: *Krise der US-Ökonomie: Kontroversen der Linken*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2/2003, S. 11f.

<sup>43</sup> Zit. nach Sam Gindin, „Prospects for anti-imperialism: coming to terms with our own bourgeoisie“, in: *Monthly Review*, July-August 2003.

<sup>44</sup> Vgl. Jan Nederveen Pieterse, „Neoliberal Empire“, in: *Theory, Culture & Society*, Vol. 21(3) 2004, S. 119-140, S. 137 und Immanuel Wallerstein, „U.S. Weakness and the Struggle for Hegemony“, in: *Monthly Review*, July-August 2003.

<sup>45</sup> Alan Cafruny, „Europe, the United States, and Neoliberal (Dis)Order“, in: Alan W. Cafruny and Magnus Ryner (eds), *A Ruined Fortress: Neo-liberal Hegemony and Transformation in Europe*, Lanham 2003, S.285-305, S. 300; Vgl. auch Ibrahim Kerem Oge, *The Relationship Between European Integration and Globalisation: A Neo-Liberal Consensus*, Dissertation, University of Warwick, September 2004.



# antimilitaristische rundschau\*

\*Zusammengestellt von Christoph Marischka

## Keine Rituale

Kurz vor dem diesjährigen Gelöbnis am 20. Juli im Bentlerblock konnte die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär einen juristischen Erfolg erzielen. Das Berliner Verwaltungsgericht hob einen Sondernutzungsbescheid für die Bundeswehr auf, der ihr in den letzten Jahren die Hoheit über öffentliche Straßen und Plätze zugestand. Dieses Jahr war die Polizei also allein für die Absicherung des feierlichen Rituals, in dem die Bundeswehr sich auf die Tradition der deutschnationalen Militaristen um Stauffenberg bezieht, zuständig. Eine Demo wie in den letzten Jahren fand dennoch dieses Jahr nicht statt: Sie drohte zum Ritual zu verkommen und Rituale sind etwas für die Bundeswehr, so das Bündnis. Mehr Mut hingegen erfordere es, eine Tradition zu beenden. Dieses Jahr wurde das Gelöbnis mit inhaltlichen Veranstaltungen zum Attentat am 20. Juli 1944 und dem EU-Einsatz im Kongo begleitet. Während des Gelöbnisses kam es zu keinen Störungen. Aus dem Umfeld von AktivistInnen hieß es, die Polizei könnte wesentlich professioneller mit solchem Protest umgehen, als die Feldjäger. Diese sicherten mit einem unverhältnismäßigen Aufgebot eine kleine Flugblattaktion des FDJ am nahe gelegenen Potsdamer Platz und ließ keine verdächtigen Personen zum Gelöbnis vordringen - der Andrang war jedoch auch bescheiden. In ein oder zwei Jahren, so die Kampagne, könnte es vielleicht wieder eine Demonstration zu diesem Anlass geben.

## 9 zu 6 für Rüstung

Die neue Präsidentin der Uni Hamburg heißt Monika Auweter-Kurtz, manchmal auch Raketen-Moni. Grund dafür sind ihre Forschungen im Bereich der Raketen- und Raumfahrttechnik. Dabei lassen sich Kontakte und Kooperationen mit der Rüstungsindustrie und -forschung kaum vermeiden. Schon 1982 nahm Auweter-Kurtz einen Preis der US Air-Force entgegen. Ihre Kontakte zu Rüstung und Atomlobby wurden im Vorfeld der Wahlen zur Unipräsidentin thematisiert, vom Ex-Vorsitzenden der Hochschulrektorenkonferenz, Klaus Landfried, jedoch als „ideologisch“ zurückgewiesen. Der akademische Senat der Uni bestätigte sie Ende Juli mit neun zu sechs Stimmen. Im Februar sprach sich die Befür-

worterin von Studiengebühren auf dem Hochschulkongress der Landesregierung Baden-Württembergs für mehr Kooperation der Universitäten mit der Industrie aus und für eine bessere Förderung von Fächern „die wir brauchen“. Denn wie man sehe, könne zwar eine Physikerin Bundeskanzlerin werden, aber ein Politologe niemals einen Satelliten bauen. Politologen stellten daraufhin die Frage, wozu man denn Satelliten und BundeskanzlerInnen bräuchte.

## Drehkreuz Leipzig

Am 23. Mai wurden das erste Mal Soldaten der USA über den Flughafen Leipzig in den Irak geflogen. Den Transport übernahm die vom Pentagon bezahlte aber formal private Firma „World Airways“ in einem zivilen Flugzeug. Seit dem sind monatlich bis zu 160 Starts und Landungen für solche Militärtransporte vorgesehen, man rechnet mit Umsätzen von monatlich Millionen Euro alleine aus dem Militärbudget des Pentagon. Ein Sprecher des Flughafens dazu: „Wir sind froh, einen neuen Kunden gefunden zu haben“. Auf dem „Flughafen für Mitteldeutschland“ werden außerdem fünf geleaste Antonow-Großraumtransporter bereitgehalten, um die Verlegung von Kriegsgerät für künftige Einsätze von NATO und EU zu übernehmen. Vom Ausbau des Flughafens zum Militärdrehkreuz profitierte auch der Logistikunternehmer DHL, der den neuen Großflughafen nun anstatt Brüssel als europäischen Hauptumschlagplatz (Hub) nutzt und damit neue Arbeitsplätze verspricht. In Brüssel konnte keine politische Einigung über den Ausbau des dortigen Flughafens erzielt werden

## Keine Lust auf Kongo?

Die ursprünglich für den jüngsten Kongo-Einsatz vorgesehenen Fallschirmjäger der Division Spezielle Operationen müssen zuhause bleiben, nachdem gegen die Soldaten wegen erniedrigenden Ritualen und zweifelhaften Sex-Praktiken ermittelt wird. Einige Soldaten wurden sofort zwangsversetzt, „um sie aus der Schusslinie zu nehmen“. Wehrdisziplinaufsicht und Staatsanwaltschaft ermitteln, die Bundeswehr versichert jedoch, die Soldaten hätten sich bei Beförderungsfestlichkeiten und einem Fest freiwillig ausgezogen, Dörrobst in den Hintern schieben und anschließend selbigen mit einem Paddel versohlen lassen.

Nun musste kurzfristig eine andere Kompanie der Luftlandebrigade 26 in den Kongo geschickt werden. Der für diese zuständige Truppenpsychologe hat nach Berichten der WELT schon länger auf „auffällige Verhaltensweisen“ unter den Elite-Soldaten (Motto „Einsatzbereit – jederzeit – weltweit“) hingewiesen und sei kurz nachdem die Vorfälle öffentlich wurden beurlaubt worden. Kurz zuvor berichtete die junge Welt von einer hochproblematischen Traditionspflege der Truppe und einer positiven Bezugnahme auf ihre Vorgängereinheiten bei der Wehrmacht. Als legendär wird deren Einsatz auf Kreta bezeichnet, bei dem innerhalb weniger Wochen mehr als 2000 ZivilistInnen ermordet wurden.

## Deutliche Signale an ISAF

Nachdem starke Widerstände, u.a. aus der Bundeswehr, eine offizielle Zusammenlegung der US-geführten Einsätze im „Kampf gegen den Terror“ im Süden Afghanistans (Enduring Freedom) mit der UN-mandatierten ISAF-„Schutztruppe“ unter deutscher Führung bislang verhinderten, werden die Missionen dennoch immer mehr miteinander vermischt. Dies vermindert weiter die Mantra-artig beschworene Zustimmung der Bevölkerung zum ISAF-Einsatz und macht dessen Soldaten verstärkt zu militärischen Zielen bewaffneter Gruppen. Am 30. Juni wurde der Auftrag der ISAF offiziell auf den Süden des Landes ausgedehnt, am folgenden Tag starben dort die ersten drei britischen Soldaten, neun waren es alleine in den letzten sechs Wochen. Die so genannten Taliban scheinen gezielt auf die Bemühungen zu reagieren, mehr ausländische Soldaten im Süden zu stationieren, indem auf solche Vorschläge stets Angriffe auf die ISAF folgen.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de), Tel. 07071/49154